



Nr. 589. Morgen-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Donnerstag, den 17. December 1874.

Einladung zur Pränumeration.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement, wozu wir hierdurch ergebenst einladen, die auswärtigen Leser ersuchend, ihre Bestellungen bei den nächsten Post-Anstalten so zeitig als möglich zu machen, um eine ununterbrochene Sendung der Zeitungen zu ermöglichen.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt am hiesigen Orte bei der Expedition und sämmtlichen Commanditen 5 Mark Reichsm., bei täglich zweimaliger Uebersendung in die Wohnung 6 Mark Reichsm.; auswärts im ganzen Post-Gebiete des deutschen Reiches und Österreichs mit Porto 6 Mark 50 Pf. Reichsm.

In den k. k. österreichischen Staaten, sowie in Russland und Polen nehmen die betreffenden k. k. Post-Anstalten Bestellungen auf die Breslauer Zeitung entgegen.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Bankfrage.

Von Zeit zu Zeit hören wir zwar verichern, daß die Bankfrage in erwünschter Weise ihrer Erledigung zugeschreitet und daß die von Preußen neuerdings gemachten Vorschläge eine günstige Aufnahme im Bundesrat finden; tatsächlich aber haben diese optimistischen Ausschauungen bisher eine Bestätigung nicht gefunden. Wir müssen es nach wie vor als sehr zweifelhaft betrachten, daß auf Grundlage der Reichsbank eine Verständigung in diesem Jahre zu Stande kommen wird und wir halten daher an dem Urtheil fest, daß diejenigen eine schwere Verantwortung auf sich geladen haben, welche es ablehnen, auf Grundlage des Regierung-Entwurfs in eine Berathung einzutreten.

Dass der Begriff einer „Reichsbank“ ein höchst unklarer, näherer Bestimmung bedürftiger ist, hat man vielfach hervorgehoben; von anderer Seite hat man darauf erwiedert, daß über Nebendinge sich leicht eine Verständigung werde erzielen lassen, sobald man über das Hauptziel einig sei. Dem steht aber entgegen, daß unter dem Panier der Reichsbank sich die Anhänger geradezu entgegengesetzter Bestrebungen vereinigt haben.

Die einen wollen eine sogenannte „leistungsfähige“ Reichsbank, das heißt ein Institut, welches dem Discontirungsbedürfniß in der liberalsten Weise entgegenkommt, welches sich die Aufgabe stellt, in schweren Zeiten dem Handel und der Industrie „eine Stütze zu sein“, welches die Ausdehnung seines Notenumlaufs nicht nach dem vorhandenen und verfügbaren Capital, sondern nach dem Angebot von Wechseln bemüht, kurz, welches alle die schweren Fehler, durch welche sich die preußische Bank an der Volkswirtschaft versündigt hat, im deutschen Reiche fortsetzt.

Die Anderen dagegen erblicken in der Begründung der Reichsbank den ersten Schritt, um die gegenwärtige Papierwirtschaft zu beschränken. Ihnen liegt nicht sowohl daran etwas, daß eine Reichsbank besthebe, als daran, daß die Privatbanken beschränkt werden. Sie verlangen nicht eine „leistungsfähige“, sondern im Gegentheil eine an strenge Vorschriften gebundene und namentlich eine „contingente“ Reichsbank.

In diesem letzteren Sinne sind auch wir Anhänger einer zu begründenden Reichsbank. Wir finden eine Ungehörigkeit darin, daß Privatinstitute das Recht haben, Geldzeichen auszugeben. Allerdings halten wir es nicht mit den Heißspornen, welche mit einem Schlag alle Privatzettelbanken besiegen wollen. Es war ein Schaden, daß sie entstanden sind, könnte neuer Schaden entstehen, wenn man sie in jüher Weise besiegen wollte. Das wirtschaftliche Leben bietet überall Vergleichungspunkte mit dem physischen Leben des Menschen. Der Arzt soll sich alle Mühe geben, der Entstehung krankhafter Gebilde am menschlichen Körper vorzubeugen, aber wenn dieselben entstanden sind, wird er sie nicht immer gleich mit Feuer und Eisen behandeln wollen.

Wenn wir das Uebel zahlreicher Zettelbanken so lange Zeit extra gen haben, werden wir es auch noch zehn, zwanzig Jahr ertragen können und inzwischen darüber nachdenken, wie wir sie am schmerzlosen beseitigen, wie wir einen zu plötzlichen Eingriff vermeiden. Nach unserer Auffassung verstand es sich von selbst, daß die übrigen Zettelbanken verschwinden müßten und die preußische Bank allein das Recht, auf die Dauer zu bestehen hatte, selbstverständlich unter wirtschaftlichen Einschränkungen. Auf diesem Wege wäre die preußische Bank von selbst zur Reichsbank geworden, ohne daß es nötig war, dies im Gesetz auszusprechen.

Herr Camphausen antwortet denen, welche nach der Reichsbank verlangten: „Wollt ihr denn die Monopolbank?“ Seltsamer Weise hat die „Nationalzeitung“ diese Frage zum Gegenstand einiger derben Spottspiele gemacht, und doch war keine Frage berechtigter als diese; sie gab einen Beweis von dem großen praktischen Geschäftswerkende des Finanzministers. Sein Gedankengang war der folgende: „Ihr verlangt die Reichsbank und verlangt sie sofort. Entweder verlangt die Reichsbank und verlangt sie sofort. Ihr eine unkontingente, leistungsfähige Reichsbank im Sinne des Herrn Sonnemann und der „Börsenzeitung“; dann bin ich Euer geschworener Gegner. Oder Ihr verlangt eine contingente Reichsbank, dann kann ich mich mit Euch verständigen. Wollt Ihr dieser contingenter Reichsbank ein Monopol geben, so ist auch hierüber eine Verständigung nicht ausgeschlossen. Aber dann spreicht diesen Gedanken, der mir neu und überraschend ist, deutlich aus. Wollt Ihr aber weder die unkontingente, noch die monopolistische Reichsbank, so habt Ihr keinen Grund und keinen Vorwand, die Reichsbank sofort zu verlangen; dann hat der Ruf nach der Reichsbank seinen Anlaß nur in einem unklaren Gefühlssubstanz.“

Wie wenig der Finanzminister verstanden wurde, bewies die Antwort des Herrn Sonnemann. „ein gewisses Monopol müsse die Reichsbank allerdings haben.“ Ein „gewisses“ Monopol gibt es nicht; ein Monopol ist entweder vorhanden oder nicht vorhanden. Aber wenn es vorhanden ist, ist es absolut. Die Antwort des Herrn Sonnemann kommt uns ungefähr so vor, als ob jemand auf die Frage, ob Monarchie, ob Republik, die Antwort geben wollte, bis auf einen gewissen Grad müsse jeder Staat Monarchie sein.

Thatsächlich steht die Sache nun so, daß die Anhänger der „leistungsfähigen“ Reichsbank die Anhänger der contingenter Reichsbank in das Schlepptau genommen haben, und daß die letzteren sich nur allzuwillig haben in das Schlepptau nehmen lassen. Die Bankcom-

mission vertritt nicht die Stimmung der Majorität des Hauses und die Commissionswirtschaft hat wieder einmal recht üble Folgen gehabt.

Breslau, 16. December.

Einen eigenhümlichen Artikel bringt heute die „Voss. Zeit.“ über die kleineren Staaten außerhalb Deutschlands; sie schreibt nämlich: „Es könnte durchaus nicht befremden, wenn eine Periode, in der das europäische Staaten-System einen durchgreifenden Umwandlungsprozeß durchmacht, in den kleineren Staaten, die ihre Existenz nicht ihrer eigenen Kraft, sondern vorzugsweise internationalen Verträgen verdanken, eine ängstliche und unbefahliche Stimmung hervorrufen würde. Um so erfreulicher ist es, constatiren zu können, daß in fast allen diesen Staaten, die Ueberzeugung vorherrscht, daß die deutsche Politik sich fern hält von allen Eroberungsgedanken und daß Deutschland die Erhaltung des Weltfriedens sicherer verbürgt, als alle künstlichen Allianzsysteme, die, selbst wenn sie ursprünglich die friedlichsten Absichten verfolgen, doch stets im Laufe der Zeit eine Quelle der Beunruhigung werden, Gegenallianzen hervorrufen und vor Allem die kleineren Staaten der Gefahr aussehen, die Kosten für die Rivalitäten der großen Mächte zu bezahlen.“

Underschrift: „Auf dem Gebiete der Personen ist die Verständigung leicht und ich wünsche sie; auf dem Gebiete der Prinzipien leider: non possumus! Ich bitte Sie, diese Verichtigung zu veröffentlichen.“ Als ob in dieser Sache das persönliche Gebiet von den Prinzipien zu trennen wäre! Indessen weiß schon das non possumus auf die Jesuitenschule hin, in welcher der Präsident seine Logik geholt hat. Daß die Ausgleichsversuche gänzlich abgebrochen seien, ist in der obigen Mitteilung übrigens nicht gesagt.

In Amerika gewährt die Spannung zwischen dem Präsidenten und den

Majoritätsführern im Congress die Aussicht auf eine vielleicht nichts weniger als harmonische Thätigkeit der nächsten Session. Man muß, wie die „N.Y. Handelszeitung“ bemerkt, darauf vorbereitet sein, daß diese hauptsächlich dem Ausfechten heißer persönlicher und partizipaler Streitigkeiten und nur einem Minimum praktischer Ergebnisse gewidmet sein wird, eine Aussicht, welche ohne Zweifel für die dem Gemeinwohl der Republik im Augenblick förderlichste erklärt werden muß. Je weniger in der nächsten Zukunft wirklich Eingreifendes geschieht, desto besser; wir befinden uns, schreibt man der „A. B.“ aus Newyork, eben in einer Lage, in welcher im Lavire das vornehmlichste Heil zu suchen ist, bis die inzwischen fortschreitende Klärung und Festigung der Ansichten den Übergang zu sicheren Neugestaltungen ermöglicht hat. Dieser Zustand der Dinge verspricht namentlich auch den schwergeprüften Südstaaten eine größere Ruhe zur selbstständigen Ordnung ihrer Angelegenheiten, da wenigstens in Bezug auf diese die Lehren der letzten Wahlen an Herrn Grant und seinen Beratern nicht ganz nutzlos vorübergegangen zu sein scheinen, wie die Ablehnung der Einmischung in die über die Gouverneurs-Wahl in Arkansas entstandenen Streitigkeiten andeutet.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Reichstages. (15. December.)

(Schluß.)

Abg. Miquel: Ich halte in Übereinstimmung mit dem Abg. v. Benda die vorgeschlagene Maßregel der Budgetcommission für unzweckmäßig und unpolitisch und den Reichsinteressen widersprechend. Ich hatte bei der ersten Lesung in der Budgetcommission es für verhältnismäßig unzulänglich erklärt, die noch nicht rechnungsmäßig festgestellten Überschüsse des Jahres 1874 für den Etat des nächsten Jahres mit zur Verwendung zu bringen. Der Artikel 70 der Reichsverfassung hat die Bestimmung, wonach zur Besteitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre dienen sollen, durch einen Antrag von mir erhalten. In dem ursprünglichen Entwurf fehlte diese Bestimmung ganz. Ich habe bei Stellung dieses Antrages niemals gedacht, dem Reichstag einen Zwang aufzulegen, auch solche Überschüsse, die noch rechnungsmäßig gar nicht festgestellt sind, in den Etat zur Verwendung für das nächste Jahr aufzunehmen. Das thiebt auch der Wortlaut aus: eine Verpflichtung, auch diese Überschüsse zu verwenden, kann also in keiner Weise aus dem Artikel 70 deducierte werden. Ich war nun früher der Meinung, daß, wenn man auf der einen Seite die Pflicht, etwas zu thun, verneint, man auch auf der andern Seite das Recht verneint muss, etwas Desartiges zu verlangen. Ich modifizierte nun meine Ansicht dahin, daß ich erkläre, es ist in der Verfassung zwar in keiner Weise ausgesprochen, aber auch nicht geradezu verboten, solche Überschüsse, die noch nicht rechnungsmäßig festgestellt sind, für das nächste Jahr mitzubewenden. Ich trage aber, ist eine solche Maßregel politisch klug?

Der Abg. Lässer stellt den allgemeinen Satz auf: es sei nicht zu verantworten, mehr an Steuern aufzunehmen, als der Staat unumgänglich braucht. Consequenz dieses Grundsatzes hätte der Abg. Lässer die gesammten Überschüsse für das nächste Etatjahr zur Verwendung bringen müssen; er selbst widerspricht diesem Satz, da er nur die Hälfte der Überschüsse verordnet wissen will. Es handelt sich bei diesem Antrage im Wesentlichen nur um die Frage: Sollen die vorhandenen Überschüsse den Einzelstaaten verbleiben, oder soll sie das Reich besiegen. In dem Rechte, die Reichsüberschüsse zur Deckung der laufenden Reichsausgaben zu verwenden, ist eine viel unmittelbarere Entlastung der Steuerzahler gegeben, als wenn wir die Überschüsse den Einzelstaaten zuwenden. Es ist aber praktisch und politisch in keiner Weise zu rechtfertigen, bereits die Überschüsse dieses Jahres 1874 für das nächste Jahr verwend zu wollen. Wenn, wie aus den Erklärungen des Präsidenten des Reichskanzleramtes klar hervorgeht, in den nächsten Jahren eher ein Heraufgehen als eine Steigerung der Reichseinnahmen und in keinem Falle erhebliche Überschüsse zu erwarten stehen, so muß für die nächsten Etatjahre notwendig eintreten entweder 1) eine bedeutende Verringerung der Ausgaben oder 2) die Auflösung einer neuen Steuer oder 3) eine ganz ungewöhnlich plötzliche Steigerung in den Matrikulatur-Umlagen. Was die erste Eventualität anbetrifft, so frage ich die Freunde des Antrages, ob sie es nach den Erfahrungen aller Völker und Zeiten für möglich halten, daß ein junger aufstrebender Staat, wie das deutsche Reich, in seinen Ausgaben rückgängig werden kann. Eine solche Annahme wäre eine offensbare Illusion.

In Bezug auf den zweiten Punkt sagen die Freunde des Antrages, wir wollen überhaupt keine Matrikulaturbeiträge, sondern an deren Stelle eine Reichssteuer, sei es eine directe oder indirecte, wie sie der Abgeordnete Lässer uns erst heute vorgeführt hat. Aber sind wir denn auch nur im Geringsten sicher, daß sich der nächste Reichstag über eine solche Steuer einigen wird? Fast auf allen Seiten des Hauses herrschen darüber die verschiedensten Ansichten und selbst innerhalb der einzelnen Parteien geben die Meinungen noch weit auseinander. Auf eine so unsichere Hoffnung und Aussicht hin also läßt sich eine gefundene Finanzpolitik nicht bauen; das hieße auf Sand gebaut. Es bliebe also nur das dritte übrig; die plötzliche, starke Erhöhung der Matrikulaturumlagen. Ich glaube es aber als die einstimmige Meinung des ganzen Hauses hinstellen zu können, daß nichts nachteiliger für die Einzelstaaten und für ihre Beziehungen zum Reich sein kann, als so plötzliche und große Schwankungen der jährlichen Rate der Matrikulaturumlagen. Wir müssen Alles vermeiden, was eine solche Gefahr herbeiführt, und das geschieht am besten, wenn wir die vorhandenen Überschüsse dem Reiche nicht entziehen. Ich kann nur raten: bleiben Sie bei dem bisherigen System und lehnen Sie den Antrag der Commission ab. Dixi et salvavi animam.

Abg. Richter (Hagen): Ich möchte den calculatorischen Punkt vorwegnehmen, auf welchen der Antrag des Abg. Gumbrecht sich bezieht. Um ein

In Frankreich fahren die reactionären Blätter fort, die Behauptung Bismarck's, daß Frankreich unter der Republik schwach bleibe würde, zu Gunsten der Monarchie auszubuten. Die Girardin'sche „France“ zieht jedoch aus den im Arminischen Prozesse veröffentlichten Depeschen die Lehre, daß Frankreich unter der Republik bleiben müsse, da die Herstellung der Monarchie den Frieden stören werde, dessen Frankreich nach innen und außen benötigt sei.

Princip handelt es sich hier nicht. So gut, wie man die Mehrerträge an Bier und Brannweinsteuer den Matricularbeiträgen zuziehen kann, kann man ihnen auch andere Mehreinnahmen, z. B. der Post zufügen. Man könnte dann aber auf der anderen Seite den Satz ausspielen, daß in Abrechnung gebracht wird ein Mehr an Ausgaben, was nur die norddeutschen Staaten allein betrifft. Wenn wir uns jedoch auf dieses Princip einlassen, so würden wir alle Schwierigkeiten hier durchzumachen haben, denen die Berechnung der Matricularbeiträge unterliegt. Herr Lasler hat aber neulich mit Recht den Reichstag beglückwünscht, daß diese Rechnungen bisher allein außerhalb des Reichstags im Bundesrathe vollzogen wurden. Was nun die Sach selbst betrifft, so hat der Herr Präsident des Reichskanzler-Amtes die Tendenz des Antrages, soweit ich verstanden habe, nicht vollständig erfaßt. Der Antrag legt nicht den Schwerpunkt auf das Wort „Matricularbeiträge“. Wir sind nicht blos darum gegen die Erhöhung, weil es sich um die Erhöhung von Matricularbeiträgen handelt, sondern wir sind überhaupt gegen Mehrbelastungen des Volkes, gegen Vermehrung der Einnahmen, weil wir solche Vermehrung nicht für notwendig erachten; wir würden auch gegen diese Erhöhung der Mehreinnahmen sein, wenn die Erhöhung in anderer Form, als in der Form der Matricularbeiträge von uns gefordert würde. Was die neuen Reichsteuern betrifft, so sind wir an uns für sich nicht abgeneigt, Reformen der Reichsteuern, wenn dieselben nicht Mehrbelastungen des Volkes in sich schließen, in Erwägung zu nehmen. Wir haben sehr oft unser Bedauern ausgesprochen, daß man die Zeit der finanziellen Flucht nicht besser benutzt hat, um Reformen in den Reichsteuern einzuführen. Hätten wir vielleicht die Staats schon früher etwas knapper bemessen, so wäre vielleicht die Anregung für die Reichsverwaltung, mit Reformen vorzugehen, eine stärkere gewesen. Insofern es sich also um Reformen handelt, Steuern, die bisher dem Volke schon in der Form von Landessteuern aufgelegen, auf das Reich zu übertragen, insofern sind wir unter anderweitiger Entlastung des Landestaxen nicht abgeneigt, Steuerreformen in Erwägung zu ziehen. Schließen aber solche Steuerprojekte Mehrbelastungen des Volkes im Ganzen in sich, so würden die Vorschläge neuer Steuern mindestens dieselbe helle Temperatur in diesem hohen Hause finden, welche der Antrag auf Erhöhung der Matricularbeiträge gefunden hat. Es ist ferner von dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts darauf hingewiesen, daß 1876 ein Mehrbetrag an Einnahmen durchaus notwendig sei. Ich vermag dies durchaus nicht abzulehnen. Wir können ja die Überschüsse von 1874 in das Jahr 1876 einfassen und überdies werden sich 1875 beträchtliche Mehreinnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern ergeben. Ich erachte es aber überhaupt als einen Vorzug, daß wir, wenn auch nicht auf einmal, so doch allmälig in der Verwendung von Überschüssen um ein Jahr vorsücken, denn dann schließt sich die Finanzwirtschaft mehr an die Wirklichkeit an, als jetzt. Es freut mich, daß der Herr Abg. Miquel die Verwendung dieser Überschüsse heute für wenigstens nicht verfassungswidrig erklärt. Wenn man sagt, die Überschüsse sind noch nicht festgestellt, so erwiedere ich, daß bis zu dem Betrage von 6 Millionen die Überschüsse schon soweit feststehen, daß man von heute ab an Zöllen und Steuern auch kein einziger Thaler mehr eingeht, die 6 Millionen mindestens da sind.

Es ist mir als Commissar der Gruppe die amtliche Auskunft ertheilt worden, daß bereits bis zum 1. November die Einnahmen von den Zöllen und Verbrauchssteuern gegen die Einnahmen im Etat pro 1874 einen Überschuss von nahezu 13 Millionen ergeben. Dazu kommen noch andere Ersparnisse, so daß wir mindestens 16 Millionen Überschüsse haben. Auf die Frage des Abg. Miquel, warum wir nicht die ganzen Überschüsse des Jahres 1874 schon jetzt verwenden, antworte ich, weil wir wahrscheinlich dafür nicht die Majorität im Hause finden würden. Ich habe in der Commission den Vorschlag gemacht, für die Marine nicht eine Anleihe zu machen, sondern die betreffende Summe auch auf die Überschüsse zu überweisen. Ich halte dies auch noch für richtig, bin aber davon abgestanden, weil ich dadurch meinen ersten Vorschlag nicht gefährden wollte. Wenn man sagt, die Finanzminister der einzelnen Staaten hätten sich schon auf diese Erhöhung eingetragen, so ist dies für die Finanzminister weniger schmeichelhaft als für uns, denn es zeigt, daß sie uns eine geringere Widerstandskraft zugetraut haben gegen die Erhöhung der Matricularbeiträge, als wir beißen. — Was die Ausgaben betrifft, so glaube ich, daß sich, nachdem einmal das Militärgesetz angenommen ist, eine erhebliche Verminderung nicht wird herbeiführen lassen; aber wir werden schon zufrieden sein, wenn eine weitere Steigerung der Ausgaben vermieden und dadurch das Geld mehr disponibel wird für das nächste Jahr, was aus den Zöllen und Verbrauchssteuern von Jahr zu Jahr zwächst.

Wenn der Abg. v. Benda sagt, die Zinsen aus dem Festungsbau werden abnehmen, so kann es sich dabei doch nur um geringere Beträge handeln. Werden 5—7 Millionen aus dem Fonds genommen, so entstehen Zinsverluste von 2—300,000 Thlr. Auf der anderen Seite gibt es aber wieder Posten im Etat, die im nächsten Jahre fortsetzen, z. B. die Ausgabe für die Übungen des Verstaatlichtenstandes mit dem neuen Gewehr, die Ausgabe, die für die Ausrüstung der Marine mit dem neuen Gewehr, ausgefeilt ist und dergleichen. Im Übrigen glaube ich, daß es offene Thüren einschlagen hieße, wenn ich den Antrag der Budgetcommission noch weiter begründen wollte.

Wäre ich zum Überglauben geneigt, so könnte mich die Besürfung des Herrn v. Benda noch mehr ermutigen, auf meinem Antrage zu bestehen. Er hat nämlich mit seinen Prophesien in Finanzfragen entschiedenes Un Glück; bisher ist irriger, wenn er schwarze Besürfungen aussprach, gerade das Gegenteil eingetreffen; wenn er schlechtes Wetter prophezeite, ist gerade besonders gutes eingetreten. Als ich zuerst mit ihm in die Budgetberatung eintrat — es handelte sich um den preußischen Etat von 1871 — da meinte Herr v. Benda: Nur eine besondere Spannung in dem Gemüth des Finanzministers verhinderte ihn, ein Deficit von 5, 6 oder 7 Millionen in den Etat einzusehen. Das Jahr 1871 hat aber nicht ein Deficit ergeben, sondern ein Überschuss von 12 Millionen. So ist es mit den Prophesien des Abg. v. Benda immer gegangen.

Vom Abg. Grumbrecht wird beantragt, dem von der Budgetcommission vorgeschlagenen Betrage der Matricularbeiträge von 67,180,251 Mark hinzuzufügen diejenigen 1,780,298 Mark, welche nicht eigenliche Matricularbeiträge der Südstaaten sind, so daß die Matricularbeiträge die Höhe von 69,969,540 Mark erreichen würden.

Commissarius Ges. Rath Michaelis: Der Abgeordnete Richter hat gesagt, man könnte den Süddeutschen Staaten mit derselben Recht eine Mindererstattung aus der Post- und Telegraphenverwaltung einstellen, wie Norddeutschland Mehreinnahmen aus der Bier- und Brannweinsteuer. Es handelt sich hierbei nicht um willkürliche Mehr- oder Minderberechnungen, sondern um die Anwendung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, wonach einzelne Staaten an der Bier- und Brannweinsteuer resp. an der Post- und Telegraphenverwaltung nicht beteiligt sind, also weder an den Einnahmen noch an den Deficits beteiligt sind. Wollen Sie die Matricularbeiträge zweier Jahre gleichstellen, so müssen Sie dafür sorgen, daß die Matricularbeiträge des norddeutschen Bundes einander gleichstehen; dann stehen auch jene Matricularbeiträge der süddeutschen Staaten einander gleich, weil sie dafür, daß sie mehr Matricularbeiträge zahlen, auch mehr Erträge aus den ihnen allein zustehenden Steuergütern schöpfen. Der Vorredner hat sich ferner auf das mithilfe Gebiet der Prophesien begeben. Ich will ihm nicht folgen, sondern beschränke mich, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß man bei finanziellen Zulusts berechnungen stets von den Thatsachen der Gegenwart und der Erfahrungen der Vergangenheit ausgehen muß. Er hat uns auf die Mehrerträge der Steuern verwiesen; es ist ja möglich, daß die Steuereinnahmen wieder wachsen. Ich gebe das zu, aber es ist auch möglich, daß wir die entgegengesetzte Erfahrung machen. Wir hatten 1857 eine tiefe greifende Handelskrise. In jenem Jahre betrugen die Einnahmen an Eingangszölle 26 Millionen Thaler, im Jahre 1858, dem Jahre nach der Handelskrise, wo die aufgespeicherten Vorräthe in den Verkehr abgelassen werden mußten, erhöhten sie sich auf 28 Millionen, dann aber famen in den folgenden Jahren ganz außerordentlich niedrige Erträge, so im Jahre 1859 — 23,106,000 Thaler, 1860 — 23,488,000 Thaler, 1861 — 24,746,000 Thaler u. s. w. Ob wir nicht in Folge der Krise vom Jahre 1873 eine ähnliche Erfahrung machen werden, steht dahin, jedenfalls müssen wir uns in unserer Finanzpolitik so einrichten, daß wir nicht in Verlegenheit kommen, wenn eine bereits einmal gemachte Erfahrung sich wiederholt. Auf erhebliche Überschüsse im Jahre 1875 sicher zu rechnen ist, in keiner Weise gerechtfertigt. Jeder, der sich mit finanziellen Dingen beschäftigt, wird gut thun, vor allen Dingen die bekannte Erzählung vom Milchtopf im Auge zu behalten.

Abg. Grumbrecht: Die Freunde des Antrages der Budget-Commission berufen mit denselben ganz verschiedene Zwecke: während der Abgeordnete Lasler die Reichsregierung zwingen will, auf neue Steuern für das Reich Gedacht zu nehmen, hofft der Abgeordnete Richter mit Hilfe des Antrages die Ausgaben zu vermindern. Consequenter Weise müßte man von dem Lasler'schen Standpunkte aus alle Überschüsse dieses Jahres, nicht bloß den dritten Theil derselben in den Etat stellen. Wenn Sie nun in dem Etat des Jahres 1875 mit Annahme des Antrages der Budget-Commission 60 Millionen Mark Ausgaben durch vorhandene Überschüsse decken, so werden Sie in Folge dessen vor einem Deficit gleicher Höhe im Etat pro 1876 stehen, dessen Deckung Ihnen große Verlegenheit machen dürfte. Wollen Sie trotzdem den Antrag der Budget-Commission annehmen, so empfehle ich Ihnen wenigstens mein Amendment. Der Bundescommissar hat dasselbe bereits so hinreichend gerechtfertigt, daß ich nicht nötig habe, etwas dem hinzuzufügen.

Abg. v. Minnigerode: Ich muß mich gegen den Antrag der Budget-Commission erklären, weil ich befürchte, man versetzt damit das Publikum in eine große Täuschung über die generelle Finanzlage. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, sondern nur meine Freude darüber ausdrücken, daß Herr Lasler selbst heute die Frage der Reichsteuern einer eingehenden Erörterung unterzogen hat, während ich bei der ersten Lesung des Budgets von ihm zu hören befam, daß gehöre gar nicht hierher. Er hat uns ja eben eine wohlgeartete Speisekarte neuer Steuern vorgelegt und hat damit wohl selbst die vornehme Haltung, welche er damals meinen Vorschlägen gegenübernahm, als nicht angebracht aufgegeben.

Abg. v. Kardorff: Ich begrüße den Antrag der Budget-Commission als eine neue Brücke, über die wir zur Tabaksteuer schreiten werden. Er wird

die Negierungen in die Zwangslage versetzen, ernstlich an eine Steuerreform zu gehen. Aber auch ohne diesen Hintergedanken würde ich ihn schon aus den Gründen volkswirtschaftlicher Natur billigen, welche Herr Lasler, ohne bisher widerlegt zu sein, dargebracht hat. Die Einwendungen des Abgeordneten Miquel scheinen mir nur ein sehr unpolitisches Argument zu erhalten. Wenn er auch sagt: die Einzelstaaten sind auf die Erhöhung der Matricularbeiträge eingerichtet, so mag das für Preußen richtig sein, weil dieses seines unvollkommenen Budgetsrechts wegen seine Überschüsse nicht zu einer Steuerreduktion verwenden kann, darunter dürfen aber nicht die anderen Bundesstaaten, bei denen diese Möglichkeit vorliegt, leiden. Der Antrag ist übrigens sehr maßvoll, da nicht die ganze Summe der Überschüsse dieses Jahres, sondern nur ein Theil derselben in den Etat gestellt werden soll, ein Deficit für 1876 befürchte ich aus diesem Grunde nicht.

Die Debatte wird über diesen Punkt geschlossen, worauf Abg. v. Benda persönlich bemerkt, er müsse um so mehr bedauern, daß Abg. Richter seiner Prophesie so wenig Gerechtigkeit wolle widerfahren lassen, obwohl der selbe erst unlängst im Abgeordnetenhaus ausgerufen: „Hätten Sie vor zwei Jahren Herrn v. Benda geglaubt, so befinden Sie sich heute in einer besseren Lage.“ (Heiterkeit) Abg. Richter erwidert, seine damalige Bemerkung habe sich auf v. Benda's Ausführungen über die preußische Eisenbahn-Verwaltung, nicht aber auf dessen finanz-politische Erörterungen beziehen.

Nachdem noch der Referent im Gegenfaz zu Miquel constatirt hat, daß er die Verpflichtung der Regierung, die Überschüsse des laufenden Jahres auf Verlangen des Reichstages in den nächstjährigen Etat aufzunehmen, für zweifellos hält, wird zur Abstimmung geschritten. Der Präsident bemerkt dabei, daß der ursprüngliche Betrag der Matricularumlagen von 92,761,504 Mark bereits durch anderweitige Streichungen sich auf 85,496,458 Mark reduziert habe, nach Annahme des Commissionsantrages würde eine weitere Reduction bis auf 67,180,251 Mark eintreten, welche Summe sich durch das Amendement Grumbrecht wiederum auf 68,969,549 Mark (vorbehaltlich nochmaliger calculatorischer Prüfung) erhöhen würde. Die Feststellung der Matricularbeiträge in Höhe von 85,496,458 Mark wird hierauf abgelehnt. (Dafür stimmen die Conservativen, ein Theil der Reichspartei und einzelne National-Liberale, wie Miquel, Simon, Grumbrecht, v. Benda, Broich, Dobrin u. s. w.) Dagegen wird das Amendement Grumbrecht angenommen. (Die Minorität besteht diesmal aus dem Centrum und einem Theil der Fortschrittpartei, welche anscheinend dem noch weitergehenden Antrag der Budget-Commission den Vorzug geben.)

Damit sind die einzelnen Theile des Etats erledigt, worauf das Etatgesetz selbst — vorbehaltlich einer etwa notwendig werdenden Änderung der Ziffern — genehmigt wird.

Es schließt sich hieran der Bericht der Budget-Commission über die Vorlage, betreffend das Retablissement des Heeres. Der Antrag der Commission ist in folgendem gefasst:

Wir Wilhelm II. verordnen ic.

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, von denjenigen 106,846,810 Thalern, welche ihm durch Art. 2 § 5 des Gesetzes vom 2. Juli 1873 aus dem nach Artikel VI. des Gesetzes vom 8. Juli 1872 dem ehemaligen Norddeutschen Bunde, Baden und Südbaden zufallenden Anteile zur Wiederherstellung der Kriegsbereitschaft des Heeres, sowie zur Erhöhung der Schlagnahme des Jahres 1874 noch nicht zur Verwendung gelangt ist, in dem in der Anlage B. des Gesetzes vom 2. Juli 1873 unter Nr. I. bis X. bezeichneten Ausgaben zur Verwendung zu bringen. Innerhalb eines jeden der 10 Capitel sind die einzelnen Positionen mit Ausnahme der Position 8 zu Capitel VIII. unter sich übertragbar.

§ 2. Spätereins bei der Beratung des Etats für das Jahr 1876 ist dem Reichstag über die bis dahin stattgehabte Ausführung der vorstehenden Bezeichnung Rechenschaft zu geben.

§ 3. Injowit am Ende des Jahres 1875 der obige Betrag von 106,846,810 Thalern zu den in der Anlage B. des Gesetzes vom 2. Juli 1873 unter Nr. I. — X. bezeichneten Ausgaben nicht zur Verwendung gelangt ist, bleibt gesetzliche Anordnung darüber vorbehalten.

Berichtsrat Abg. Dr. Stephan bemerkt, daß die Budget-Commission es für ihre Aussage erachtet habe, zu prüfen, ob die der Reichsregierung zur Verfügung gestellte Summe für das Retablissement des Heeres auch ihrem Zwecke entsprechend verwendet worden ist. Dabei ging die Commission im Gegenfaz zu den verbündeten Regierungen von den Ansichten aus, daß die weitere Verwendung der aus dem Retablissement rettenden Mittel ohne gesetzliche Ermächtigung des Reichstages nicht statthaft sei, während die Vertreter der Reichsregierung der Meinung waren, daß eine solche nicht nötig wäre, da die Beiträge, wenn auch noch nicht ganz vernebt, so doch bereits für gewisse Zwecke dem Gesetz entsprechend angewiesen wären und für dieselben im nächsten Jahre und spätestens 1876 zur Verwendung kommen würden. Die Commission konnte nach dem Wortlaut des Retablissementsgesetzes diese Ansicht nicht teilen und schlägt daher vor, in dem vorliegenden Gesetzen nur die erhebliche Ermächtigung zu erneuern.

Zu § 1 ergreift das Wort Abg. Berger: In der Übersicht über das Retablissement des Heeres finden wir eine Position über den „Ersatz des in

Stadt-Theater.

Die sieben Raben,

ein deutsches Märchen in drei Acten von Gustav Karpelès. Der Griff in die Märchenwelt ist Seitens der modernen Bühnenschriftsteller rein speculativ. Ein Publikum, welchem das französische Gebrüderdrama zusagt, kann sich unmöglich den reinen Sinn für das anspruchsvolle „Es war einmal“ bewahren. Heut sucht man weniger Nahrung für Herz und Verstand, die Sinnen wollen beschäftigt sein und da die eigene Erfindung eine seltene Waare ist, beschwört man den Geist der Märchenwelt und macht sie zur Folie des sogenannten Ausstattungsstückes.

Welche Aenderung der Zeiten! Einst kahle Wände mit einer die Decoration significirenden Aufschrift, wo des Dichters Geist die Illustrationen schaffte, — heut ein Panorama mit verbindendem Text! „Kinder, wo sind wir hingekommen“, würde König Günther sagen. Und wer wollte das ändern? Lief doch selbst der deutsche Faust sich etwas vorgaukeln. „Nur daß die Kunst gefällig sei“, möge gleich ihm das Publikum auch fürder zur Bedingung stellen!

Gustav Karpelès, dessen streng ideelle Anschauungen in Sachen der dramatischen Kunst aus seinen Kritiken unserem Lesern bekannt sein dürften, hat mit den „sieben Raben“ dem heutigen Geschmack eine Concession machen wollen. Er möchte sich die Zeit zurück wünschen, wo frei von allen sinnlichen Hebeln des Märchens poetische Gewalt das Volk unmittelbar hinzog. Dort wären ihm Erfolge gesichert! Was er aber dem verwöhnten Gaumen des jetzigen Theaterpublikums vorlegt, sind für denselben keine Gourmandisen mehr. Die harmlose Naivität, welche dem Märchen eigen ist, bleibt bei ihm auch der Grundzug alles Deßen, was er zum modernen Aufzug dieses Stoffes verwendet hat. Man vermißt jene proteusartige Gestaltungsfähigkeit, wie sie dem Dichter eines solchen dramatischen Zwickerdinges innenwohnen muß. Wer dagegen diesen Land verschmäht, wer im Reiche der Märchenwelt ausruhen will, dem weist Karpelès den zauberischen Aufenthalt lieb und traut zu machen. Er spricht zu uns einfach, aber mit gewinnender Herzlichkeit und erhebt sich andrerseits nicht selten zu wahrhaft poetischer Diction und Empfindung.

In letzterer Beziehung gebührt dem ersten Act der Vorzug vor den übrigen, wenn man die duftige Rosen-Legende des zweiten Actes ausnimmt, welche nur an ihrer Stelle wenig angebracht und für ein Drama jedenfalls zu lang ist. Auch wirkt der erste Act am Meisten durch die Knappheit des scenischen Aufbaues, welcher nicht überall mit gleicher Dekonomie durchgeführt ist. Besonders gilt dies vom dritten, dessen zehntes Bild „gestörtes Stelldechein“ wegfallen müßte. Die Stimmung, welche die den eigentlichen Märchenstoff dramatisrenden Scenen erwecken, werden oft genug durch äußerlich Beigaben der Ausstattung gestört, als daß sie für solche Episoden von untergeordneter Bedeutung daran gegeben werden brauchen. Was sonst etwa an Wirklichkeit einzelner Scenenschlüsse vermißt wird, kommt zum Theil auch auf Rechnung ungeeigneter Decorativer Arrangements, deren Abänderung ein Leichtes ist.

Der Schwerpunkt der Karpelès'schen Dichtung ruht, wie gesagt,

in der dramatischen Gestaltung des „Märchens“, aus dessen abweichen den Lesarten nach Schwind und Grimm er eine den Zwecken der Bühne entsprechende Combination geschaffen hat. Dem Bedürfniß, auf diese hier näher einzugehen, hat der Autor durch sein letztes Feuilleton „Die sieben Raben“ abgeholfen. Aus der eigenen geistigen Zuthat dagegen müssen wir nach der ersten Richtigkeit eines stimmgünstigen Prologs und eines recht poetischen Liedes „An den Schlaf“ rühmend gedenken, während Freund Komus in dem an wirklichen Kontrasten reichen Couplet „Kinder, was waren das für Zeiten“, seine Rechnung gefunden hat. — Es erklärt sich freilich aus dem Wesen eines solchen Ausstattungsstückes, daß derartige Einschüsel stets mehr oder weniger diese Schnitte in den Organismus des zu Grunde liegenden Stoffes sein werden, doch wird man unschwer die empfindsamsten Stellen derselben vermeiden können. Beim Hochzeitsfest hält sich z. B. ein Lied jedensfalls passender ausgenommen, als in freier Natur zur Winterszeit.

Die Ausstattung war theilweise von überraschendem Effect; allseitige, wohlverdiente Anerkennung fanden die Winterlandschaft und die Schlüssapotheose, während die vielbesprochene Rosendecoration auf uns einen steifen Eindruck machte. — Mit großem Interesse hatte Herr Balletmeister Ambrogio in seinem Reiseort gewirkt. Sowohl der Sonnen- und Sternanz, in welchen unsere Ballerinen Fr. Bödor und Bohné excellirten, als der große Rosenbouquetanz mit dem eleganten Solo des Fr. Schimke erwiesen sich vortrefflich arrangiert und waren Glanzpunkte des Abends, dagegen legte sich Herr Maschinist Fahrwaldt mit seinen Raben, die nicht flügge werden wollten, keine besondere Ehre ein. — Die Regie führte Herr Director Ravené.

Von den darstellenden Kräften sind zunächst Fräulein Bland und Herr Knorr zu nennen, zwei typische Märchengestalten! In ihrer Erscheinung lag all' der Reiz jener geträumten Welt und kaum hätte es des tiefen Gefühlsausdrucks der schwiegamen „Rosalinde“, kaum des seelischen Tonos der liebevollen Sprache „Huldreichs“ bedurft, um uns in diesem Zauber zu bannen. Die Damen Martorell (Boze), Doppel (Puck) und Herr Will (Hofnarr) bemühten sich, aus dem karg zugemessenen komischen Stoff möglichst viel Capital zu schlagen, wogegen wir uns mit der Chargirung des Königs durch Herrn Anno überhaupt nicht einverstanden erklären können. In verständiger Weise sprachen Frau Größer, Fr. Weigel und Herr Bischoff ihre kleinen Rollen. Das bereits erwähnte Schlaflied, nebenbei bemerkt eine gute Nummer der Märchenmusik, sang Fr. Weber mit vieler Innigkeit. — Das Stück wurde sehr beifällig aufgenommen, Karpelès am Schlus wiederholt gerufen!

S.

Die Erbschaft eines Schmarzers.
Roman von Eugène Chavette.
Bier und zwanzigstes Kapitel.
(65. Fortsetzung.)

Ihr erster, von einem freundlichen Lächeln begleiteter Blick fiel auf Paul, dem sie im sanftesten Tone sagte:

„Find ich Dich endlich, Paul?“

Es lag eine solche familiäre Vertraulichkeit, ein so liebevoller Ton in diesen fünf Worten, eine so frei und rücksichtslos sich kundgebende Hingabe, daß Herr von Jozères mit besonderer Betonung seiner Worte sagte:

„Ah, Frau von Armangis, Ihre Art, Herr April anzusprechen, enthebt ihn der Mühe, uns die Ausklärungen zu geben, um die wir Ihnen haben.“

„Was wollten Sie denn von Dir wissen?“ fragte Bertha.

Da er in Frau von Armangis eine unversöhnliche Todfeindin wiederzufinden glaub

selner vollständigen Kriegsbrauchbarkeit angezweifelten Artilleriematerials für 391 Batterien und 177 Munitionskolonnen.“ Dazu heißt es in den Erläuterungen: 348 leichte Röhre, 1830 schwere Röhre, in Summa 2178 Röhre gleich 363 Batterien. (Bei der Gußstahlfabrik in Essen bestellt, dies gilt auch von einem Theile des Zubehörs und der Lassetten.) Und die gleiche Notiz findet sich über noch 18 leichte und 162 schwere Röhre gleich 30 Batterien. Ich richte nun an die verbündeten Regierungen die Anfrage, ob bei Vergabe dieser enormen Lieferung ein Submissionsverfahren im engeren, resp weiteren Sinne stattgefunden hat oder nicht.

General-Major v. Voigts-Rhees: Ein Submissionsverfahren hat bei dieser Position weder in Bezug auf die Geschützröhre noch in Betreff der Lassetten stattgefunden. Die Eigentümlichkeit der neuen Construction war angeregt worden durch die Krupp'sche Fabrik, welche dadurch eine Art von Eigentumsrecht an derselben erlangt hat. Aber auch wenn die Modelle Eigentum des Staates gewesen wären, so hätte doch kein anderes Institut in dem kurzen Zeitraum eines Jahres die Lieferung effectuiren können. Man hat bei der Lassettenfabrikation den Versuch gemacht, auch die übrige Privatindustrie hervorzuheben, ohne daß ein Erfolg damit erzielt worden wäre. Wir haben Alles gethan, um eine vollkommen freie Concurrenz zu ermöglichen und jedes uns zugesandte Geschützrohr einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sobald das Resultat ein berriedigendes sein wird, wird die Privatindustrie ihre volle Verücksichtigung finden.

Abg. Berger: Ghe ich dem Regierungs-Commissionar ausführlich erwidere, bemerke ich, daß mir bei dem vorliegenden Gegenstande jedes persönliche Interesse fern liegt, so lange ich ein solches hatte, habe ich geschwiegen. Es wird mir entgegengestellt, die Krupp'sche Fabrik habe eine Art von Eigentumsrecht an dem Modelle der Geschützröhre. Mir ist allerdings bekannt, daß Krupp'sche Ingenieure bei der Aufstellung derselben mitgewirkt haben, aber dieser Umstand hat in anderen Fällen die Militärverwaltung nicht veranlaßt, die ausschließliche Lieferung dem Theilnehmern an der Erfindung zu übertragen. Herr Maurer hat für seine Gewehrconstruction eine Vergütung, aber nur einen kleinen Theil der Gewehrlieferung erhalten. Auch der amerikanische Ingenieur Bordwell ist für seine von der Militärverwaltung adoptierte Erfindung nicht entschädigt worden. Der Regierungs-Commissionar hat ferner behauptet, daß kein anderes Institut in so kurzer Zeit die Lieferung effectuirt habe. Wenn ich das auch nicht bestreiten will, so glaube ich doch, daß mehrere Institute mit vereinten Kräften sehr wohl dazu im Stande gewesen wären. Dadurch, daß man eine einzelne Fabrik in dieser Weise bevorzugt hat, hat man unsere Finanzen unzweckhaft sehr erheblich beeinträchtigt. Das System freilich ist bereits aus Preußen erweitert. So lange wir dort nur Bronze- und Gußeisen-Geschütze hatten, fabrizierte die Regierung dieselben in ihren eigenen Werkstätten, was also ganz unabhängig von der Privatindustrie. Als der Gußstahl in Aufnahme kam, hätte man meines Erachtens am besten gehan, bei den alten Präris zu bleiben und etwa in Spanien eine Gußstahlfabrik anzulegen. Man begann aber damals das Rohmaterial aus den vier Privatsfabriken, welche in Preußen sich mit der Production beschäftigen, zu beziehen. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre begann die Krupp'sche Monopol. Eine der beiden kleinen Fabriken fallt, der Leiter der anderen macht sich politisch missliebig, aber auch die große Bodumer Fabrik wurde zu Gunsten des Krupp'schen Etablissements nicht mehr mit Aufträgen bedacht. Die Artillerie-Verwaltung mußte in Folge dessen an Krupp Preise bezahlen, welche Alles vorher Dagewesene übertrafen und den Staat um einige Millionen gebracht haben. Auch durch die gegenwärtige Begünstigung Krupp's erhält eine Mebrausgabe von mindestens einer Million. Erst in neuerer Zeit gelang es der Bodumer Fabrik nach langen Verhandlungen die Artillerie-Verwaltung zur Prüfung eines von ihr versorgten Rohres zu veranlassen, was später in Wien exponirt wurde und den ersten Preis erhielt. Dennoch entzich sich die Militärverwaltung erst nach vielen Wettbewerb, dem Bodumer Etablissement einige Geschütze abzukaufen. Damit glaube ich nachgewiesen zu haben, wie nachtheilig das bisher befolgte System für unsere Finanzen gewesen ist.

Generalmajor v. Voigts-Rhees: Ich muß nochmals erläutern, wie ich das Wort „Eigentumsrecht“ hier verstanden wissen will. Die Krupp'sche Fabrik proponierte uns ein Geschütz, welches anfangs einige Mängel hatte, die unter gemeinsamer Arbeit der Artillerie-Prüfungs-Commission und Krupp'scher Ingenieure beseitigt wurden. In dem Moment, wo wir zu einem zufriedenstellenden Resultate gekommen waren, konnten wir uns auf keine Concurrenz einlassen, weil wir wußten, daß die concurrenden Fabrikanten noch nicht in einem befriedigenden Grade leistungsfähig waren. Mit dem Mausergewebe lag die Sache anders, da der Anfang des Mauser'schen Etablissements für die Herstellung der ganzen Lieferung nicht ausreichte. Der Bordwell-Ring ferner ist, nachdem er anfangs nicht brauchbar erschien, nur in modifizierter Form zur Anwendung gelommen; der Erfinder hat aber einen Rechtspruch bis jetzt gar nicht erworben, weshalb auch unserseits von einer Vergütung nicht die Rede sein konnte. Nur ungern und gewissermaßen gebunden lasse ich mich hier über die Leistungen der andern Fabrikanten aus. Wir haben zum Theil die kriegerischen Erfahrungen mit denselben gemacht; ihre Arbeiten waren teilweise so unzuverlässig, daß die Geschütze gesprungen sind, und jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, welchen Einfluß

dass auf die Bedienungsmaßnahmen hat. „Ein gebranntes Kind scheut natürlich das Feuer.“ Bei einer der gedachten Fabriken genügte zwar die Qualität, nicht aber die Quantität ihrer Leistungen; sie soll berücksichtigt werden, sobald sie wirklich in der Lage ist, in Concurrenz zu treten. Wie schwer das ist, geht schon daraus hervor, daß England sich vergeblich bemüht, Gußstahl zu fabrizieren, daß Frankreich, trotz seiner entwickelten Eisen-Industrie, und noch ein anderes Land sich vergeblich bemüht, ihre Armeen mit Gußstahl-Geschützen auszurüsten. Wenn der Vorredner endlich gekauft hat, die Regierung hätte am besten gehan, ihre eigene Gußstahlfabrik anzulegen, so meine ich doch, es widerstreite allen wirtschaftlichen Prinzipien, wenn der Staat sich mit der Fabrikation der Rohprodukte befreien sollte. Wir können ebensoviel Gußstahl fabrizieren, wie wir das für die Armeen erforderliche Leder oder Ortsreide oder Hörner selbst produzieren. Wollten wir das, so würde es uns ungeheuer teuer zu stehen kommen, denn die Privat-Industrie kann nur zu den jetzigen Preisen liefern, weil sie nicht nur für das Heer, sondern auch für alle anderen Branchen, insbesondere für die Eisenbahnen arbeitet. Wenn wir wirklich durch die einheitliche Beschaffung des Krupp'schen Etablissements eine Million mehr verausgabt haben sollten, so haben wir doch dafür die Genugthuung, die Armeen in der kurzen Zeit eines Jahres schlagfertig gemacht zu haben, und ich glaube, wir hatten Rechte, nicht um Großes zu feilschen, wenn wir dieses Ziel im Auge hätten.

Abg. Berger: Ich habe keine Erspartnisse zum Nachtheile der Schlagfertigkeit der Armee verlangt, sondern nur gefragt, daß dieses Resultat auch auf einem anderen Wege zu erreichen gewesen wäre. Daß die übrigen Fabriken nicht leistungsfähig gewesen, muß ich entschieden in Abrede stellen. Ich neige an, daß die Heeresverwaltung schlecht darüber informiert gewesen ist, und das entschuldigt auch in meinen Augen allein die Bevorzugung des Krupp'schen Etablissements.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Ein Antrag des Abg. Richter (Hagen), die Übertragbarkeit der einzelnen Positionen (§ 1) zu verbieten, wird abgelehnt und der Gesetzentwurf genehmigt.

Das Haus wendet sich nunmehr dem Gesetzentwurf, betreffend die geschäftliche Behandlung der Justizgesetze in der dauernden sogenannten Zwischencommission zu. Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte angenommen. § 3 bewilligt für die Mitglieder der Commission eine Entschädigung von 2400 Mark und freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen.

Abg. Frankenburger beantragt die Genehmigung von Tagegeldern, deren Vertrag der Bundesrat feststellen soll, weil sich Schwierigkeiten heraussstellen würden, wie für den Fall der Stellvertretung das Pauschquantum zwischen ihr und dem eigentlichen Mitglied getheilt werden soll.

Präsident Delbrück erklärt sich gegen den Antrag; man habe die Frage, ob Diäten, ob Pauschquantum, im Bundesrath reichlich erwogen und sei schließlich zum Pauschquantum gekommen.

Graf Bethuys-Huc meint, daß die Frage der Stellvertretung hier gar nicht in Betracht komme, weil sie nicht in dies Gesetz aufgenommen sei.

Abg. Meyer (Thorn): Sie braucht gar nicht in dieses Gesetz aufgenommen zu werden, weil das Sachziel der Geschäftssordnung sein wird, die der Reichstag später für sich regelt wird.

Abg. Windthorst würde den Diäten den Vorzug geben, meint aber, daß man sich vor Annahme dieses Gesetzes über die Frage der Stellvertretung vereinigen müsse. Die Commission wird übrigens sehr rasch arbeiten, mit und ohne Diäten.

Der Antrag Frankenburger wird abgelehnt (dafür nur Centrum und Fortschritt) und die Vorlage angenommen.

Dergleichen in dritter Beratung der von Dr. Prosch eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend das Alter der Großjährigkeit (21. Lebensjahr) mit folgendem Zusatz, den Dr. Prosch als § 2 einzuführen beantragt: „Die Haushaltungsmaßnahmen oder landesgesetzlichen Bestimmungen über den Beginn der Großjährigkeit der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der fürstlichen Familien Hohenzollern werden durch die Vorschrift des § 1 nicht berührt.“

Auf die Wiedergabe der von den Juristen des Hauses über diese Einschaltung geführten Verhandlung müssen wir verzichten. Der heutige Bericht ist ohnehin schon recht lang und die gesammte Presse seufzt unter dem Druck der Ansprüche, welche der Arnim'sche Prozeß an sie stellt.

An Stelle des ausscheidenden Abg. Dr. Friedenthal wird Abg. von Saint-Paul-Illaire durch Acclamation zum Mitgliede der Reichsschulden-Commission gewählt, der die Wahl annimmt und der ihm übertragenen Pflicht zu genügen sich bestreben wird.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Mittwoch 11 Uhr. (Antrag Lasker, betreffend die Verhaftung von Mitgliedern, Stat der Reichslande u. s. w.)

Berlin, 15. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath a. D. Hoffmann zu Neufaß im Kreise Freistadt den Roten Adlerorden vierten Klasse; dem Ober-Criminal-Rath a. D. Professor Dr. Hefster zu Berlin das Kreuz der Comitute des königlichen Habsordens

„Eine Summe?“ wiederholte Avril, wobei ihm eine Mittelheilung Bourguignon's einfiel, von der er trotz der ausdrücklichen Aufforderung desselben, nichts aus sich selbst zu thun, Nutzen ziehen wollte, „ich brauche keine zu bestimmen, denn Sie wissen ohnedies, was ich verlange.“

„Das wissen wir nicht,“ entgegnete Perrier.

„Ah!“ rief Paul, „ich will einfach das Vermögen, welches Ihr mir gestohlen habt! . . .“

„Wir hätten Ihnen ein Vermögen gestohlen?“ entgegnete Perrier.

„Ich will einfach nicht mehr und nicht weniger als meine zehn Millionen!“ Und lachend fügte Paul hinzu, „was Ihnen beweist, daß man immer dabei gewinnt, wenn man zu warten weiß, denn vor drei Tagen noch hätte ich statt dieser zehn Millionen nur fünf verlangen können.“

Wie er die Frage nach dem Dragoner nachgesprochen hatte, ohne nur im Ensernen zu wissen, was sie bedeutete, so machte er auch jetzt unvorsichtiger Weise von Bourguignons Mittelheilung Gebrauch, ohne deren Tragweite zu kennen. Uebrigens sollte er schon im nächsten Momente erfahren, welche Wirkung er damit hervorbrachte.

Als er von der während der letzten drei Tage erfolgten Verdopplung seines Vermögens sprach, hatte sich die Cardoze langsam von ihrem Stuhle erhoben und bebend, mit flammenden Augen dem jungen Manne genähert. Auch Perrier und Jozères waren wie wenn man immer dabei gewinnt, wenn man zu warten weiß, denn vor drei Tagen noch hätte ich statt dieser zehn Millionen nur fünf verlangen können.“

Wie er die Frage nach dem Dragoner nachgesprochen hatte, ohne nur im Ensernen zu wissen, was sie bedeutete, so machte er auch jetzt unvorsichtiger Weise von Bourguignons Mittelheilung Gebrauch, ohne deren Tragweite zu kennen. Uebrigens sollte er schon im nächsten Momente erfahren, welche Wirkung er damit hervorbrachte.

Franz von Armangis war sitzen geblieben; wie es schien berührte sie das Geheimnis der zehn Millionen nicht. Sie folgte schweigend aber mit offenbar sehr großem Interesse dem stummen Vorgehen der Cardoze und ihrer beiden Mitschuldigen.

„Wollen Sie mir an's Leben?“ fragte sich Paul, der die Gefahr erkannte, in der er schwiebte.

Es wurde dabei kein Wort gesprochen. Endlich wurde diese Stille durch ein lautes Lachen unterbrochen, welches Frau von Armangis ausstieß, indem sie rief:

„Sie wissen, meine Lieben, daß die erste Regel ist nicht immer die beste ist.“

Diese warnenden Worte brachten Nicole, Perrier und den einstigen Staatsprocurator wieder zur Besinnung.

„Ich will Euch nur sagen“, fuhr sie fort, daß, wenn Ihr etwa Lust hättest, Paul zu töten, ich unten von Jemanden erwartet werde, der weiß, daß Herr Avril hier im Hause ist. Und meiner Treu, ich brauche Euch wohl erst nicht zu sagen, wie erstaunt dieser Jemand wäre, wenn Paul etwa als Leiche auf einer Bahre herausgetragen würde.“

Paul hielt es jetzt für das Beste, sich zu entfernen, konnte aber der Verlockung nicht widerstehen, seinen Abgang mit Gelat in Szene zu setzen.

Im verächtlichen Tone und mit einer Handbewegung, in welcher der Befehl lag, ihn durchzulassen, schrie er:

„Allons, Platz gemacht! Beherzigt die Warnung dieser Frau. Die

von Hohenzollern; sowie dem Steuer-Ausseher Matthes zu Görslis das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Herrn Johann Wilhelm Kück in Hamburg ist Namens des deutschen Reichs das Exequatur als General-Consul der Dominicanischen Republik ertheilt worden.

Einem unter dem Vorsitz des königlichen Landrats von Jagow zu Glogau zusammengetretenen Comite ist die Erlaubnis zur Anfertigung generaler Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Glogau über Primkenau, Bunzlau, Naumburg und Lauban nach der Landesgrenze in der Richtung auf Friedland ertheilt worden.

Der bei dem Schullehrer-Seminar zu Cöpenick provisorisch beschäftigte Lehrer Walther ist als ordentlicher Lehrer definitiv angestellt worden. Als ordentliche Lehrer sind angestellt worden am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Delitzsch der Seminar-Hilfslehrer Schröter derselbst, zu Weisenfelde der Präparanden-Lehrer Köhlsch derselbst, zu Eiselenberg der Präparanden-Lehrer Rosenburg zu Barby.

Berlin, 15. December. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute im Beisein Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, sowie des Gouverneurs und des Commandanten der Stadt militärische Meldungen entgegen, ließen Sich durch den General v. Albedyll Vortrag halten und empfingen darauf den zum Ober-Präsidenten von Schlesien ernannten Grafen von Arnim-Borzenburg und den General-Feldmarschall Frhrn. von Mantuussel.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte gestern, nach der Rückkehr von Potsdam, das Kaiserin-Augusta-Erziehung-Stift. — Ihre Majestäten empfingen Se. kaiserliche Hoheit den Großfürsten Alexis und Se. kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen zum Diner. — Heute ertheilte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin dem spanischen und dem griechischen Gesandten die nachgesuchte Antritts-Audienz.

Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begaben Sich gestern Vormittags 10 Uhr nach Potsdam und wohnten in der Friedenskirche dem Gedächtniß-Gottesdienste am Sonntag vor der Königin Elisabeth bei. Die Rückkehr nach Berlin erfolgte Nachmittags gegen 4 Uhr. — Darauf stattete Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz Sr. kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Alexis von Russland einen Besuch ab und nahm um 5 Uhr an dem Diner bei Ihren Majestäten Theil. (Reichsanzeiger)

[Militär-Wochenblatt] Trautvetter, Port-Fähnrich vom Schles.-Füs.-Regt. Nr. 38, in das Schles.-Feld-Art.-Regt. Nr. 6 versetzt. Kraus, Br.-Lt. a. D., zuletzt Sec.-Lt. im 2. Großherzoglich Hess. Inf.-Regt. (Großherzog) Nr. 116, im stehenden Heere, und zwar als Br.-Lt. im 2. Schles.-Gren.-Regt. Nr. 11, wiederangestellt. Corsepius, Oberst à la suite des Optr. Inf.-Art.-Regts. Nr. 1 und Commandant von Cosel, mit Penzion und seiner bisher. Uniform z. D. gestellt. v. Eschstruth, Major z. D., zuletzt à la suite des Thür. Inf.-Regts. Nr. 12 und Präses einer Remonté-Ausflugs-Commission, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des genannten Regts. ertheilt. Graf v. Sparre, Hauptm. a. D. zuletzt Pr.-Lt. im Königs-Gren.-Regiment (2. Westpr.) Nr. 7, die Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie erhielt.

* [Marine.] Heldt, Contre-Admiral und Chef der Marine-Station der Ostsee, mit Pension zur Disposition gestellt. Werner, Capitän zur See, zum Chef der Marine-Station der Ostsee ernannt. (Milit.-Wochenbl.)

○ Berlin, 15. Dec. [Die Reichsbank. — Dementi. — Die Deutschen in Paris.] Die Nachrichten über den günstigen Verlauf der Verhandlungen über Umwandlung der Preußischen Bank in eine Reichsbank, können wir bestätigen; man hat jetzt vollständig Anhalt für die Hoffnung gewonnen, daß die Erledigung dieser Frage im Laufe des Januar erfolgen werde. — Was die Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Justizministers Leonhardt betrifft, so sind dieselben unbegründet; der Minister befindet sich so wohl, daß er mit voller Kraft den schwierigen Aufgaben seines Amtes genügen und alle Arbeiten bewältigen kann. — Der Landrat Rotte in Straßburg (in Westpreußen) ist als Hilfsarbeiter in's landwirtschaftliche Ministerium berufen. — Die Zahl der in Paris eintreffenden, dort Beschäftigten suchenden Deutschen hat wieder in bedenklichem Maße zunommen; dieselben fallen, da sie der französischen Sprache meist nicht

erste Regel ist nicht immer die beste . . . Ich will Euch Zeit lassen, darüber nachzudenken, ob Ihr Euch ergeben wollt. Ich bewillige Euch noch eine Frist . . .“

„Eine Frist?“ wiederholte der Doctor, dessen Blick sogleich den Cardoze suchte, in welchem ein dunkles Feuer leuchtete.

„Ja,“ sagte Paul, „ich bewillige Euch fünf Tage! . . .“

Bei dieser Ankündigung glitt ein leises grausames Lächeln über die Lippen Perriers, welches der junge Mann nicht sah.

Er drängte Perrier und den Staatsprocurator, die ihm im Wege standen, auf die Seite, indem er dem Ausgänge des Cabinets zuschritt, wo er ihnen noch zum Abschiede die Worte zutrieß:

„Auf Wiedersehen, Ihr Schurken . . . in fünf Tagen. Vergeßt es nicht! . . .“

Obwohl weder Perrier noch Jozères irgend eine Bewegung machten, als ob sie ihn aufhalten wollten, verließ Avril in Eile die Wohnung, ohne sich die Mähre zu geben, hinter sich die Haustür zu schließen.

Aber schon im nächsten Augenblick fiel dieselbe geräuschlos zu, so daß Paul glaubte, es sei ihm Jemand nachgesollt, um ihn noch auf der Treppe anzugreifen. Er kehrte sich rasch um und sah, daß es Frau von Armangis war, die ihm näherte.

Die Sicherheit, die eben noch auf Bertha's Zügen zu finden gewesen, war einer furchtsamen Baghafigkeit gewichen, während sie begrenzten Tonen sagte:

„Paul, hören Sie mich an.“

„Nein!“ entgegnete Avril.

„Ich liebe Dich!“ stammelte Frau von Armangis.

Der junge Mann würdigte sie keiner Antwort.

„Ich liebe Dich! . . . o ich liebe Dich, daß ich Dir alles opiere . . . Deine leisensten Wünsche sollen für mich Befehle sein . . . Diese Millionen, die Du nur mit Lebensgefahr erwerben kannst, ich gebe sie Dir, ohne daß Du Dich darum zu bemühen brauchst . . . ich lege sie Dir zu Füßen. Liebe mich, Paul, und ich komme allen Deinen Wünschen zuvor . . . ich will Deine Sklavin sein . . . Alles was Du verlangst, ist Dir im Voraus gewährt.“

„Alles?“ rief Paul, indem er jetzt stehen blieb und Frau von Armangis erwartete.

mächtig und ohne Eristizmittel sind, alsbald in traurige Lage gerathen, der Deutschen Postschafft oder Privatvereinen zur Last, welche aber nicht die Mittel haben, Allen zu helfen. Ein großer Theil derselben ist daher bereits polizeilich aufgegriffen und per Schub über die Grenze gebracht werden. Pflicht der Presse ist es deshalb, vor solch unüberlegtem Schritt zu warnen und auf die traurigen Folgen hinzuweisen.

= Berlin, 15. Decbr. [Sitzung des Bundesraths. — Civileheges.] Der Bundesrat hielte heute Nachmittag 1 Uhr im Reichstage eine Plenarsitzung unter dem Präsidium des königl. bayerischen Ministerpräsidenten Staatsminister des Auswärtigen v. v. Preßschn. Nach Feststellung des Protocols erfolgte Mittheilung des Präsidenten des Reichstags, betreffend: die Mehrabgaben für den Erweiterungsbau des provisorischen Reichstagsgebäudes; den vom Reichstage unverändert angenommenen Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Stempelpflichtigkeit der Rechnungen v. — Vorlagen, betreffend: die Reform der Eisenbahn-Fracht-Tarife, Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über Markenscheine gingen an die Ausschüsse. Daran reichte sich eine Mittheilung, betreffend die erfolgte Constitution der Commission für die Ausstellung in Philadelphia. Dieselbe wird in Berlin ihren Sitz haben. Als Vorsitzender wird der Ministerdirektor im Handelsministerium Geb. Rath Jacoby fungiren. Mitglieder sind ferner der k. sächsische Gesandte v. Nostitz-Wallwitz, der hanseatische Ministerpräsident Dr. Krüger u. s. f. Dann folgte Beschlussfassung über die Anträge betreffend: die Bewilligung einer Pension an eine im Kündigungsvorbehältnisse aus dem Reichsdienste geschiedenen Telegraphenboten; die Pensionierung zweier Militärgeistlichen und sodann Berathung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Banknoten. Es ist dies die Verlängerung des provisorischen Banknoten-Gesetzes für das Jahr 1875, welches angenommen wurde. Schließlich wurde inmündlicher Bericht über die Vorlage erstattet betreffend den Consular-Vertrag mit Russland, welcher Zustimmung fand. Hierbei handelt es sich um jene Convention, zu welchen Unterhandlungen einzuleiten der Bundesrat schon im Sommer zugestimmt hatte. Der Vertrag ist auf Grund des zwischen Russland und Frankreich am 1. April d. J. abgeschlossenen Convention entworfen und regelt in 17 Artikeln die rechtlichen Verhältnisse der General-Consule und Consule sowie ihrer Unterbeamten. Er ist am 8. d. M. zu Petersburg unterzeichnet worden. Der Text ist wie die Hinterlassenschafts-Convention mit Russland in französischer Sprache vorgelegt, ein Verfahren, welches von mancher Seite mißbilligend aufgenommen, die deutsche Sprache hätte hier neben der russischen jedenfalls den Vorzug verdient. — Morgen wird der Bundesrat abermals eine Plenarsitzung abhalten und zwar lediglich um den Ausschußbericht über das neue Bankgesetz entgegen zu nehmen. Die Annahme der Ausschüßanträge ist zweifellos. Am Donnerstag wird dann der Bankkommission des Reichstages eine vertrauliche Mittheilung auf die an die Regierung gestellte Anfrage, ob und wie weit dieselbe bereit sei, das Princip der Reichsbank zu acceptiren in Form der articolirten Bundesratsbeschlüsse gemacht werden und diese werden dann Gegenstand der Berathung der Commission bzw. der Verhandlung mit der Regierung sein und deren Ergebnis dann als Commissionsvorschlag in Form eines neuen Gesetzentwurfs an den Reichstag gelangen. Letzterer erwartet auf diese Weise eine Wiederholung der ersten Berathung und dürfte durch die in der Commission zu erzielende Vereinbarung auch schnell mit der Plenarverhandlung zum Abschluß gelangen. — Durch die heutige Bundesratsitzung sind die Berathungen des Justizausschusses über das Civilegesetz nicht sonderlich gefördert worden, jedenfalls hofft man morgen die erste Lesung zu beendigen. Man hat sich über einheitliche Normen für die Anstellung der Standesbeamten verständigt. Das preußische Civilstandesgesetz bleibt durch das zu erlassende Reichsgesetz im Wesentlichen unverändert.

= Berlin, 15. Decbr. [Die Bankvorlage. — Der Artikel 31 der Reichsverfassung. — Die Ultramontanen. —

Aus Gefängnismauern. — Freie Commission für Rheinland-Westfalen.] In Abgeordnetenkreisen bildet heute u. A. der neue, bzw. umgearbeitete Bankgesetzentwurf vorwiegend das Gesprächsthema. Wir haben bereits einige Andeutungen über denselben gemacht und hiesige Morgenblätter bringen weitere Angaben, die wir im Wesentlichen wie folgt bestätigen, bzw. berichtigten und ergänzen können. Aufgenommen in den Entwurf ist zunächst als Grundlage die Bildung einer Reichsbank, für welche die Maximalgrenze für 1procentige Noten auf 240 Mill. Mark festgesetzt ist; darüber hinaus werden die Noten mit 5 p.C. besteuert. Privatcapital wird bis zu dem Betrage von 40 Mill. Thalern zugelassen, und sollen Anteilscheine der jetzigen Preußischen Bank pari zu der neuen Reichsbank mit übergehen. Die Contingentierung der 7 preußischen atlantischen Banten bleibt, dagegen werden die übrigen Privatbanken um 25 p.C. ihres jetzigen Umlaufs zurückgeschritten, d. h. ¼ desselben wird mit 1 p.C. besteuert, darüber hinaus unterliegen die Noten gleichfalls einer Steuer von 5 p.C. Das ist in der Hauptsache, von Bestimmungen der äußeren Organisation abgesehen, der Entwurf, wie er Donnerstag früh in der Commission zur Berathung kommen wird; daß er vor Weihnachten eine Erledigung nicht mehr finden kann, liegt auf der Hand, und wird schon dieser Umstand und die Wichtigkeit der Vorlage als eine Nöthigung angesehen, die Verhandlungen des Reichstages nach Neujahr wieder aufzunehmen. Unbestimmt ist es zur Zeit nur noch, ob dies, wie ursprünglich verlautete, im ersten oder im letzten Drittel des Monats Januar stattfinden wird. — Seitens der nationalliberalen Fraktion wird ein Antrag auf Abänderung des Article 1 des Artikels 31 der Reichsverfassung gestellt werden, und zwar aus Anlaß der Verhaftung des Abgeordneten Majunke, der übrigens, wie es den Anschein hat, aus seiner Einsamkeit am Pößnensee nicht so rasch wieder herauskommen dürfte. Daß das Vorgehen des Gerichts bei dem jetzigen Wortlaut des gedachten Paragraphen nicht anzusehen ist, wird fast übereinstimmend im Reichstage anerkannt (eine Ausnahme dürfte etwa nur das Centrum machen). Gleichwohl findet man die Handlung nicht ganz politisch, da, abgesehen von anderen Momenten durch dieselbe dem Herrn Majunke ein Relf gegeben wird, mit dem er sich am Ende selbst nicht wird absindnen können. In einzelnen Kreisen ist man deshalb der Meinung, es wäre richtiger gewesen, Herrn Majunke laufen zu lassen; der Staat hat kaum etwas davon, ob der Herr in England oder am Pößnensee sitzt. Vermuthlich wird das Centrum, wenn der Antrag auf Freilassung des Herrn Majunke nicht von einer anderen Seite des Hauses eingebrochen wird (und darauf ist, wie die Sachen jetzt liegen, schwerlich zu rechnen), einen solchen formulieren. — Wie man sagt, wird das Centrum bei der dritten Lesung des Etats im Reichstage einen neuen Angriff gegen die Regierung, bzw. den Reichskanzler wagen. Inzwischen steht nach dem, was über die Intentionen des Fürsten Bismarck bekannt geworden ist, zu erwarten, daß dieser Angriff mit einer zweiten, größeren Niederlage der Herren, und zwar auf ihrer ganzen Linie enden wird. Jedenfalls ist zu berichten, daß in die Kirchenpolitik des Fürsten Bismarck eingeweihte Personen den Centrumleuten, wie überhaupt den Ultramontanen Deutschlands vorwerfen, sich selbst zu schaden, indem sie ihre Position in Preußen aufgeben und im deutschen Reiche keine gewonnen haben. Das steht nicht im Einklang mit ihrer sonstigen Schlauheit und der Thatache, daß sie nirgends in Europa mehr Boden unter den Füßen besitzen. Selbst in Frankreich, wird von jener Seite betont, stehen sie in der Luft, denn die letzten Pariser Communalwahlen, welche die Radicalen der Commune beinahe ans Blut brachten, hätten ihnen die Augen öffnen müssen, welche Zukunft sie in diesem Lande erwartet. — Von zuverlässiger Seite wird uns mitgetheilt, daß die vor Kurzem vom Abg. Liebknecht im Reichstag ausgeprochene Behauptung, der Abg. Most sei bei seiner Aufnahme im Gefängnis von dem betreffenden Beamten u. A. mit den Worten angedeutet worden: Sie sind schlimmer als ein Dieb! jeder thatsächlichen Begründung entbehre und wohl lediglich zu dem Behufe erfunden worden sei, irgend eine Sen-

sation im Publikum herorzubringen. Was die Beschäftigung und Bekostigung des Gefangenen anlangt, so sei dafür eine bindende Gefängnisordnung gegeben, die von den Beamten nicht willkürlich, weder zu Gunst noch zu Ungunst, modifiziert werden könne. Herrn Kaplan Majunke z. B. sei es nicht verwehrt worden, im Gefängnis sich literarisch zu beschäftigen und die Frucht seiner Muse, die er am Pößnensee gefunden, sei jenes vielbewunderte Werk über „Louise Lateau“, eine so bedeutende Studie, die nirgends eine Einwirkung der Haft und ihrer Inconvenienzen auf den klaren und durchdringenden Geist ihres Verfassers erkennen lässe. Neuerem Vernehmen nach beabsichtigt Herr Majunke jetzt das Buch nochmals zu überarbeiten und in zweiter vollkommenster Auflage dem wunderdurstigen Volke vorzulegen. — Die bei Beginn der Reichstagsession zusammengetretene freie Commission liberaler Abgeordneter aus Rheinland und Westfalen wird morgen Abend die Berathung der neuen Kreisordnung für die genannten Landestheile zu Ende bringen und die Vorlage darauf der Regierung zur Verwendung für die bevorstehende Landtagssession überreichen. Die Commission hat den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf als Grundlage benutzt und sind im Wesentlichen, wie wir hören, große Abweichungen nicht für nötig erachtet worden, da man den Entwurf im Großen und Ganzen den zu stellenden Anforderungen entsprechend gefunden hat.

△ Berlin, 15. December. [Die Matricularbeiträge. — Pauschquantum oder Diäten. — Der Artikel 31 der Verfassung.] Von den Thaten des Reichstags in seiner heutigen Sitzung dürfte am meisten diejenige zu rühmen sein, daß er der vom Bundesrat vorgeschlagenen Erhöhung der Matricularbeiträge widerstanden und, entsprechend dem vom Abgeordneten Richter bereits bei der ersten Berathung des Etats gemachten Vorschlag, die Bilance zwischen Einnahme und Ausgabe durch die Anweisung auf die Überschüsse des Jahres 1874 herzustellen beschlossen hat. Damit ist ein nicht zu unterschätzender Schritt zu einer ordentlichen Reichsfinanzpolitik gethan. — Weniger Beifall dürfte die Ablehnung des von dem Abgeordneten Frankenberger zu dem Geseze, betreffend die geschäftliche Verhandlung der großen Juifizreformgesetze gestellten Antrages finden. Nach der Vorlage soll jedes Mitglied in der Commission für die Dauer ihrer Verhandlungen, d. h. für die Zwischenzeit nach Schluss des Reichstags bis zum Beginn der nächsten ordentlichen Session außer freier Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen den Betrag von 2400 Mark aus der Reichsfazie erhalten. Frankenberger beantragte Namens der Fortschrittspartei den Commissionsmitgliedern Tagegelder zu geben. Obwohl sich dies aus vielen Gründen, insbesondere auch mit Rücksicht auf die zu wählenden Stellvertreter der Commissionsmitglieder empfiehlt und Frankenberger ausdrücklich ablehnte, diese Veränderung als präjudizial für die Bewilligung der Tagegelder während der Reichstagsession (Antrag Schulze-Delitzsch) zu erachten, so widersprach Delbrück dennoch Namens des Bundesrates aus „nahe liegenden“ principiellen Gründen. Mit andern Worten: der Bundesrat will auch nicht den Schein auf sich laden, als könnte er jemals dem alljährlich wiederkehrenden Diätengesetz zustimmen. Für Frankenbergers Antrag stimmten Fortschrittspartei und Centrum, aber nur vereinzelt Nationalliberale. Da diese Partei in ihrer großen Mehrheit im Frühjahr für den Schulze'schen Diätenantrag gestimmt hat, so ist das heutige Votum darauf zurückzuführen, daß das Reichskanzleramt sich vorher der Zustimmung zu seinem heutigen Gesetzentwurfe versichert hat. Im Hinblick auf die Thatache, daß die Mitglieder der vom Bundesrat zu Gesetzgebung arbeiten direct einberufenen Commissionen je 10 Thaler, wenn sie außerhalb Berlins, und 5 Thaler, wenn sie in Berlin domiciliert, an Tagegeldern erhalten, beabsichtigte die Regierung ein Pauschquantum von 3600 Mark (1200 Thaler) in dem vorliegenden Gesetze vorzuschlagen; diese Summe entspricht bei einer präsumtiven Berathungsdauer von vier Monaten einem Diätengehalt von 10 Thalern. Da nun aber bei solchem Pauschquantum eine Unterscheidung zwischen Berliner (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

„Hörst mich zurück, Avril? Nun gut, es sei!... Aber eine Andere sollst Du nicht bekommen, das schwöre ich Dir! Glaube mir, ich werde dafür sorgen, daß man Leontine gut bewacht... Man wird sie nicht aus den Augen lassen, denn ich habe bereits den Argwohn ihres Mannes und seine Wachsamkeit angeregt, indem ich die Verleumdung erdichtet, daß sie es gewesen sei, die mit Dir in Clichy war.

Paul brach in lautes Gelächter aus.

„Meiner Treu, auf diese Erdichtung kannst Du Dir etwas einbilden!“ rief er ironisch. Die nämliche Geschichte hatte ich bereits Herrn von Jozères und dem Doctor erzählt!... Wenn es etwas giebt, was mir zur Erreichung meines Zweckes dienen kann, so ist es diese Verleumdung...“

Paul sprang jetzt die letzten Treppenabsägen hinab, ohne sich weiter nach Frau von Armangis umzusehen, die bleich vor Wuth sich an das Treppengeländer hielt.

„Nein, nein und tausendmal nein!“ rief sie sodann, „er soll sie nicht bekommen, ich werde meine Ungeschicklichkeit wieder gut machen, indem ich die Wahrheit bekenne!...“

Damit kehrte sie um und stieg wieder die Treppe hinauf, um zwei Sekunden später abermals bei Jozères zu läuten.

Diesmal war es der Doctor selbst, der ihr öffnete. Perrier war bleich und rief, als er Frau von Armangis vor sich sah:

„Haben Sie sie gesehen?“

„Wen?“

„Leontine... meine Tochter!...“

„Nein... Ist sie denn nicht mehr auf ihrem Zimmer?“

„Verschwunden!...“

Er führte Bertha in den Salon, wo die Cardoze im finsternen Nachdenken, gesenkten Hauptes an der Wand lehnte und mechanisch ein Blatt Papier zerkrümpte, welches sie in ihrer herabhängenden Hand hielt.

„Gieb her“, sagte der Doctor, indem er ihr das Blatt abnahm, welches er der Frau von Armangis mit der Aufforderung überreichte, es zu lesen.

Das Blatt enthielt folgende Worte:

„Ich gehe... Man führt mich weit von Euch fort!...“

„Wo haben Sie dieses Blatt gefunden?“ fragte Bertha.

„Auf dem runden Tische, der in ihrem Boudoir vor dem Sophah steht... Sie sehen, daß es ein förmlicher Abschied ist, den sie noch schriftlich von uns nehmen wollten, bevor sie diesem Elenden folgte.“

„Den meinen Sie damit?“

„Nun, wen sonst, als diesen Paul Avril, der Ihr eine so verhängnisvolle Liebe einzuflößen wußte.“

„Ihm? Nein“, entgegnete Bertha, „sie liebt ihn nicht. Auch sah ich Avril gehen; er war allein.“

„D, das beweist nichts, denn sie ist jedenfalls vorausgegangen und erwartet ihn irgendwo.“

„Aber ich sage Ihnen ja, Avril ist nicht ihr Geliebter“, rief Frau von Armangis.

„War sie nicht drei Tage mit ihm zusammen auf dem Lande?“

„Nein... das ist nicht wahr!“

„Aber Avril gestand es ja selbst.“

„Er log.“

„Und Sie... bestätigten Sie es nicht auch?“

„Ich log ebenfalls, nicht Leontine, sondern ich selbst brachte diese drei Tage mit Paul Avril in Clichy zu.“

„Aber ein gewisser Janerot nannte uns dort den Namen...“

„Ihrer Tochter“, unterbrach Bertha den Arzt. „Ja, das ist möglich, oder vielmehr natürlich, denn ich war so frei, als Frau von Jozères dort aufzutreten. Wenn ich vorhin aber die Verleumdung aussprach, daß Leontine in Clichy gewesen sei, so geschah dies nur, weil ich unsern Freund Jozères eifersüchtig machen und dadurch veranlassen wollte, auf Avril Acht zu haben, der Leontine liebt.“

Nach dieser Erklärung ging Bertha wieder in ihre spöttische Weise über, indem sie lachend rief:

„Und nun suchen Sie anderwärts nach dem Entführer Ihrer Tochter, mein lieber Doctor, denn ich wiederhole Ihnen, Paul ist es nicht.“

Zetzt kam auch Herr von Jozères in den Salon, nachdem er die ganze Wohnung durchsucht hatte, um irgend eine neue Wahrnehmung zu machen, die ihm das Verschwinden seiner Frau besser erklärt hätte.

„Nichts... gar nichts, was uns auf ihre Spur bringen könnte“, sagte er schon im Eintreten. „Sie ist fort, ohne von ihren Sachen nur das Geringste mitzunehmen. Alle Diamanten sind noch da und in ihren Schränken ist Alles unberührt geblieben.“

„Wenn es aber Paul Avril nicht ist, der sie entführte, wer ist es sonst?“ rief Perrier.

Bei diesem Ausrufe erhob die Cardoze den Kopf und murmelte:

„Ich weiß es!“

„So nenne ihn.“

„Du hast so viel von einem unbekannten Feinde gesprochen, der im Dunkel um uns herum schleicht, daß ich mir endlich sagte, vielleicht hat er Recht. Und von dem Augenblicke an, als ich daran glaubte, suchte, forschte, beobachtete ich...“

„Und Du hast ihn entdeckt?“

„Ja!“ rief Nicole entschieden.

„Dieser unbekannte Feind, der Bricard tödte?“ fragte Perrier.

„Ja... der Bricard erwürgte...“ wiederholte die Cardoze.

„Und die Pillard bei Seite schaffte?...“

„Ja...“

„Du weißt, wer es ist?“

„Ich kenne ihn und Ihr kennt ihn auch.“

„Aber dann rede doch!... Wer ist's?“

Die Cardoze sagte langsam:

„Baudet!“

„Er, der Taube?“ rief Herr von Jozères.

„D,“ entgegnete Nicole, „ich habe entdeckt, daß dieser Taube, wenn es in seinem Interesse liegt, sehr gut hört.“

„Ich glaube“, fuhr Nicole fort, „daß wir uns sehr einseitiger Weise auf die Taubheit dieses Menschen verlassen haben.“

„Aber welches Interesse hätte Baudet, uns auszuspionieren und zu verräthen?“ wandte Herr von Jozères ein?

„Für wen oder in welcher Absicht er handelt, weiß ich nicht. Er wurde bei uns durch die Pillard eingeführt und als er fürchtete, daß sie ihn verraten könnte, war er es, glaubet mir, der für ihr Verhüten sorgte. Ich habe mir alle einzelnen Fälle in's Gedächtniß zurückgerufen, wo wir ihm Gelegenheit boten, uns in die Karten zu sehen. An dem Tage, als ich den Bleistift unter dem Kopftisch der Madame Perrier fand, war er auch im Hause. Wir behielten ihn beim Diner, wo er sich um nichts anderes als um den versprochenen Hummer zu kümmern schien und doch war es sicher nur er, der der Kranken den Bleistift zusteckte... Ja, ja, es ist ein Betrüger und dabei ein Riese an Kraft. Unter seinen Händen war Bricard's Hals weiche Butter.“

„Du bist von Sinnen, Nicole“, entgegnete der Doctor, Bricard und Caducet hatten nichts mit einander zu schaffen.“

„Es ist Deine Sache, mir zu glauben oder nicht, nur will ich im Interesse von uns Allen wünschen, daß es nicht zu spät sein wird, wenn Du einsiehst, daß ich Recht habe. Mir sind die Augen etwas spät aufgegangen, aber einmal offen, habe ich sie nicht wieder geschlossen. Ich habe schon daran gedacht, jemanden zur Beobachtung Caducet's aufzustellen...emanden natürlich, dem er nicht misstraut... das wäre Ihr Bruder, Frau von Armangis... weshalb ich auch den Auftrag gab, mir Herrn von Valnac zu schicken. Er, den man schon halb und halb des an Bricard verübten Mordes beschuldigte, mußte vor allen Andern ein Interesse haben, den wirklichen Mörder zu entdecken.“

Aber angenommen, daß Caducet in der That der verdächtige Mensch wäre, den Du aus ihm machst, Nicole, so sage uns auch, was ihn Deiner Ansicht nach bewegen haben könnte, meine Frau zu entführen“, fragte Herr von Jozères, dessen Angst in diesem Augenblicke die Eiferjacht überwog.

„Weiß ich es?“ rief Nicole ungeduldig. „Sie forschten eben darnach, wer Leontine entführte haben könnte. Ich nenne meiner Überzeugung nach Caducet. Nun ist es Ihre Sache, herauszubringen, ob ich Recht oder Unrecht habe. Meine Ansicht ist, daß der Entführer hier versteckt sein müsse, während Sie in Ihrem Cabinet mit Paul Avril unterhandelten und daß er seinen Streich ausführte, als ich meinesseits bei Ihnen eintrat. Wie hat er es angestellt, daß Leontine ihm folgte? that sie es aus Furcht oder überredete sie ihn?... darüber

(Fortsetzung.) und Nichtberlinern nicht angeht, so ist von einflussreichen National-liberalen ihr die Unterstüzung nur unter der Bedingung zugesagt, daß sie den Satz von 3600 auf 2400 Mark (statt 30 Mark nur 20 Mark pro Tag) ermäßigte. Das ist für die nicht in Berlin wohnenden Abgeordneten nicht ausreichend, namentlich wenn die Arbeit der Commission sich, wie vorauszuzeichnen ist, über die Frist von vier Monaten hinauszieht. — Der Fall der Majunke'schen Verhaftung beschäftigte viele Reichstagsabgeordnete in heutiger Sitzung. Die Meinung der Geschäftsausschusses über die Rechtmäßigkeit der entschieden gegen den Wunsch der Regierung angeordneten Verhaftung gilt für höchst zweifelhaft; vermutlich wird ein Declarationsantrag abhelfen. In Ergänzung meiner neulichen Mittheilung, daß der Artikel 31 der Reichsverfassung mit Artikel 84 der Preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 in Artikel 83 der octroirten Verfassung vom 5. December 1849 übereinstimmt, will ich noch anführen, daß die Wissenschaft des leitgedachten Artikels streng genommen, der Preußischen Nationalversammlung und ihrer Verfassungskommission zufällt. In dieser Versammlung brachte der Abgeordnete Blüm (Advocat in Düsseldorf) einen Gesetzentwurf zum Schutz der Nationalversammlung ein. Dieser wurde in der Sitzung vom 16. Juni 1848 nach den Anträgen der Centralabtheilung abgeändert und ist so als Gesetz vom 23. Juni 1848 publicirt. Die jetzt streitige Bestimmung ist wörtlich hierin enthalten; nur der letzte Satz über die Aussetzung eines bereits begonnenen Strafverfahrens und einer begonnenen Haft lautete abweichend. In der Verfassungskommission schlug Neichenperger, wie die von Waldeck als Vorsitzenden und Dr. Stein (Breslau) als Schriftführer unterzeichneten Protokolle ergeben, dieselbe Fassung vor, welche von dem Entwurf der Verfassungskommission in die octroirte Preußische und zuletzt in die Deutsche Verfassung überging. Darnach ist Peter Neichenperger der Haupturheber derjenigen Fassung, welche heute den Auslegungskünsten der deutschen Regierung und des deutschen Reichstags den weitesten Spielraum bietet.

[Der Abg. Eugen Richter] hat die auf ihn gefallene Wahl zum Stadtverordneten angenommen und veröffentlicht darüber in der „Voß. Ztg.“ ein Schreiben, in welchem er sagt:

Dieser Entschluß ist mir mit Rücksicht auf meine anderweitigen parlamentarischen Geschäfte nicht leicht geworden. Indes haben die Berunglimpfungen, welche in letzter Zeit die Selbstverwaltung Berlins und die Berliner Bürgerschaft wieder erfahren müssen, in mir die Überzeugung wachgerufen, daß ein Mitglied der Fortschrittspartei Angesichts der bevorstehenden Reform der Communalgesetzgebung sich dem Ruf nicht nicht entziehen darf, zur Berliner Kommunalverwaltung in nähere Beziehung zu treten. Auch glaube ich mich verpflichtet zu halten, daß es nicht Absicht meiner Wahl gewesen ist, mich durch ihre Wahl den Geschäften im Reichstage und Landtag irgendwie zu entziehen, es mir daher nicht verübt werden wird, wenn ich meine Beteiligung in Sitzungen und Arbeiten der Stadtverordneten-Versammlung auf Fragen von organisatorischer Bedeutung beschränke. Während der die Selbstverwaltung in Berlin belebende Geist das höchste Lob verdient, ist es allerdings nicht zu verkennen, daß die Formen der Verwaltung in ihrer Verböllommung vielfach nicht mit der Entwicklung und Ausdehnung der Stadt Schritt gehalten haben. Die Geschäftsausschöpfung der Stadtverordnetenversammlung beispielsweise ist durchaus veraltet und trägt noch jeden Zusatz, der anderwärts längst bestellt ist. Dazu erscheint die Versammlung mit einer Menge kleinerlicher Geschäfte beschwert, welche ihr Zeit und Frische rauben, um überall eine lebendige Initiative in der Aufstellung größerer einheitlicher Gesichtspunkte für die Verwaltung entfalten zu können. Die Bildung von Parteien erachtete ich in einer so zahlreichen Versammlung nicht für ein Hindernis des Fortschritts, sondern eher für eine Gemähe desselben vorausgesetzt, daß die Parteien von Grundsätzen getragen werden und nicht in persönlichen Egotrieten ausarten. Würden wir meine anderweitigen parlamentarischen Geschäfte gestatten, regelmäßig an den Stadtverordneten-Versammlungen Theil zu nehmen, so würde ich daher kein Bedenken tragen, mich unter der gedachten Voraussetzung einer Partei anzuschließen. Unter den besonderen Verhältnissen meines Eintritts aber kann ich die aus der Parteimitgliedschaft erwachende Verantwortung nicht tragen, behalte mir dagegen vor, Parteibefreiungen als Hospitant in einzelnen Fällen beizubringen. Auch will ich nicht verhehlen, daß die Grundsätze, welche von der Fraktion der Linken bisher in formellen Staatsfragen vertreten wurden, meinen eigenen Ansichten durchaus entsprechen, wie sie denn auch mit denjenigen Forderungen durchaus übereinstimmen, die ich im Reichstage und Landtag stets vertreten habe. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener

Eugen Richter.

[Universität in Münster.] Die in Anregung gebrachte und vom Oberpräsidenten v. Kühlwetter geförderte Errichtung einer förmlichen Universität in Münster ist, wie die „Köl. Ztg.“ erfährt, abgelehnt worden. Wir können diesen Beschuß nur vollkommen billigen. Die Zahl der neun Universitäten in Preußen (Königsberg, Greifswald, Breslau, Berlin, Kiel, Halle, Göttingen, Bonn, Marburg) und der elf im übrigen Deutschland (Jena, Erlangen, München, Würzburg, Freiburg, Heidelberg, Straßburg, Rostock, Tübingen, Leipzig, Gießen) ist bereits so groß, daß bei eintretenden Vacanzen es in der letzten Zeit schwer wurde, die Wiederbesetzung vorzunehmen. Da auch die schweizerischen Universitäten Basel, Bern, Zürich zum großen Theil auf Deutschland angewiesen sind, würde eine neue Universität dahin führen, ungenügend besetzt werden zu müssen, oder zum Nachtheile der Wissenschaft die treffliche Institution der Privatdozenten zu schädigen. Hingegen ist für Münster die philosophische Fakultät genehmigt worden; die Ernennungen sind jedoch noch nicht erfolgt. Wahrscheinlich hat dies den Grund darin, daß zuerst die Bewilligung des Landtags für die Dotation erforderlich erscheint.

[Der Papst] hat Herrn Vorsak von der Liste seiner Geheimkämmerer gestrichen und ihm den Titel Monsignore genommen wegen seiner früheren Beziehungen zu dem verstorbenen Pater Theiner, insbesondere seiner Theilnahme an der Herausgabe des (ursprünglich vom Papste selbst angeregten) Theiner'schen Werkes über das Tridentinische Concil und seiner Annahme des Directorats der Vallicelliana-Bibliothek.

Königsberg, 10. Decbr. [Die erste Deputation des hiesigen Stadtgerichts] hat heute auf Schlebung des hiesigen „social-demokratischen Arbeiter-Partei“ genannten Orts-Vereines wegen Gefährlichkeit desselben für den Staat und die Gesellschaft erkannt. Zwei Mitglieder des Vereins sind wegen Übertretung des Vereins-Gesetzes zu Geldstrafen verurtheilt worden.

Königsberg, 14. Decbr. [Der Oberpräsident der Provinz Preußen,] Herr v. Horn, hat, wie die „K. Ztg.“ mittheilt, ein Circular an die Standesbeamten erlassen, in welchem derselbe, unter Hinweis auf Klagen über die unterlassene Nachsuchung der kirchlichen Acte nach Eintragung in die Standesregister, es für dringend erwünscht und angemessen, die Interessen des Staats sowohl als der Kirche fördernd erachtet, daß der Standesbeamte bei jedem Civilakte, welchen er vornimmt, den Beihilfeten vorhalte, es sei ihre Pflicht, auch noch die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehrn.

Bonn, 15. Decbr. [Bischöfliches Edict.] Wie rheinische Blätter berichten, sehen sich die Bischöflichen unter dem Clerus eifrig nach Staatsstellen um, um so den Händen ihrer Bischöfe zu entkommen und unter die Alles zerdrückende Regide des Fürsten Bismarck sich zu flüchten. Um diese bedenkliche Lockerung der Disciplin zu verhindern, hat jetzt der Erzbischof Melchers Geistlichen die Annahme von Kreis-Schulinspector-Stellen verboten. Es ist ein Fall bekannt, in dem eine

solche, bereits vom Minister bestätigte Ernennung durch ein bishöfliches Edict wirkungslos gemacht wurde.

Dessau, 12. December. [Besuch des Kaisers.] Acht Jahre sind vergangen, seitdem der König Wilhelm zum letzten Male dem hiesigen Hofe einen Besuch abstattete; es war in Herbst des dentwürdigen Jahres 1866. Der König hatte in zarter Rücknahme auf die Empfindungen des Herzogs Leopold jede Empfangsfeier sich verboten, und außer einem Hoch, das dem Sieger von Sadowa Abends im Hofftheater ausgetragen wurde, unterblieben alle öffentlichen Kundgebungen. Um so begeisterter war die Begrüßung seitens des Publikums heute, wo Kaiser Wilhelm in Begleitung des Kronprinzen, der Prinzen Carl und Friedrich Carl hier eintraf, um einer Einladung des Herzogs Friedrich zur Theilnahme an einer Jagd jagd zu folgen. Und nicht allein hier, sondern auch auf den übrigen Stationen des Anhaltischen Landes ist der greise Heldenkaiser von der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung auf das Freudigste begrüßt worden. Der Extrazug traf gegen 10 Uhr von Berlin hier ein, von wo ab die beiden Gäste, in Begleitung des Herzogs, nach Viendorf weiter fuhren. Die Bewohner des Dorfes haben, wie von dort berichtet wird, ebenfalls großartige Vorberührungen zum Empfang des Kaisers getroffen und namentlich eine Art via triumphalis vom Bahnhofe nach dem Dorfe hergestellt, welches die Jagdgemeinde zu passiren hatte. Nachdem der Kaiser ein ihm von einer Dame dargereichtes Blumenbouquet huldvollst angenommen, haben sich die Herrschaften nach dem Schloß begeben, hier ein Dejeuner eingenommen und sind dann zur Jagd aufgebrochen. Die Jagdausbeute soll außerordentlich groß gewesen sein. Um halb eins Uhr kehrte die Jagdgemeinde mittelst Extrazuges hierher nach Dessau zurück und fuhr in den bereit stehenden Equipagen nach dem Residenzschloß, wo ein Diner stattfand. Die Stadt war prächtig illuminiert. Von Bahnhofe ab hatten der Kriegsverein, die Turner, die Schützen und die Feuerwehr sich mit Fackeln aufgestellt und bildeten Spalier. Um 8 Uhr fuhr der Kaiser nach dem Bahnhofe zurück, bestieg den bereit stehenden Extrazug und trat die Rückreise nach Berlin an. (M. B.)

Bamberg, 10. December. [Bischöfliche Rüge.] Das hiesige erzbischöfliche Ordinariat hat dem Pfarrer Mahr in Ebermannstadt (welcher bekanntlich jüngst vom oberbayerischen Schwurgericht wegen mehrfacher Beleidigungen zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist) eine erste Zurechtweisung zugehen lassen, sein vergangenes Verhalten als das Ansehen der Kirche schädigend, censit, und ihm größere Zurückhaltung und Selbstdiscipline für die Zukunft empfohlen. (N. P.)

Baden, 15. Decbr. [Alt-katholisches.] Zur Ergänzung des bereits erwähnten Berichtes über die von der Freiburger Curie beim grossherzoglichen Justizministerium eingereichte Beschwerde wegen der propagandistischen Thätigkeit des Führers der badischen Alt-katholiken, Oberamtsrichters Beck in Heidelberg, theilen wir nachträglich noch mit, daß nach Angabe katholischer Blätter trotz der überwissenden Antwort, welche der Curie officiell von dem Justizministerium geworden ist, der Oberamtsrichter Beck durch seinen vorgesetzten Mannheimer Gerichtspräsidenten ermahnt wurde, sich in der alkatholischen Agitation mäßigvoller und ruhiger zu verhalten. Das Organ der Alt-katholiken, der „Deutsche Merkur“, sagt deshalb: „daß die weise Regierung daraufhin (nämlich nachdem sie den Erzbistumsworther abgewiesen hatte) dem Beamten „ruhiges Verhalten“ empfiehlt, ist nur ein Beispiel jener zaghaften und inconsequenter Politik, welche den Staat auf die Dauer schädigen muß.“

Metz, 15. Decr. [In den französischen Nachbarstädten] sind schon seit einiger Zeit die nach Beendigung der Occupation massenhaft aufgetretenen bildlichen Verhöhungen der Deutschen aus den Schauläden der Buchhandlungen entfernt worden. Darstellungen jedoch, die sich auf die fast sprüchwörtlich gewordenen Penduleidenschaften beziehen, haben sich immer noch des Schutzes der Behörden zu erfreuen. So findet man z. B. noch häufig das famose Bild, in welchem Bismarck und Moltke Elsäss-Lothringen von der franz. Karte abschneiden, während die umstehenden preußischen Soldaten allerlei Gegenstände, vorzugsweise aber Pendules „rollen“ oder bereits „gerollte“ in Taschen und Tornister verpacken. Wie es scheint, haben sich die Franzosen das Märchen, daß jeder deutsche Soldat beim Einzuge in Berlin einen jener Zeitmesser am Sattelknopf oder dem Säbelgurt hängen hatte, so oft vorgelegen, bis sie schließlich selbst daran glaubten.

Ö ster r e i ch.

Wien, 15. Decbr. [Central-Rechnungsaabschluß für 1873.] Es betragen nach demselben die gesammten für die Verwaltungsperiode wirklich bestrittenen Staats-Ausgaben 398,851 Millionen Gulden gegen ein vorläufiges Erforderniß von 394,429 Millionen. Das wirkliche Erforderniß stellt sich im Ganzen gegen den Voranschlag um 4,721 Millionen höher. Die Staats-Einnahmen waren mit 393,677 Millionen vorläufig, erreichten jedoch die Ziffer von 398,851 Millionen. Der wirkliche Erfolg war daher gegen den Voranschlag um 5,173 Millionen höher.

Pest, 14. Decbr. [Der Präsidial-Secretär Asboth], Verfasser der Broschüre „Ungarisch-conservative Politik“, ist vom Amte suspendirt und die Disziplinar-Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden.

I t a l i e n.

Rom, 11. Decr. [Rede des Marineministers. — Verdi. — Begräbnis Des Ambrosius. — Die kaufmännischen Consulate. — Die Gesandtschaftsposten in London, Petersburg und Madrid.] Bei dem Bankett, welches die Abgeordneten von Spezia ihrem Abgeordneten, dem Marineminister, gaben, hielt dieser eine Rede, in welcher er seine, von vielen Seiten heftig angegriffenen Meinungen und Absichten hinsichtlich der Kriegsmarine entwickelte und vertheidigte, auf die vielen glücklichen Versuche der letzten Zeit hinwies und die Aufmerksamkeit, welche die englische Admiralität den Arbeiten der italienischen Marine widmete, als Beweis einer energischen und erfolgreichen Thätigkeit selbst bei geringen Mitteln hinstellte.

Der Senat genehmigte die Ernennung Verdi's, beschloß die Büste des verstorbenen Präsidenten Des Ambrosius aufzustellen und bekleidete sich trotz des schlechten Wetters fast vollzählig an dessen Begräbniß, dem auch Prinz Humbert beiwohnte. — Die Regierung hat die Aufmerksamkeit des diplomatischen Corps auf den Krebschaden der nicht-besoldeten kaufmännischen Consulate gerichtet, da in den letzten Monaten nicht weniger als drei durch betrügerische Bankerote die Geschäftswelt in Berlin und Aufregung gebracht haben. — Durch den Tod des Grafen Des Ambrosius, der zugleich Präsident des Staatsrates war, wird eine Veränderung jedenfalls auch bei unserer Gesandtschaft in London vor sich geben, da deren Chef als Nachfolger des Grafen bezeichnet wird. Die Gesandtschaftsposten in Petersburg und Madrid sind zur Zeit noch unbesetzt.

F r a n k r e i c h.

Paris, 14. December. [Zum Arnim'schen Prozeß. — Das Programm des linken Centrums. — Antrittsrede Greve's. — Vergebliche Vermittelungsversuche der parlamentarischen Parteien. — Zur Wahl in den Oberpyrenäen. — Militärisches.] Der Arnim'sche Prozeß beginnt auch die Franzosen sehr lebhaft zu interessiren, obgleich sie durch die Enthüllungen desselben nicht gerade angenehm berührt werden. Schmeichelhaft sind diese Enthüllungen für keine der Parteien, welche sich in diesem Lande die Herrschaft streitig machen, was freilich nicht hindert, daß die Parteien dieselben für ihre Interessen auszubeuten suchen. Insbesondere schlägt die reactionäre Presse Kapital aus Bismarcks

Enthüllung über die Gründe, welche die Erhaltung der Republik für Deutschland wünschenswerth machen und die Schwierigkeit für diese Republik, in Europa Allianzen zu gewinnen; und am Meisten thun sich in dieser Campagne die bonapartistischen Journale hervor, ohne Zweifel um vergeblich zu machen, daß der deutsche Kanzler an einer anderen Stelle gesagt hat, von ihnen, den Imperialisten, habe Deutschland am Wenigsten zu befürchten. Aus allen diesen Commentaren geht nur hervor, daß die hiesige Presse zum großen Theile nach wie vor von der Überzeugung ausgeht, daß eine Regierung nur dann auf Popularität rechnen kann, wenn man ihr zutraut, auf die Revanche hinzuarbeiten. Könnte man sonst so triumphirend der Republik vorwerfen, daß sie Frankreich in die Notwendigkeit versetze, Frieden zu halten? Von der Besonnenheit und Resignation, worauf dieselbe Presse sich viel zu gute zu thun pflegt, läßt sich in diesem Verfahren wenig entdecken. Klüger jedenfalls verhält sich die „France“, wenn sie heute zu den Erklärungen des Fürsten Bismarck bemerkte: „Was am klarsten aus denselben, vom französischen Gesichtspunkte aus, hervorgeht, ist, daß eine Monarchie uns von deutscher Seite ein Mißtrauen zuziehen müßte, welches die Erhaltung des Friedens schwierig und prekar machen würde. Wir müssen Act nehmen von dem Wunsche nach Frieden, welchen diese vertragliche Depesche des Kanzlers bestätigt. Da aber dieser Friede auch unser Hauptinteresse, unter allen Gesichtspunkten unser wesentlichstes Interesse ist, wäre es da nicht Wahnsinn, im Inneren eine Revolution zu wünschen, welche mehr oder minder nahe äußere Verwicklungen herbeiziehen müßte — und das bloß, um Hrn. von Bismarck's Wunsch, uns in der Republik zu sezen, zu vereiteln!“

— Hr. Corne hat bekanntlich letzter Tage das Programm des linken Centrums dahin formulirt, daß diese Partei nur die Einsetzung der Republik nach dem C. Perier'schen Antrage annehmen werde. In milder Form stellte er das alte Dilemma wieder auf: Republik oder Auflösung. Einwas bestimmter wurde dieses Programm gestern in einer Versammlung der gemäßigten Linken aufgestellt. Dort hielt der neuwählte Präsident Grevy seine Antrittsrede, worin er unter Anderem sagte: „Die Stunde ist gekommen, ein Ende zu machen; jeder Vorwand zu Vertragungsmaßregeln ist verschwunden; das Dilemma, einen Augenblick bestellt, führt zurück und drängt sich heute als unvermeidlich auf. Wir werden es in seiner präzisen Form aufrecht halten, einmal weil das darin eingeschlossene Programm das Pfand eines Bündnisses zwischen allen republikanischen Gruppen geworden ist, sodann weil es deutlich in unseren Augen die enge Pflicht der Nationalversammlung ausdrückt und den Bedürfnissen wie dem Willen des Landes entspricht.“

Heute wird der neue Präsident der äußersten Linken, Brisson, seine Antrittsrede halten und ohne Zweifel wird auch er im Namen seiner Partei die Zustimmung zu jenem Programm kundgeben, indem er einen verstärkten Nachdruck auf die Notwendigkeit der Auflösung legt. Man sieht also in dieser Session wie in der vorhergehenden die drei Fraktionen der Linken an einem Strange ziehen, und es ist zur Genüge dargethan, daß die parlamentarischen Parteien, sich selbst überlassen, nicht zur Bildung einer Mehrheit aus den Mittelparteien gelangen können. Das rechte Centrum hat sich, wie schon gemeldet, im Gefühl seiner vollständigen Vollziehung nochmals an die äußerste Rechte gewandt und sein Präsident Boher ist beauftragt worden, mit den cheval-légers Unterhandlungen bezüglich Wiederherstellung der alten Majorität anzufüllen. Dieselben haben sich aber in einer Unterredung Boher's mit de la Rocette von vorn herein als hoffnungslos erwiesen. Dies konnte nicht anders sein. Die Royalisten folgen mehr und mehr der directen Führung des Grafen von Chambord, und der Graf von Chambord will von der regelmäßigen Organisation des Septennats nichts wissen. Wenn also die Orléanisten das Septennat nicht selber preisgeben wollen, müssen sie darauf verzichten, sich mit den Royalisten zu verbinden. — Inzwischen wird trotz Allem unausgesetzt für die Vermittelungsverschläge agitiert. Ernst Picard hat einen Brief an den „Courrier d'Etat“ gerichtet, worin er von neuem seinen Antrag auf theilweise Erneuerung der Nationalversammlung empfiehlt, als das einzige Mittel, zu einem Vergleich zu kommen. Es ist gewiß, daß das System der theilweisen Neuwahl seit einiger Zeit viele Anhänger gewonnen hat, wie ihm denn in der That viel Verführliches inne wohnt; aber höchst fraglich bleibt, ob ihm eine Mehrheit zu Theil werden wird, denn einmal widerstrebt es den Republikanern der äußersten Linken als nicht energisch genug, und zum Andern sind die Monarchisten der verschiedenen Fraktionen klug genug zu erkennen, daß im Grunde dieser Vorschlag nur bezweckt, die Mehrheit ohne Erstürmung nach links zu verlegen. — Bei der Wahlcampagne in den Oberpyrenäen sind die Bonapartisten wieder die rührigsten. Ihr Candidat Gazeaur ist zuerst mit seinem Glaubensbekenntniß hervorgetreten. Er erklärt, die Gewalt Mac Mahons unterstützen und nöthigenfalls sie gegen die „verderblichen Einflüsse“, wovon in der Botschaft die Rede gewesen, organisieren zu wollen. Nach ihrem Ablauf aber werde er den Antrag an's Volk verlangen, in der Überzeugung, daß daraus nur das Kaiserreich hervorgehen kann. Gleichzeitig mit diesem Glaubensbekenntniß ist ein Brief Fould's veröffentlicht worden, welcher die Gazeaur'sche Kandidatur empfiehlt. Dieselbe war, wie man weiß, zuerst Fould selber zugeschlagen, er hat sie aber seines vorgerückten Alters und schiefen Gesundheitszustandes wegen abgelehnt. — Man spricht von ungewöhnlich großen Manövern für nächstes Frühjahr, deren Leitung Mac Mahon selber übernehmen würde.

* Paris, 14. Decr. [Der Kriegsminister.] Entgegen seiner gestrigen Versicherung, daß der Armee-Ausschuß sich mit dem Kriegsminister nicht einigen könne, sagt der offizielle „Moniteur“ heute, daß die Einigung in Aussicht stehe. Der Ausschuß gebe sechs Compagnien zu und der Kriegsminister werde andere Zugeständnisse machen.

[In der heutigen Kammer sitzung] wurde der Bericht über die Erste Kammer vertheilt. Dem „Moniteur“ zufolge wird dessen sofortige Discussion verlangt werden.

[General Ducrot] befindet sich gegenwärtig in Paris und hatte mehrere Unterredungen mit dem Marschall Mac Mahon. In den parlamentarischen Kreisen sieht man die Anwesenheit Ducrot's nicht gern, da er zu Allem bereit ist. Ducrot ist bekanntlich der französische General, der in Sedan Kriegsgefangener wurde, sich aber in Pont-à-Mousson aus dem Staube machte. [Gesellensvereine.] Die „Union“ erstattete dieser Tage einen längeren Bericht über die katholischen Gesellensvereine in Frankreich. Danach vermehrt sich die Zahl derselben schnell. In Lille allein gibt es deren bereits fünf. Ein großer Theil der Fabrikbesitzer hält bereits die Arbeiter an, in die katholischen Vereine einzutreten; einige Fabrikanten wollen sogar keine Arbeiter mehr annehmen, die nicht zu denselben gehören.

B e l g i e n.

Antwerpen, 11. December. [Zum Arnim'schen Prozeß.] Auch wir, schreibt man der „Frz. Ztg.“, sind — in Arkadien geboren, auch wir haben das Recht, neben den Murray's, Lauser's und Zehlicke's in dem Arnimconcerne mitzuwirken. Eine kleine Arie der staatsanwaltschaftlichen Introduction spielt bekanntlich in Brüssel, im Redaktionslokal des „Echo du Parlement“; es ist von einer Depesche die Nede die vor zwei Jahren an hervorragender Stelle jenes Blattes gebracht und von da aus in Form von Telegrammen in alle vier Weltgegenden

gescheitert wurde. Diese Angelegenheit hat bei uns noch vor einigen Wochen etwas Staub aufgewirbelt; es kam zwischen dem Redacteur des genannten Brüsseler Blattes und dem Correspondenten der „N. Fr. Pr.“ zu scandalösen Auseinandersehungen, die vorläufig in einem „nicht zu Stande gekommenen“ Duell ihre Ausgang fanden. Erst neulich hat wieder ein Berliner Correspondent des russischen „Golos“ die Mitteilung gebracht, Graf Arnim oder sein Sohn hätten eine Reise nach Brüssel bezweckt, um sich mit der Redaction des „Echo du Parliament“ zu besprechen. Wir nehmen daher im Interesse derjenigen Ihrer Leser, welche dem Arnimprozesse in seinen kleinsten Details zu folgen trachten, von einem Artikel Notiz, welchen das genannte Blatt heute der bezüglichen Episode widmet. Das Brüsseler Blatt schreibt:

„Die dem Grafen Arnim zur Last gelegten Handlungen betreffen uns nicht, bieten uns jedoch den Vortheil, unsere Rolle auf's Genaueste zu bestimmen. Herr v. Arnim läßt dem Herrn Beckmann, eine Notiz zukommen begleitet von einem Schreiben, in welchem dieser erachtet wird, der Nachricht über seine Demission die größtmögliche Verbreitung zu verschaffen. Herr Beckmann, welchen wir noch während des Krieges kennen lernten, kam zu uns am 21. September, Morgens, zeigte uns das Handschreiben sammt der Notiz, die er erhalten hatte, und fügte hinzu, er glaube uns damit etwas Ungenueces zu erweisen, indem er uns Gelegenheit gab, eine so wichtige Mitteilung zuerst mittheilen zu können. Die Authenticität der Nachricht schien uns nicht zweifelhaft, wir haben uns beeilt, sie zu veröffentlichen. Groß war unsere Überraschung, dieselbe Tags darauf offiziell dementirt zu sehen.“

Ob das Brüsseler Blatt sich über den ihm erwiesenen Vorzug in denselben lamentablen Töne beklagt hätte, wenn Graf Arnim, statt auf der Anklagebank im Hotel des „Berliner Reichskanzleramtes“ sitzen würde, bleibt — dahingestellt.

Großbritannien.

E. C. London, 12. Decbr. [Der Streit unter den Katholiken bezüglich der Gladstone'schen Broschüre hat, seitdem die Nachrichten von Berlin und Paris erhöhtes Interesse gewonnen haben, nur noch wenig Aufmerksamkeit gefunden. Die Erörterung spinnt sich indessen in weiteren Kreisen fort. Von der Gladstone'schen Broschüre sind bereits über 107,000 Exemplare abgesetzt worden und die Literatur über den Gegenstand nimmt auch in anderen Richtungen von Tag zu Tag zu. Von einer neuen Flugschrift, die denselben behandelt, ist nur im Vorbeigehen zu bemerken, daß sie augenscheinlich von einem Ultramontanen herkommt, und den Mitgliedern der Partei vorhält, wie eigentlich immer die Hinneigung der Katholiken zu den Conservativen größer gewesen sei als zu den Liberalen, und wie es unter den Umländern ratsam sei, diesem natürlichen Orange zu folgen. Beachtung findet diese Broschüre ebenso wenig wie manche andere, die schon vom Stapel gelassen worden ist, dagegen sieht man dem Beitrag des gelehrten Dr. Newman vom Orden des Oratorians zu der Controverse mit einiger Spannung entgegen. Lord Acton wehrt sich in der „Times“ gegen einige neue Angriffe und tritt den Nachweis an, daß Boswell zwar dem römischen Stuhle gegenüber nachgegeben habe, ohne jedoch einzuräumen, daß er im Irishum fei. Erzbischof Manning, der freitbare Führer unserer Ultramontanen, ist ohne den Cardinalshut von Rom zurückgekehrt und der „Daily Telegraph“ begrüßt den Heimkehrten und die ausländischen Weisen, welche den Prälaten schon zum präsumtiven Nachfolger des Papstes ernannt sahen, mit guimüthigem Spott, indem er verschert, englische Protestanten und Katholiken würden in solchem Falle dem Erzbischof von Westminster bestens Glück wünschen. Den Katholiken in der ganzen Welt giebt er dabei die ernste Versicherung, daß, falls der Erzbischof wirklich Papst werden sollte, er derartige Ansprüche erheben werde, daß selbst dem großen Hildebrand im Jenseits das Herz lachen müsse.

[Blokadeverlehung.] Einer hier angelockten Nachricht zufolge soll ein französisches Handelschiff wegen Blokade-Verlezung im Sulu-Archipel von einem spanischen Kriegsschiffe genommen worden sein. „Globe“, der diese Nachricht bringt, bemerkt dazu, daß er schon vor einiger Zeit auf die Unzufriedenheit aufmerksam gemacht hat, welche unter den britischen Kaufleuten herrscht über das gewalttätige Auftreten der spanischen Behörden zu Sulu.

[Deutsche Panzerfregatte.] Die für die deutsche Flotte von der Firma Samuda Brothers gebaute Panzerfregatte „Kaiser“ soll von der Themse nach den Kriegswerften Chatham gebracht werden, um dort ihre Ausrüstung zu erhalten. Die Admiraltät hat die zur Benutzung eines der Regierungsdocks nötige Erlaubnis bereits gewährt.

[Das Regierungsschiff „Basilisk“] ist nach vierjähriger Abwesenheit, während welcher dessen Mannschaft bedeutende geographische Entdeckungen gemacht hat, dieser Tage zurückgekehrt. Es wurden etwa 1200 Meilen (engl.) der Küstenlinie von Neu-Guinea vermessen, zwölf Häfen ersten Ranges, mehrere schiffbare Flüsse, über hundert Inseln, groß und klein, neu auf den Karten vermerkt, und schließlich wurde eine kürzere Tour zwischen Australien und China entdeckt. Der größere Theil der Vermessungen und Entdeckungen wurde von dem Capitän und den Offizieren in offenen Booten gemacht, die einige Male mehrere Wochen vom Schiff getrennt waren und unter Wilden, die noch niemals ein weißes Gesicht erblickt hatten. Die Gesundheit der Expedition ließ in Anbetracht der tropischen Gegenden wenig zu wünschen übrig, und zu den Wilden wußte man sehr freundschaftliche Beziehungen herzustellen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 16. December. [Tagesbericht.]

** [Graf Limburg-Stirum †.] Gestern starb zu Groß-Peterwitz der königlich Niederländische Legationsrat a. D. Graf zu Limburg-Stirum. Derselbe war Mitglied des preußischen Abgeordneten-Hauses für den Landkreis Breslau; in der freiconservativen Partei, welcher er sich anschloß, nahm er eine hervorragende Stellung ein.

** [Zur Brotsfrage.] Der Breslauer Consum-Verein hat im vergangenen Sommer vom Militärfiscus die in der Sternstraße gelegene große Trainremise zur Unterbringung seiner Waarenräte und ein an dieselbe angrenzendes Gartengrundstück zur Erbauung einer Dampf-Brot-Bäckerei gekauft. Wie wir uns zu überzeugen Gelegenheit hatten, ist der Bau der Bäckerei nunmehr soweit vorgeschritten, daß es möglich sein dürfte, dieselbe gegen Anfang des nächsten Jahres in Betrieb zu setzen. In den großen, lichten Bäckerräumen derselben haben wir drei mächtige Doppelöfen neuester Construction, in denen bei ununterbrochenem Betriebe täglich bis 10,000 Brote ausgebakten werden können. Zur Teigbereitung wird eine durch Dampfmaschine betriebene Knet-Maschine aufgestellt. Wer je Gelegenheit hatte, das Kneten des Teiges durch Menschenhände zu beobachten und zu sehen, welche Kraftanstrengung dies verursacht und wie viele Schweißtropfen derselbe in sich aufnehmen muß, der wird am besten beurtheilen können, ein wie vortheilhaftes und fast unentbehrliches Hilfswerkzeug die Teigknethmaschine für den Betrieb einer großen Bäckerei ist. Wir erprobten bei Veröffentlichung der Anlage gleichzeitig, daß der Vorstand des Consum-Vereins beschlossen hat, vom nächsten Jahre ab seinen Mitgliedern das Brot nach festem Gewicht zu verkaufen, es sollen von da ab nur Brote zu 4 Pfund Gewicht ausgebakten und der Preis derselben den jedesmaligen Getreide- resp. Mehlpriisen entsprechend festgesetzt werden. Es läßt sich wohl annehmen, daß das Publicum derartige Einrichtungen zu würdigen wissen und daß der Consum-Verein recht bald Veranlassung haben wird, seine Bäckereianlage noch bedeutender zu vergrößern.

** [Die Straßenordnung,] so zweckmäßig und klar sie auch in ihren meisten Bestimmungen ist, wird dennoch sehr oft falsch ausgefaßt. So heißt z. B. § 106: „Tritt Thauwetter ein, dann sind die Kinnsteine, Straßen und Bürgersteige von Eis und Schnee auch außer den gewöhnlichen Reinigungsstunden sofort zu befreien.“ Nun legen die Worte: „Tritt Thauwetter ein“ — allerdings voraus,

dass Kälte vorangegangen sein muß, allein jeder Verständige wird zu geben, daß diese Worte vollständig auch auf die Zustände passen, wie sie sich heute in der inneren Stadt entwickeln. Allerdings ist kein mehrtägiger starker Frost vorangegangen, aber der in der Nacht gefallene Schnee begann sich bei Tagesanbruch in Wasser aufzulösen und somit wurde derselbe Zustand hervorgerufen, als wie er bei Thauwetter nach langem Frost sich zeigt. Gar Mancher dachte nicht an den § 106 und überließ die Passanten ihrem Schicksal. Trauriger stand es in den Vorstädten. Dort war der Schnee liegen geblieben und bildete an den festgetretenen Stellen glatte Flächen. Hier mußte also § 96 (das Bestreuen mit Sand, Asche u. c.) in Anwendung kommen. Wer hatt denn aber daran gedacht? — So war z. B. die südliche der beiden Oderbrücken gar schön mit Sand bestreut, die nördliche sowie das einige hundert Fuß lange Trottoir von der Brücke bis zum Fischmarkt und das noch längere an Waldchen (alles Communal-Eigentum) gar nicht bestreut. Und das war Nachmittag 3 Uhr! — Referent sah, wie 2 Passanten auf dieser spiegelglatten Fläche fielen und in selbst diesem Unfälle zweimal sehr nahe gewesen. — Ist es denn so schwer, diese Paragraphen, welche alle Jahre durch die Presse in Erinnerung gebracht werden müssen, auszuführen?

** [Im Thalia-Theater] gelangt Dienstag den 22. December ein neues Weihnachtsmärchen von C. A. Görner „Klein Däumling, Apuzel mit dem langen Haar und Niquet mit dem Schopf“ zum ersten Male zur Aufführung, welches bereits am Thalia-Theater in Hamburg wie am Hoftheater in Dresden bedeutende Erfolge errungen. Wie wir hören, hat die Direction keine Kosten gescheut, das Märchen auf das Splendideste auszuführen.

** [Herr Louis Lüttner] der im vergangenen Sommer zur Vertretung des damals erkrankten Kapellmeisters Müller-Bergbauß nach Wiesbaden gegangen war, ist nunmehr definitiv als Director des dortigen Kurorchesters angestellt werden.

* [Kirchliches.] Nächsten Freitag, den 18. December Nachmittags 5 Uhr, findet im Prüfungssaal des Elisabeth-Gymnasiums die besprochene Versammlung sämlicher Gemeinde-Kirchenräthe Breslau's statt, um ein Gutachten über die beantragte Abschaffung der Lectorate u. c. abzugeben. — Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß diesmal der Saal geheizt werde, denn die Gemeinde-Diogene haben wohl die Pflicht ihre Zeit und Kräfte, nicht aber auch ihre Geduld beim Gemeinwohl zu opfern.

* [Der Vortrag,] welchen Herr Pastor Kreyher über die „Propheten der Camarden“ u. c. Donnerstag den 17. December im Evangelischen Vereinshause halten wird, beginnt, aus Rücksicht auf die Vorführung der Transparente nicht um 6, sondern erst um 7 Uhr.

= [Verhaftungen durch Nachtwächtebeamte.] Im Laufe vorigen Monats wurden durch Nachtwächtebeamte verhaftet: 247 Personen und zwar 174 männliche, 73 weibliche. Hiervon wurden 243 Personen in's Polizeigefängniß, 2 in's Armenhaus, 2 in das Altheiligen-Hospital abgesetzt. Unter den festgenommenen befanden sich 13 männliche und 21 weibliche Personen wegen Diebstahl, 3 männliche Personen wegen Rübejörung, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, 45 männliche und 38 weibliche Personen wegen Unbereitens resp. Obdachlosigkeit; 96 männliche und 31 weibliche Personen wegen sinnloser Trunkenheit.

+ [Entlassung.] Der am Montag Abend in der social-demokratischen Versammlung auf der Wehnergasse verhaftete Schneiderdeutsche Schumacher ist heute im Einvernehmen mit der königlichen Staatsanwaltschaft aus dem Polizeigefängniß entlassen worden.

+ [Polizeiliches.] Einem auf der Antonienstraße Nr. 27 wohnhaften Kaufmann wurde in der Zeit vom 15. bis 19. vorigen Monats aus einem im Freien im Oberschlesischen Bahnhofe stehenden Güterwagen 52 Gebund russischen Flachs im Gewicht von 10 Ctr. und im Wert von 125 Thlr. gestohlen. Gestern Nachmittag wurde dem Bestohlenen eine Quantität Flachs von einem Seilermeister aus der Provinz zum Kauf angeboten, unter welchem sich ca. 3 Centner von demjenigen russischen Flachs befanden, welcher ihm — wie oben erwähnt — im November gestohlen worden war. Auf Befragen, wie Jener in den Besitz dieses Flachs gelommen sei, erklärte derselbe, daß er diesen Warenposten von einem biegen Seilermeister erworben habe, eine Aussage, die sich auch als richtig herausstelle. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die eigentlichen Diebe zu ermitteln, da der zuletzt benannte den Flachs von unbekannten Personen gekauft haben will. Die Untersuchung wird jedoch auf's Erntige fortgesetzt. — Einem Fuhrwerksbesitzer aus dem Kreise Namslau ist in den letzten Tagen beim Verladen im biegen Polizeihofe von seinem unbearbeiteten Frachtwagen eine „L. F. Nr. 269“ gezeichnete Holzsäule gestohlen worden, in welcher sich für 18 Thlr. Wadstoffe befanden. — Verhaftet wurden gestern zwei Rollwagen, welche auf dem Güterboden der Kreis-Oder-Ufer-Eisenbahn zwei Sack Roggen entwendet hatten. Als die Diebe das entwendete Gut in ein Drosche verluden und dann Neukau nehmen wollten, erfolgte ihre Verhaftung. — Einem auf der Schmiedebrücke Nr. 22 wohnhaften Schneidermeister ist gestern unter Anwendung von Nachtlüppen aus verschlossener Bodenammer ein schwarzer Düsseldorf Mantel, eine Box und ein Muß entwendet worden. — Auf der Oderbrücke wurde gestern ein Arbeiter mit einem 1 Meter langen Bleirohr betroffen, über dessen redlichen Erwerb sich derselbe nicht auszuweisen vermochte. Schließlich stellte es sich heraus, daß der Verdächtige das Metallrohr von einem Wasserleitungsbau auf der Albrechtsstraße gestohlen hatte.

[Angekommen.] Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Hohenlohe-Trachenberg a. Trachenberg, Stanley, General-Consul aus Dessa. Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Pleß n. Gefolge a. Pleß. Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen a. Lublinz. Se. Durchlaucht Georg Prinz von Schönaiach-Carolath nebst Gem. a. Mollendorf. (Fremdobl.)

+ [Eisenbahnverspätung.] Der Nachmittagspersonenzug der Strehl-Glatz Eisenbahn traf heute Nachmittag erst um 4 Uhr statt um 3 Uhr 3 Minuten her ein. Die Verpätung des Zuges hatte in den großen Schneeverwehungen zwischen Kamenz und Glatz ihre Ursache. Nach den Aussagen des Bahnpersonals ist in der Grasshaf der Schneefall ein bedeutender.

— Gr. — Grünberg, 15. December. [Zur Schlesischen Tuchfabrik-Kassenverein. — Wollgewebe-Verträge. — Zur Töchterschulefrage.] Die Buitigung zum Moratorium für die Schlesische Tuchfabrik ist noch nicht von sämtlichen Gläubigern erfolgt, doch steht dieselbe zweifellos zu erwarten, so daß also das vorläufige Fortbestehen der Schlesischen Tuchfabrik wiederum gesichert ist. — Der Vorstand des Kassenvereins wird in der bevorstehenden Generalversammlung die Verlängerung seines Moratoriums bis April n. J. beantragen. — Leider ist der Verlust der Aktien-Brauerei noch immer nicht perfect geworden, doch sind durch den Verlust von einem Drittel des Aktienkapitals der vormaligen Schied'schen Maschinenfabrik vorläufig genügende Mittel zur Deckung der dringendsten Forderungen vorhanden. Der Kassenverein hat in seinem Liquidator Herrn Lütke aus Berlin einen durchaus tüchtigen und gewissenhaften Vorstand. — Die teilweise leerstehenden Räume der Vereinsfabrik sind zur Etablierung einer großen Schmiederei von einem Berliner Fabrikanten gepachtet worden. — Der nächste Fabrikanttag des Wollgewebes, der von Grünberg aus 1871 gegründet wurde, ist vom derweiligen Hauptförderer derselben H. Süderstädt zum 4. Januar in Leipzig zusammenberufen, um sich dort neben Fragen über den Handelsvertrag mit England auch mit der allgemeinen Calomität der ganzen Wollbranche zu beschäftigen, von der wir hier ja allermeist leiden. — Für die Jäger möge der bedauerliche Unfall zur Warnung dienen, daß ein Angehöriger der hier sehr angeborenen Familie C. bei der Jagd auf einem Gile im hiesigen Kreise sich durch Selbstentladung seines Gewehres schwer verletzt hat. In der letzten Sitzung des Gewerbevereins, sowie zum Besten des Real Schul-Prämienfonds sprach beide Mal Dr. med. Jacobi, der die Reihe der Männer vermehrt zu haben scheint, welche, wie Dr. Samter, Lehrer Deder, Director Mathäi, Director Fritsche, sich um die geistige Anregung durch Vorträge verdient machen. — Unsere Töchterschule findet ihre vorläufige Eröffnung durch Vermehrung der Klassen der Bürgerschule und werden demnächst die nothwendigen neuen Lehrerstellen ausgeschrieben werden. Erwünscht wäre gewiß, wenn man diese Vermehrung der Klassen gleich zur Gründung einer Mittelschule für Mädchen bemüht. Diese würde mehr wie eine höhere Töchterschule den hiesigen Bedürfnissen entsprechen und mit Anschluß an die Bürgerschule wenig Kosten bereiten.

? Steinau a. d. Oder, 14. Decbr. [Kreistagsbeschlüsse.] In der letzten Sitzung des Kreistags kam die Frage nochmals zu Verhandlung, ob

die aus einem Gutsbezirk und einer Gemeinde bestehenden Amtsbezirke als zusammengehörige anzusehen und als solche zur Theilnahme an der Staatsdotation berechtigt seien. Die Frage war in einer früheren Kreistagsitzung mit Rücksicht auf den § 71 der Kreisordnung verneint worden, und hatte einer der betreffenden Amtsbezirke dagegen Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, der Königlichen Regierung zu Breslau, erhoben. Letztere hatte die Beschwerde als begründet erachtet, und dem Königlichen Landrat aufgegeben, unter Absaffung eines Promemoria's die Sache dem Kreistage nochmals vorzulegen. Die Versammlung erkannte auf Grund der §§ 43, 51 und 71 der Kreisordnung die Berechtigung dieser Amtsbezirke an und bewilligte jedem derselben 10 Thlr. aus dem Staatsfonds. Ferner genehmigte der Kreistag die Theilung der Gemeinde-Gassen in zwei Gemeinden. Dem Kreiscommunal-Rendanten Fischer wurde die jährliche Remuneration in Rücksicht auf die vermehrte Geschäftsaufzahl in Folge der neuen Kreisordnung auf 120 Thlr. erhobt. Schließlich genehmigte der Kreistag die Aufnahme des bis jetzt zum Wohlauer Kreise gehörenden Dorfes Ipsdorf, welches eine Culade des Seinauer Kreises bildet, in den Seinauer Kreisverband. Der Antrag war von dem betreffenden Dominium und der Gemeinde gestellt worden, weil der Verkehr Ipsdorfs mit der fast 3 Meilen entfernten Kreisstadt Wohlau ein äußerst erheblicher war. Nach der Kreisstadt Seinau haben dieselben kaum eine halbe Meile.

△ Steinau, a. O., 15. December. [Gewerbeverein. — Gerichtliche Verhandlung wegen Gefährdung eines Eisenbahngesetzes.] In der für gestern Abend anberaumten Sitzung des hiesigen Gewerbevereins veranlaßlich Herr Diaconus Geissler durch mainisch gegebene Beispiele das Reduziren der verschwundenen Münzsorten in Reichsgeld und umgekehrt der Mark und Pfennige in Thaler, Silbergroschen und Pfennige unter Anwendung beiderer Vortheile. Hierauf erfreute Deconomie-Commissons-Rath Mülendorff die Anwesenden durch einen äußerst sahlichen Vortrag, betreffend die Art und Weise der Berechnung über Richtigkeit und Zeitdauer erfolgter Erdösche und der bei dieser Berechnung in Anwendung kommenden Apparate. Durch den Fragestunden waren besondere Fragen geklärt worden. — In der gestern angelegten öffentlichen Sitzung des hiesigen Dreimännergerichts, in welcher Herr Staatsanwalt Schulze aus Wohlau als Ankläger und Herr Kreisrichter Neugebauer als Vorsitzender verhandelten, beschäftigte man sich mit einer Anklage wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahngesetzes. Angeklagt war der frühere Krahnenmeister Meinhner von hier nach § 316 des St.-G.-B. — Meinhner hatte die Förderung der zur Legung des zweiten Gleises notwendigen Granitblöcke nach den betreffenden Brüdenfeilern übernommen — mit der ausdrücklichen Bedingung in jeder Nacht nur einen Stein an Ort und Stelle zu schaffen, damit unter allen Umständen zu der Zeit, wann der erste Zug die Strecke passiert, die Bahnlinie frei sei. Meinhner hatte gegen die Instruction der Vorgesetzten in der Nacht vom 3. zum 4. August zwei Steinblöcke nach dem betreffenden Feiler befördern lassen, war außerdem eine halbe Stunde vor Passage des Zuges nochmals von einem Vorübergehenden gewarnt worden, den Stein rechtzeitig und in geböhriger Weise bei Seite zu schaffen. Meinhner hatte nun zwar den Stein so weit an die Seite nach dem Brüdenfelder zu bewegen vermocht, daß der um 6 Uhr 37 Minuten hier abgehende Personenzug bequem den Stein passieren konnte. Die durch das Rollen der Wagen hervorgerufene Erdöllüttung der Brüdenfeile bewirkte unglücklicherweise ein allmäßiges Rollen resp. Rutschen des Steines nach dem Schienengleis zu, so daß seine Kante breit von einem der mittleren Wagen erfaßt wurde und jene ungünstige Katastrophe herbeiführte, wie sie in den ersten Tagen des Monats August durch die Zeitungen bekannt gemacht wurde. Meinhner wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die zweite Verhandlung, betreffend die Entgleisung des Personenzuges am 14. August d. J. musste besonderer Umstände halber versagt werden. Die übrigen Criminalfälle, meist Diebstähle beobachtet, boten weniger Interessantes. — Das gestern Abend von dem Posaunen-Quintett der Capelle des 2. Schlesischen Bataillons Nr. 6 veranstalteten Concert war äußerst häufig besucht.

△ Dyhernfurth, 15. December. Die Communalsteuer am hiesigen Orte ist sehr hoch, was aber nicht anders sein kann, da alles Communalvermögen fehlt und sämliche Ausgaben aus den Taschen der Bewohner gedeckt werden müssen. Nun stehen uns zwei große außerordentliche Ausgaben bevor, von denen die eine unabreisbar, die andere aber vermieden werden könnte, nämlich die Pensionierung des Cantor Auff, der länger als 50 Jahre hier amtirte, und die Acquirierung eines Stück Gartens von der Böhmischem Beziehung in der Judengasse, behufs Verbreiterung derselben, und da die Besitzer die Landabtreitung nicht freiwillig genehmigen will, wird wohl das Expropriationsverfahren eintreten müssen. Die letztere Ausgabe halten wir für nicht nothwendig, denn die Judengasse ist eine Sackgasse, die nur von wenigen Fuhrwerksbenzern befahren wird, um auf ihre Ader zu gelangen. Wir hören jedoch, daß es mit Verbreiterung der Gasse noch ein anderes Bewandtniß hat. Statt bei Neupflasterung der Gasse einen Sachverständigen zu rufen, der das Nivellement befragt hätte, ist dafelbe von einem Laien gemacht worden. Jetzt stellt es sich heraus, daß die Vermehrung eine fehlerhafte gewesen, daß an der Böhmischem Beziehung keine Gefälle vorhanden, und daß dadurch ein Stück Garten jener Beziehung nötig wird, um auf diesem Terrain liegende Kunsteine anlegen zu können. Die hiesigen Bewohner, die mit vollem Rechte über die hohe Communalsteuer klagen, sollen solche Vertreter wählen, welche zu unzähligen Verursachungen Ausgaben ihre Willigung nicht geben. Hierbei wollen wir noch einer Sache Erwähnung ihun. Nach dem Willen derjenigen, welche den Leichenwagen der Kirche als Eigentum überlassen, sollte aus den Neuenen der Reihe, ein Brunnen auf dem Kirchhofe angelegt werden. Ob die Einnahmen stark angewachsen, um den Willen des Geber auszuführen, ist eine Frage, die an competenten Stelle angebracht, wirkungslos geblieben ist. Wie steht es damit?

H. Hainau, 15. Decbr. [Vorschub-Verein. — Brandstifter. — Volksbildung-Verein. — Schulausweibe. — Selbstmord.] In der am 13. d. stattgefundenen Generalversammlung unseres Vorschub-Vereins wurden Fabrikbesitzer und Stadtverordneten-Vorsteher Nobiling als Director, Kaufmann Becker als dessen Stellvertreter, und Kaufmann Redakteur Raupbach als Kassier mit großer Majorität wiedergewählt. Ebenso erfolgte die Wiederwahl des Destillateur Cohn und Apotheker Kunzmann als Ausschußmitglied. Vier Mitglieder wurden wegen Nichtzahlung der Jahresbeiträge ausgeschlossen. Von 485 Mitgliedern waren nur 52 anwesend. — Der Umsicht eines Gendarm in Goldberg ist es gelungen, in der Perion des

register von der größten Wichtigkeit sind, dürfte bei der Neuheit der Institutionen keinem Zweifel unterliegen. — Die Witterung des Decembers ist, nach dem die orcanartigen Stürme mit dem 10. December ihr Ende erreicht haben, eine im Ganzen sehr milde für diesen Monat zu nennen, da das Thermometer in den letzten Tagen kaum bis 3° R. gesunken ist. Von den neulich von Hirschberg aus gemeldeten großen Schneemassen weiß unser Badeort und seine nächste Umgebung augenblicklich noch nichts zu berichten. Augenzeugen versichern, daß die Schlittenbahnen bis Schreiberhan auch selbst von Petersdorf an noch sehr mangelhaft bestellt sei. Erst heute ist ein geringer Schneeniederschlag eingetreten. Das Hochgebirge hatte allerdings den diesjährigen, auch in astronomischer Hinsicht deutwürdigen 9. December als einen der heftigsten Schneestürme zu verzeihen, der, wie Baudenleute versicherten, seit Jahren seines Gleichen suchte und den schlimmsten Unwettern, von denen die Hochalpen bisweilen heimgesucht werden, sehr ähnlich gewesen sein soll. Hier im Thale schlug am jemten Tage von Zeit zu Zeit ein außerordentlich feiner vom Sturm förmlich gepeitschter Sprühregen gegen die Fenster.

△ **Schweidnitz**, 15. December. [Lebensversicherung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr und der Löschmannschaften.] Concert. — Schulfeier. — Vortrag.] Nachdem bereits in zwei der früheren Sitzungen über die Lebensversicherung der Mitglieder unserer freiwilligen Feuerwehr geplagt und in Erwägung gezogen worden war, ob es nicht in der Billigkeit liege, auch auf die Mitglieder der Löschmannschaften bei den Land- und Stadtprizen dieses Beneficium auszudehnen, entschieden sich in der letzten Sitzung die Stadtverordneten darin, die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr und der Löschmannschaften gegen Schäden zu versichern. Jedoch soll die Versicherung nicht bei einer der für diesen Zweck bestehenden Gesellschaften bewilligt, sondern bei etwaigen Unfällen die Prämie aus städtischen Fonds gezahlt werden. Zu dem Bebute werden nach dem Vorschlage des Magistrats aus den Binsen des Grundsteuer-Einschlagsfonds alljährlich 300 Thlr. zur Bildung eines besonderen Capitalls übergezahlt werden. Sollte das so entstandene Capital in einem Jahre nicht ausreichen, so wird der erforderliche Zuschuß aus der Kämmerei-Hauptkasse geleistet werden. — In vorgerter Woche fand für den Zweck der Unterstützung einer notleidenden Familie ein Concert in dem Saale der Braun-Commune statt, wobei Capellmeister Böhl mit einem Theile des Musikkorps des Fußl. Regiments Nr. 38, sowie die Herren Neutert und Linde von hier, letztere beiden im Gesang, in der Declamation und im Clavierpiel, mitwirkten. — Am 9. d. M. wurde in dem biegsigen Gymnasium zum Andenken an zwei Wohlthäter der Anstalt, die Herren v. Heyden, ein Festact begangen, wobei Director Friede einen Vortrag über Pflege der deutschen Literatur im Elsak, sogenanlich bezüglich der lyrischen Dichtkunst, hielt. — Am 13. d. M. trug in Saale von König's Hotel der Director der Theaterakademie in Berlin, Herr Hugo Wauer, Göthe's Faust frei aus dem Gedächtniß vor.

□ **Zobten am Berge**, 16. December. [Excommunication.] Am Sonntag früh wurde in hiesiger katholischen Kirche während des Hauptgottesdienstes eine Bekanntmachung des Fürstbischofs verlesen, daß alle Diebezügigen, die nicht an das neue Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit glauben, von den Gnadenmitteln der Kirche, insbesondere von dem Empfange der Sacramente und dem sogenannten christlichen Begräbniss ausgeschlossen sind. Die Vergrößerung und Betrübnis hervorgerufen, weil dadurch die Gemeinde zerstört und das gute Einbernen vorausichtlich auf sehr lange Zeit gestoppt wird. — Wie wir hören, erfolgen fortwährend noch Beitriffsklärungen zum hiesigen altkatholischen Verein.

+ **Neisse**, 15. Decbr. [General-Superintendent Erdmann.] Alt-Großkauer landwirtschaftlicher Verein.] Gestern und heute hielt Herr General-Superintendent Erdmann an der Realschule und am Gymnasium Revision ab, indem sämtliche evangelische Schüler klassenweise einer Prüfung in der Religion unterworfen wurden. Die letzte derartige Revision soll vor acht Jahren stattgefunden haben. — Am 13. d. Nachmittag 3 Uhr wurde in Alt-Großkau die leichte diesjährige Generalversammlung des Alt-Großkauer landwirtschaftlichen Vereins abgehalten. Es hatten sich gegen 80 Mitglieder eingefunden. Der Antrag des Vorstandes des landwirtschaftlichen Centralvereins für Schlesien, die Mittelschulen zu Bries und Liegnitz soweit zu reorganisieren, daß sie Abiturienten mit der Creditierung zum einjährigen Dienst entlassen können, wurde einstimmig unterstützt. Es wurde ferner beschlossen, im Jahre 1875 zu Großkau ein Thierschaufest mit Verlosung abzuhalten. Der Verein bewilligte aus seiner eigenen Kasse ein Prämien 250 Thaler. Das Comite, welches mir Leitung der Angelegenheit betraut wurde, besteht aus folgenden Herren: Oberamtmann Kaudel, Leuhammer, Director Arndt-Osig, Inspector Keissler-Frandorf, Administrator Jäschke-Gohlau, Gutsbesitzer Dietsch-Novak, Gutsbesitzer Katscher, Alt-Großkau, Inspector Kloese-Koppitz, Gutsbesitzer Grünzner-Reinhardt, Gutsbesitzer Groß, Kaufmann Cohn und Kaufmann Laqua aus Großkau. Hierauf wurden drei Vorträge gehalten, und zwar von Hrn. Inspector Kaufla-Seiffersdorf über „die socialistische Versammlung in Eisenach“, von Herrn Realschulherr Rose-Neisse über „Mühschleifer“ und von Herrn Wanderlehrer Arndt-Oppeln über „Zucht und Ernährung des Kindes“. An den zweiten und dritten Vortrag knüpften sich längere Diskussionen. Die Sitzungsstage des Vereins wurden für 1875 wie folgt festgesetzt: Am 17. Januar, 21. März, 20. Juni, 17. October und 19. December in Alt-Großkau und am 14. Februar, 16. Mai, 19. September und 28. November in Giesmannsdorf. Schließlich wurde die Wahl des Vorstandes pro 1875 vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Oberamtmann Kaudel gewählt, zu Stellvertretern desselben Herr Rechtsanwalt Sommer und Herr Director Arndt, zum Schriftführer wurde Herr Inspector Keissler gewählt und zu Stellvertretern die Gutsbesitzer Herren Grünzner und Katscher. Als Rendant des Vereins wurde der bisherige Kassier desselben, Herr Kaufmann Cohn, einstimmig wiedergewählt. Die Sitzung nahm fünf volle Stunden in Anspruch und ist die rege Beteiligung sowie Ausdauer der Mitglieder rühmlich hervorzuheben.

△ **Döls**, 15. Decbr. [Fleisch-Consum-Verein.] Die Höhe der Fleischpreise am hiesigen Ort ließ schon seit längerer Zeit hierorts den ernstlichen Wunsch auf Abhilfe bei vielen rege werden. Die Agitation dafür war aber schwer in Fluss zu bringen, da das hiesige Localblatt für diesen Gegenstand gar kein Interesse zeigte. Da war es das Verdienst des Vorstehenden des Gewerbe-Vereins Rechtsanwalt Dr. Herold, daß diese Angelegenheit weiter gefördert wurde. Im Gewerbe-Verein stellte ein Mitglied den Antrag auf Errichtung eines Fleisch-Consum-Vereins und wurde hierauf eine allgemeine Versammlung ausgeschrieben, in welcher ein Comite gewählt wurde mit dem Auftrage die geeigneten Vorschläge zu machen. Dr. Herold stand an der Spitze dieses Comites. Dasselbe hat nach reiflicher Erwägung aller Umstände ein Statut ausgearbeitet und durch den Druck dem Publikum nahegebracht, damit jeder nach Prüfung derselben seine Theilnahme in den beim Kaufmann Neisem ausgelegten Abgabellisten durch Einzeichnung darthun kann. Die Grundzüge des Statuts sind folgende. Eine eingetragene Gesellschaft wird nicht gegründet. Vielmehr soll mit einem hiesigen oder auswärtigen Fleischer kontrahirt werden, zu welchen Preisen er dem Verein das Fleisch liefern will. Ein Verkaufsstall wird ihm vom Verein beauftragt, welcher auch die Unterbringung der geschlachteten Thiere durch einen Thierarzt veranlaßt. Jeder Neu-Eintretende zahlt 1 Mark Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 1 Mark. An der Spitze des Vereins steht ein Vorstand. — Das Gründungs-Comite hat hiermit seine Schuldigkeit gethan. Das Publikum wird es liegen, diese gemeinnützigen Bestrebungen zu unterstützen. — Als Beweis wie ungerechtfertigt die hohen Fleischpreise sind, möge nachstehendes zur weinen Kenntnis gelangen. In einer Nachbarstadt wurde fürstlich bei einem Fleischer ein Bierheil gutes Rindfleisch für den Preis von 3½ Sgr. pro Pfund gekauft. Ein Privatmann in hiesiger Gegend kaufte vor Kurzem ein Schwein. Davor kostete ihm nach Entfernung des Kopfes und des Eingeweide (welche gar nicht veranschlagt wurden), das Pfund durchschnittlich 4 Sgr.

□ **Brieg**, 11. Dec. [Der allgemeine Kämmerei-Etat für 1875.] Der voranstehlich in nächster Stadtverordneten-Sitzung zur Feststellung gelangende Hauptdienst der Kämmerei-Verwaltung zeigt in Einnahme und Ausgabe, Ordinarium und Extraordinarium zusammengezogen, 551,477 Mark für die nächstjährige Verwaltung derantragt, im Ordinarium einzeln 535,500 Mark, im Extraordinarium 25,977 Alt. (187,159 Thlr.) und zwar im Ordinarium 178,500, im Extraordinarium 8659 Thlr.). Das Kämmerei-Bermögen erträgt an Binsen und sonstigen Einnahmen 43,477 Thlr. im Ordinarium und erfordert 7712 Thlr. Ausgaben, davon 35,639 Thlr. Erträge aus den Kämmereigütern und Torten, um 5935 Thlr. Kosten und Lachten für dieselben; sonstige Kosten, Wiesen u. s. w., bringen 2800 Thlr. Pacht und Kosten 600 Thlr. für die Verwaltung. Der Gesamtverlust der städtischen Gebäude beträgt 62,445 Thlr.; von den elf Kämmerei-Dörfern sind nur Alsenau, Cantersdorf und Leubuschen (leichteres mit dem Stadtwald von 3000 Morgen) wirkliche Ertragsgüter, die übrigen liefern nur noch geringe Reste und Vermögen liefern 3800 Thlr. Binsen; einige Berechtigungen an Erb- und Grundzinsen tragen noch 240 Thlr. ein, dem gegenüber 94 Thlr. an die Schäfengilde bezahlt werden müssen. Im Vorralts-Bermögen oder Disposi-

sitions-Fonds werden 2000 Thlr. Binsen eingenommen aus 44,000 Thaler, der in den Jahren 1871 bis 1873 angesammelten Verwaltungs-Uberschüsse, bestimmt zu außerordentlichen Verwaltungen für die ersten Jahre der neuen Abgaben-Ordnung nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtfeste. Die Gemeinde-Anstalten und Einrichtungen Dünge-Abschuß, Aichamt, Flussbad, Wasserwerk, Ziegelei, Gasanstalt, Marstall, Leihamt, Marktwezen, Verkehrs-Einrichtungen, Unterrichtswezen, Kirche, Kunst und Wissenschaft, Armen- und Krankenpflege sind mit 93,600 Thlr. Einnahme veranschlagt, erfordern aber über 120,000 Thlr. Ausgabe, hiervon namenlich an Kosten die Straßen 4200 Thlr., außerstädtische Wege 1300 Thlr., Promenade 1100 Thlr., gesammtes Unterrichtswezen (die eigenlichen Stadtschulen und die neu errichteten generellen Anstalten) gegen 30,000 Thlr., die Armenpflege über 10,000 Thlr., die Krankenpflege 4000 Thlr. Namhafte Einnahmen liefern hierzu nur das Wasserwerk mit 6500 Thlr., wobei aber doch ebenfalls ein Zufluß von 1000 Thlr. nötig ist, die Ziegeler 4100 Thlr. (770 Thlr. Ausgabe, die Gasanstalt 31,800 Thlr. (Ausgabe 21,900 Thlr.), das Leihamt 15,600 Thlr. (15,900 Thlr. Ausgabe), die Abonnements und Erstattungen in den Kranken-Anstalten bringen 3200 Thlr. Einnahme. Die Polizei und öffentliche Sicherheit kostet 11,300 Thlr. und nimmt nur 200 Thlr. von Polizeistrafen an. Das Nachtwachtwezen kostet 1880 Thlr., das Feuerlöschwezen 800 Thlr., die Straßenbeleuchtung 3800, die Baupolizei 200, die öffentliche Gesundheitspflege 331 Thlr. An Steuern sind 32,850 Thlr. veranlagt, wovon nur 800 Thlr. indirekte Steuer (Hundesteuer), 31,000 Thlr. direkte Gemeindesteuer sind dazu 1020 Thlr. Tantieme für Erhebung der Staatssteuern. Die Steuer-Verwaltung kostet für Käffendener, Einholung, Bureau u. s. w. 2230 Thlr. Die Ausgaben für Staat, Provinz und Kreis belaufen sich voraussichtlich auf etwas über 2500 Thlr., davon 1100 Thlr. für Militär-Exz-Geißel, Polizei-Auwaltschaft und Volkszählung, 1400 Thlr. an Provinzial-Beiträgen für Irenen, Blinden- u. Taubstummen Anstalten, der Kreis verlangt, vorläufig fast gar keine Beiträge und wird Kosten wohl dann erst aufzulegen beginnen, wenn das beabsichtigte Chausseehetz zur Ausführung kommen sollte. Die allgemeine Verwaltung kostet 13,500 Thlr., davon Beamtengehalter 11,000 Thlr., Bureauosten (vielfache Schreibhölze eingetragen) 2000 Thlr. Die Schuldendverwaltung bringt an Einnahme im Ordinarium 4000 Thlr. aus den noch nicht verwendeten 90,000 Thlr. Stabtanleihe, und im Extraordinarium werden 5440 Thlr. Anteilsbegelder entnommen zur Beschaffung der in der Stadt noch fehlenden Granitinnen und zur weiteren Regulirung einer Vorstadtsstraße. Das Stiftungsvermögen wird besonders veraltet. — Außerordentliche Ausgaben bei den Gemeindeanstalten sind in erheblicher Weise nur für das Schauspielhaus zu genannten und mit 1650 Thlr. veranschlagt, da die Vergrößerungsbauten und Umänderungen außer den veranschlagten Anteilsbegeltern schon in diesem Jahre Mehrausgaben gefordert haben und deren für das nächste Jahr eben noch mehr fordern werden.

□ **Rosenberg**, 15. December. [Zur Tagesschronik.] Nachdem der von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung zum Magistratsmitgliede erwählte Kürschnermeister R. Magera die Bestätigung der Königlichen Regierung zu Oppeln nicht erhalten hat, fand Sonnabend den 12. h. eine Neuwahl statt. Von den 18 Stadtverordneten waren 12 anwändig. Mit 11 Stimmen, also nur gegen seine Stimme, wurde der Kaufmann Siegfried Schlesiger gewählt, ein durch die Biederkeit seines Charakters, durch Intelligenz, wie auch durch seine liberale, reichsfreudliche Gesinnung allgemein hochgeachteter Mann. — Das Gericht über den Mord des berittenen Gendarmen Schulz hat sich als grundlos erwiesen, was aus einem Schreiben desselben hervorgeht, wonach derselbe sich wohl und mutter befindet. Die jüngsten Vorgänge in dortiger Gegend, wie auch der Umstand, daß nicht nur aus hiesigem, sondern auch aus dem Nachbarkreise und selbst aus Niederschlesien Gendarmen dorthin abkommandiert sind, sind wohl Beweise für die nicht normalen Verhältnisse in Bezug auf Sicherheit von Leben und Eigenthum und haben verursacht, daß man hier an die Möglichkeit eines solchen Vorfalls glaubte.

□ **Königshütte**, 11. Decbr. [Ein Wort zur Apothekerfrage in Königshütte und in Oberschlesien überhaupt.] Eine unserer brennenden Fragen — so wenig man das auch in gewissen Kreisen anuerkennt — ist unzweifelhaft die Apothekerfrage. Königshütte ist in der ganzen Monarchie diejenige Stadt, welche in den Jahren 67—71 nächst Kattowitz den größten Prozentsatz in der Zunahme der Bevölkerung aufzuweisen hat. Laut Mittheilung des Königl. statistischen Bureaus (siehe Dr. Engel, Zeitschr. des R. stat. Bur. Bd. XII. 1872) beträgt dieser Prozentsatz auf Katowitz + 60%, für Königshütte + 52%, und sicher ist derselbe seit jener Zeit nicht geringer geworden; man bedenke nur, daß durch die Anlegung der neuen Werke in diesem Sommer allein in der Beuthener Vorstadt eine ganze Colonie neu entstanden ist. Von Concessionierung einer zweiten Apotheke aber verlautet nichts. Und doch ist das Verhältniß von einer Apotheke auf ca. 23,000 Einwohner ganz unverhältnißig. Sehr interessante Anteile und Vergleichungspunkte bietet uns Dr. v. Massenbach in seiner Schrift: „Die Verbreitung der Arznei und Apotheken im preußischen Staate im Jahre 1871.“ Der Verfasser, Regierung- und Medicinalrat in Sigmarigen, der sich durch eine Reihe ähnlicher Schriften bereits früher bekannt hat, gibt als günstigste Durchschnittszahl 10,000 Einw. (Stadt und Land) für 1 Apotheke an, und zeigt, daß die 6 östlichen Provinzen sämtlich hinter dieser Ziffer zurückbleiben, während die westlichen und noch mehr die neuen Provinzen sehr vortheilhaft sich von jenen unterscheiden. Am ungünstigsten in der ganzen Monarchie stellt sich der Regierungsbezirk Oppeln. Während im Reg.-Bez. Auriach 1 Apotheke auf 5,260 Einwohner kommt, gehen im Reg.-Bez. Oppeln 19,250 Einw. auf eine Apotheke. Jene Normalzahl 1:10000 kann aber nur gelten für Stadt- und Landbevölkerung. In größeren Städten wird man mit Massenbach folgende Skala annehmen müssen: 1 Apotheke auf 6000 Einwohner, 2 Apotheken auf 6 bis 15,000 Einwohner, 3 Apotheken auf 15 bis 26,000 Einwohner. Wo bleibt da Königshütte?! — Vergleicht man in der Tabelle unsere Stadt — zu schwieigen von dem westfälisch-rheinischen Gültenseite — beispielweise mit der oberfränkischen Stadt Pleich, welche auf 3820 städtische Einwohner und einen nicht ausgedehnten Landkreis — denn wir finden in Nikolai, Dreischa und Alt-Berlin wieder Apotheken — zwei Apotheken hat — so muß das Verhältniß in Königshütte in die Augen springen. Dazu kommt nun aber die ungünstige Lage dieser Apotheke nach der Schwientochower Vorstadt zu. Wie bei einer Epidemie — und das wir auf solche sehr Rücksicht zu nehmen haben, darüber haben uns die letzten Jahre recht gründlich belehrt! — ein Patient auf der Gleiwitzer oder Beuthener Vorstadt die Arznei aus der entlegenen Apotheke erhält, kann derselbe längst ein Opfer der Seuche geworden sein. Sollte es nicht an der Zeit sein, diesem höchst wichtigen Momenten größere Aufmerksamkeit zu schenken? Selbst wenn man jene Neuerrichtung eines schlesischen Landboten im Abgeordnetenhaus, die große Menge der Schlesiern „sei noch so weit in der Cultur zurück“, daß sie lieber zum Schäfer, als zum Doctor und Apotheker ließe, als richtig gelten lassen wollte, so hätte dann die Regierung doch erst recht Gründ, den Weg in die Apotheke näher und bequemer zu machen, als zum Schäfer!

[Notizen aus der Provinz.] * **Glogau**. Diefer Tage ist hierorts ein neuse Zwanzigpfennigstück als falsch mit Beschlag belegt worden. Das Falsifizat ist so täuschend nachgebildet, daß es sich nur an dem matten Glanz von einem echten Stück unterscheiden ließ.

+ **Gagan**. Das hiesige Wochenblatt berichtet: Kaum waren nach unzähliger Mühe und wiederholten Versuchen die Wasserwerke des Herrn Krug fertiggestellt worden, als dieselben in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Raub der Flammen wurden. Es war um die Mitternachtstunde, als das Sturmblauen der Feuerlokale und die Lärmjagnde der Wächter Feuer in der Stadt meldeten. Eine mächtige Lühe schlug aus dem Mühlengebäude gen Himmel und beleuchtete eine unabsehbare Menschenmenge. Die Thätigkeit der Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Brücke, die Fabrikgebäude, sowie das anstehende Magazin, in welchem gegen 1000 Getreide lagen, zu retten, was auch nach großer Anstrengung gelang. Um 3 Uhr Morgens war das Feuer auf seinen Höhepunkt und weiterer Gefahr vorgebeugt. Leider ist bei dem Brande auch der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen. Nach uns zugegangenen Angaben befand sich nach der Entstehung des Feuers ein Geselle und ein Bursche im oberen Gelaß der Mühle. Beide suchten sich zu retten, verfehlten aber in Folge des Rauchs die Treppe und fielen in den unteren Raum hinab. Während der Geselle Sander so nahe an der Thür zu liegen kam, daß er unverzüglich in Sicherheit gebracht werden konnte, stürzte der Bursche, ein Sohn des verstorbenen Herrnmühlens-Besitzers Müller, in einen Haufen brennenden Getreides und fand so einen entzündlichen Tod; der Leichnam des Verunglückten ist trotz allen Suchens bis jetzt noch nicht gefunden. Der p. Sander wurde in das herzogliche Hospital gebracht und soll so schwer verletzt sein, daß man an seinem Aufkommen zweifle.

* **Schweidnitz**. Die hiesige Zeitung berichtet: Die Drillinge, welche in vorgerter Woche von einer Frau in Bögendorf geboren wurden, sind gestorben. — Zu dem vor einigen Tagen auf der Breslauer Straße stattgefundenen Anfall ist zu berichten, daß die Angreifer nicht Soldaten, sondern Bagabonden waren, welche bald nach der That in Gewahrsam genommen wurden. — Den hiesigen Landbriefträgern sind zum Zweck der Signatur von der größten Wichtigkeit sind, dürfte bei der Neuheit der Institutionen keinem Zweifel unterliegen. — Die Witterung des Decembers ist, nach dem die orcanartigen Stürme mit dem 10. December ihr Ende erreicht haben, eine im Ganzen sehr milde für diesen Monat zu nennen, da das Thermometer in den letzten Tagen kaum bis 3° R. gesunken ist. Von den neulich von Hirschberg aus gemeldeten großen Schneemassen weiß unser Badeort und seine nächste Umgebung augenblicklich noch nichts zu berichten. Augenzeugen versichern, daß die Schlittenbahnen bis Schreiberhan auch selbst von Petersdorf an noch sehr mangelhaft bestellt sei. Erst heute ist ein geringer Schneeniederschlag eingetreten. Das Hochgebirge hatte allerdings den diesjährigen, auch in astronomischer Hinsicht deutwürdigen 9. December als einen der heftigsten Schneestürme zu verzeihen, der, wie Baudenleute versicherten, seit Jahren seines Gleichen suchte und den schlimmsten Unwettern, von denen die Hochalpen bisweilen heimgesucht werden, sehr ähnlich gewesen sein soll. Hier im Thale schlug am jemten Tage von Zeit zu Zeit ein außerordentlich feiner vom Sturm förmlich gepeitschter Sprühregen gegen die Fenster.

Lösung ihrer Arzneiheit während der Bestellung in den einzelnen Ortschaften Metallspiefest geliefert werden. □ **Habelschwerte**. Der „R. Geb. Blg.“ wird von hier geschrieben: Am 10. December Nachmittags verunglückte hierfür der Apothekerlehrling Krause dadurch, daß er im Laboratorium mit Bereitung von Opodelvod beschäftigt war, das Gefäß, welches er hierzu benützte, in Folge Entzündung der darin enthaltenen Stoffe explodierte und die mit großer Schnelligkeit um sich greifenden Flammen seine Kleider ersaften, so daß dieselben in Brand gerieten. Um der Gefahr zu entfliehen und seine Kleider zu löchen, lief der Bedauernswerte unter fortwährendem Hilferufen zum Hause hinaus nach der auf dem Ringe vor dem Rathaus befindlichen Wasserleitung und warf sich hierbei unter das Ausgußrohr der Wasserleitung, theils in den Schnee, um die Flammen zu erfüllen, was ihm aber nicht gelang. Dem Unglüdlichen wurde sogleich zu Hilfe gebrungen, man begoss ihn mit Wasser und riß ihm die brennenden Kleider vom Leibe, wodurch es möglich wurde, ihn von einem qualvollen Tode zu retten. Die bejonders an den Händen, am Halse und den Beinen erlittenen Brandwunden sind so bedeckt, daß er schwer frank darnieder liegt.

Handel, Industrie &c.

4 Breslau, 16. December. [Von der Börse.] Bei großer Geschäftslösigkeit blieben die Course gegen gestern ziemlich unverändert. Von Speulationspapieren waren Creditationen sehr still, Lombarden etwas belebter. — Creditation pr. ult. 139%—40 bez., Lombarden 77%—8% bez. u. Gd. Franzosen 185½ Gd., Rumänen 32% bez. u. Gd. Schles. Bankverein 110% bez., Breslauer Discontobank 88% Gd. Laurahütte 135½ bez.

Breslau, 16. Decbr. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaa, rothe ruhig, ordinäre 12—13 Thlr., mittle 13½—14½ Thlr., seine 15—15½ Thlr., hochfeine 16—16½ Thlr. pr. 50 Kilogr. Kleesaa, weiss nominell, ordinäre 14—16 Thlr., mittle 17—19 Thlr., seine 20—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Höglan (pr. 1000 Kilogr.) laufender Monat fester, gel. — Eir. pr. December 51%—52 Thlr. bezahlt. December-Januar —, Januar-Februar —, April-Mai 148 Mark bezahlt.

April-Mai 18½-½ bez. u. G. (55, 25 M.). Mai 18½ B. (55, 75 M.). Juni 18½ bez. u. G. (56, 75 M.). Juli 19½ bez. u. G. (57, 62½ M.). — Loco Spiritus ohne Tax 17½ G.

[Dividendenabschätzungen.] Die „N. Börs.-3.“ stellt diejenigen Dividenden zusammen, für welche die Berliner Börse unter Beziehung der Marken und der Gesellschaftsvorstände sich zu einer Schätzung hinlänglich informiert glaubt. Wir machen, schreibt die „N. Börs.-Btg.“, darauf aufmerksam, daß die wirklichen Resultate bei dem einen und andern Papier sich noch wesentlich anders stellen könnten. Diejenigen Efecten, von welchen mußmäthlich keine Dividende zu erwarten ist, sind völlig übergangen.

Bon Industriepapieren schätzt man: Moritzhütte 4 p.C., Vorwärts hütte 5 p.C., Warsteiner 4, Chemnitzer Land- und Gruberwerb 5, Friedrichshain 2, Sächsische Eisenbahnbau 4, Berliner Brokfabrik 7½, Möbeltransport 4, Nordhäuser Tapeten 5½, Sächsische Nähfaden 4, Aquarium 5, Chemnitzer Körner 3, Röpenicker chem. 1, Gothaer Waffer 3, Ravensberger Spinnerei 11, Schlesische Porzellan 4, Rummelsburger Färberei (Ebie u. Seeger) 10 p.C., Vorwärts, Spinnerei 8, Berliner Eisenbahnbau (Blug) 4, Linde 5, Hoffmann, Wagen 5, Neuh 4, Böhni. Brauhaus 10, Berliner Papier 3, Union, Webers 1—2, Kölner Bergwerk 15, Donnersmarckhütte 6, Spediteurverein 6, Berliner Wallbank 5—6, Birkendorfer 4, Danzig Osen 3, Dessaer Gas 12½—13, Greppiner Werke 7, Magdeburger Gas 4, Möller u. Holberg 4, Union Tabak 4, Wilhelmine Victoria 10, Oberleibische Eisenbahnbau 3 bis 4, Wilhelmshütte 10, Praktoriu Tabak 3, Berliner Cigarien 8, Continental-Pferdebahn 3, Charlottenburger Pferdebahn 18—20, Alte Centralstraße 2, junge 5 p.C. (Baujuniu), Chemnitzer Baugesellschaft 5 p.C., Jazow-Schmiede 10, Schaaf Zellen 5—6, Norddeutsche Eiswerke 3, Schleifzüge 5/6, Stolberger Zink Prior 7, Actien 2, Borsius 25, Omnibus 10, Centralbeizung 11, Große Pferdebahn 5, Bergisch-Märkischer Bergwerks-Verein 4, Gelsenkirchen 10, Rhein-Nassau 5—6, Berliner Holzcomptoir 8, Centrum 9, Commercer Bergwerk 8, Erdmannsdorf Spinnerei 4, Frister u. Rohmann 2, Löwe Nähmaschinen 6, Mechnericher 14, Norddeutsche Gummi 5, Volpi u. Schlüter 7, Wäiemann 3, Globus 4, Saturn 6.

Bon Banken schätzt man Braunschweigische Hypotheken-Bank 5, Breslauer Wechslerbank 3½, Allgemeine Bau- u. Handelsbank 7, Internationale Bank Hamburg 8, Leipziger Wechslerbank 4, Schlesische Centralbank 4, Deutsche Union-Bank 5, Producten- u. Handelsbank 8, Wede Spritbank 6%, Hanoverische Bank 7, Badische Bank 6, Berliner Caffetiere 30, Braunschweigische Bank 8, Deutsche National-Bank 4, Frankfurter Wechsler 4, Geraer Bank 7, Geraer Credit 3—4, Mecklenburgische Boden-Credit 4, Breslauer Disconto Friedenthal 4½, Preußische Boden-Credit (Jachmann) 8, Central-Bank für Industrie u. Handel (Gravenstein) 4½, Dresdenner Bank 6, Berliner Handelsgesellschaft 6½, Hamburger Commerzbank 2½, Norddeutsche Bank in Hamburg 9, Provinzial-Gewerbebank 3, Schlesischer Bankverein 6, Hamburger Vereinsbank 10, Mecklenburger Hypotheken 6, Amsterdamer Bank 4, Bergisch-Märkische Bank 4, Rheinlands-Bank 4, Chemnitzer Bankverein 4, Kölner Wechsler- und Depositen-Bank 6, Danziger Bankverein 2½, Englische Wechsler-Bank 6, Gothaer Privat-Bank 7, Leipziger Vereins-Bank 4, Roßdorfer Vereins-Bank 5—5½, Süddeutsche Boden 8, Oldenburgische Spar- und Leib-Bank 8, Hamburger Hypotheken 7½, Wechselschulden-Aktionen-Gesellschaft 4, Coburger Credit-Bank 4, Dessaer Credit 6½, Meininger Hypotheken-Bank 7, Deutche Handelsbank 6, Westfälische Bank 4, Gothaer Grun-credit-Bank 9, Niederrheinischer Bank 6½, Norddeutsche Grundcredit-Bank 8, Barmer Bankverein 4, Ostdeutsche Bank 5, Überlaufziger Bank 4, Deutsche Hypotheken-Bank 6, Weimarer Bank 5, Leipzigischer Credit-Austall 10, Sächsische Bank 10, Central-Bank für Bauten 4, Darmstädter Bank 10, Disconto-Commandit 14, Antwerpener Centralbank 5, Bergisch-Märkische Industrie-Gesellschaft 8, Brüsseler Bank 10, Essener Credit 4, Metropole 2, Hypotheken-Bank Spielhagen 12, Thüringer Bank 7, Meininger Credit-Bank 5.

u Nr. 61 des 15. Jahrgangs der „Schles. Landwirtschaftlichen Zeitung“ (Verlag von Eduard Trenend in Breslau) enthält: Streitereien auf dem Gebiete der Agricultur-Chemie. (Fortsetzung.) — Ist Deutschland im Stande, seinen Bedarf an Körnern und Fleisch selbst zu produciren? (Fortsetzung.) — Beitrag zur Butter- und Käsebereitung. — Die erste deutsche Molkerei-Ausstellung. — Einrichtung von Kochherden. — Aus der Geschichte der Handwerker. — Feuerletton. Mein erstes Debüt in Hessenland. — Mannigfaltiges. — Literatur. — Wochenberichte: Breslauer Schlachtwiehmarkt. — Aus Posen. — Breslauer Producten-Wochenbericht. — Anzeige.

Ausweise.

Ebersfeld, 15. December. [Die Betriebseinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahnen] (incl. der hessischen Nordbahn) und Nuhr- und Sieg-Bahn im Monat November ergiebt ein Plus von 212,650 Thlr. gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres und von 717,079 Thlr. für die elf verlorenen Monate dieses Jahres.

Wien, 16. December. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.] Notenumlauf 296,986,400 fl. Abn. 1,418,190 fl. Metallschäf 141,820,281 fl. Abn. 281,187 fl. In Metall zahlbare Wechsel 4,772,595 fl. Abn. 159,850 fl. Staatsschäf, welche der Bank gehören 2,683,884 fl. Jun. 917,471 fl. Wechsel 139,523,976 fl. Abn. 83,961 fl. Lombarden 35,419,600 fl. Abn. 114,100 fl. Eingelöste und börsenmäßig angelaufte Pfandbriefe 3,520,466 fl. Abn. 116,934 fl. Giro-Einlage 3,934,056.

Eisenbahnen und Telegraphen.

[Berliner Nordbahn.] Dem „B. B.-C.“ zufolge steht nunmehr das Geschäft der Prioritäten-Uebernahme der Berliner Nordbahn unmittelbar vor dem Punkte zum definitiven Abschluß zu gelangen.

[Albrecht-Bahn.] Wiener Nachrichten-Zufolge wird der Januar-Coupon, wenn anders die Regierung nicht ihre ablehnende Haltung ändert, nicht im vollen Betrage, sondern bloß mit 2 fl. 60 cr. zur Ausszahlung gelangen. Für den Monat Januar ist die Einberufung einer Generalversammlung in Aussicht genommen, in welcher von Actionären ein detaillierter Bericht über die finanzielle Situation der Gesellschaft vorgelegt und Vorschläge, betreffend die Consolidirung der schwelenden Schulden, unterbreitet werden sollen.

[Saal-Unstrut-Bahn.] Der „S.-A.“ veröffentlicht das Privilegium wegen Emision von 800,000 Thlr. Prioritäts-Obligationen der Saal-Unstrut-Eisenbahn-Gesellschaft.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 16. December. Reichstag. Hasnier berichtet über die Verhandlungen der Geschäftscommission, betreffend den Lasker'schen Antrag wegen des Falles Majunko, und erörtert die bekannten, in der Commission gestellten, aber abgelehnten Anträge. Hinzutreten 1) der Antrag Becker's auf motivierte Tagesordnung; 2) Sonnemann's, die Haftentlassung Majunko's; deren Ausführung ist dem Reichskanzler zu übertragen, 3) Windthorst's, Haftentlassung während der Dauer der Session, 4) Bank's Declaration des Artikels 31 der Verfassung durch Einschließung des Wortes „Strafvollstreckung“, 5) Resolution Hoverbeck's, behufs der Aufrechterhaltung der Würde des Reichstags sei es nothwendig durch eine Deklaration und Änderung der Verfassung die Möglichkeit der Verhaftung von Abgeordneten auszuzeichnen. Becker und Windthorst rechtfertigen und empfehlen ihre Anträge. Der Justizminister Leonhardt hält eine definitive Erklärung über die nicht einmal gedruckt vorliegenden Anträge für verfrüht, weist schon jetzt aber darauf hin, daß Majunko's Verhaftung schon im Laufe des October erfolgen sollte, und wegen unbekannten Aufenthalts desselben unterblieb; die Absicht, ihn zu verhaften, war ihm bekannt. Die Verhaftung selbst steht der Verfassung nicht entgegen; andernfalls würden auch die eine Strafhaft verbliebenden Reichstagsabgeordneten während der Sessionsdauer freizulassen sein. Der Minister hebt hervor, die Strafvollstreckung sei nach der preußischen Criminalordnung Sache der Gerichte, nicht der Justizverwaltung. In den Gang der Gerichtshandlungen könne er, ohne die Unabhängigkeit der Gerichte zu verlieren, sich nicht mischen. Den Gnadenweg habe ja Majunko nicht angerufen und werde denselben vermutlich auch nicht anrufen wollen. Auf einen Gnadenantrag würde der Minister verfügen können. Gegenüber Banks, der das Vorgehen des Staatsanwalts bemängelt, hebt Justizminister Leonhardt hervor, daß der Staatsanwalt durchaus

correct gehandelt habe. Der Artikel 31 der Verfassung reiche vollkommen aus und sei nicht so verbessерungsbedürftig; das englische Parlamentenrecht gehe viel weiter. Die Aufforderung an den Reichskanzler zur Entlassung Majunko's aus der Haft sei zwecklos; weil der Reichskanzler in die preußische Justiz nicht eingreifen könne. Wie der preußische Justizminister einer Anweisung des Reichskanzlers auf Aufhebung der Haft gegenüber verfahren müsse, habe er schon dargethan. Der Minister weist wiederholt auf den Gnadenweg hin. Lasker ist gegen den Gnadenweg für eine Declaration des Verfassungartikels 31. Leonhardt weist zurück, daß die Verhaftung unzulässig sei, das Gericht hätte ja dieselbe für unzulässig erklärt; er will ergründet haben, weshalb Majunko latirt und empfiehlt nochmals das Haus, auf dem Gnadenwege die Entlassung zu verlangen. Schwarze ist für principielle Entscheidung durch die Klärstellung der Rechtsfrage.

Gneist ist im Interesse der Rechtsgleichheit für die Ablehnung aller Anträge und dafür, dem Justizminister freien Lauf zu lassen. Nach einer Erwiderung Hoverbeck folgt der Schlus der Debatten. Der Antrag Becker wird durch Namensabstimmung mit 151 gegen 158 Stimmen, ferner die Anträge Banks, Sonnemanns und Windthorst's abgelehnt. Die Resolution Hoverbeck wird angenommen. Ueber letztere findet in der nächsten Sitzung nochmalige Abstimmung statt. Die nächste Sitzung morgen.

Berlin, 16. Decbr. Die „Provinz.-Corresp.“ bespricht die in der letzten Woche noch bevorstehende Tätigkeit des Reichstages und schreibt: Die Angelegenheit des Bankgesetzes sei durch die Beratungen des Bundesrates der Lösung soweit entgegengeführt, daß eine Vereinbarung darüber mit dem Reichstage in naher Aussicht stehe. Unter diesen Umständen sei der Wiederzusammentritt des Reichstages in den ersten Tagen des Januar zu einer etwa vierzehntägigen Sitzung zu erwarten.

London, 16. Decbr. Aus Cuba wird gemeldet: 1000 cubanische Insurgenten griffen Cozcorro an, wurden aber zurückgewiesen. In Mexico nahm der Congress die Aufhebung der religiösen Orden an.

Bukarest, 16. Decbr. Der Antrag des Finanzministers, für 10 Millionen Staatsgüter zu verkaufen, wird der Budgetcommission überwiesen.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Posen, 16. Decbr. Das Kreisgericht in Lohsen hat heute den zwischen den Grafen Ignaz Büniski und den Gläubigern des Bankvereins Tellius geschlossenen Accord bestätigt, und ist dadurch der über das Vermögen des hastenden Gesellschafters Grafen Büniski eröffnete Concurs beendet.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 16. December, 11 Uhr 50 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Acien 139½. Staatsbahn 185½. Lombarden 77%. Rumänen —. Darmunder —. Laura —. Disconto-Comm. —. 1860er Loosse —. Galizier —. Köln-Mind. —. Still.

Berlin, 16. Decbr, 12 Uhr 5 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Acien 140. Staatsbahn 185%. Lombarden 77%. Rumänen 32%. Disconto-Comm. 183. Laurahütte 135%. Darm. Union 39. — Biemlich fest.

Berlin, 16. December, 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Acien 140%. 1860er Loosse 109%. Staatsbahn 186. Lombarden 77%. Italiener 67. Amerikaner 98%. Rumänen 33%. Sprac. Türken 43%. Disconto-Comm. 182%. Laurahütte 135%. Darmunder Union 39. Köln-Mind. Stamm-Acien 128½. Rheinische 136%. Berg.-Märk. 86½. Galizier 110%. — Geschäftsfest.

Weizen (gelb): December 60%. April-Mai 188, —. Roggen: Decbr. 53%, April-Mai 149, —. Rüböl: December 18%, April-Mai 57, —. Spiritus: December 18, 13, April-Mai 57, 30.

Berlin, 16. December. [Schluß-Course.] Fest, still.

Erste Depesche, 2 Uhr: 10 Min.

Tours vom 16 — 15 Tours vom 16 — 15

Deutsch. Credit-Acien 140½ 140 Bresl.-Wechsler-B.-B. 87% 87%

Deutsch. Staatsbahn 186% 185% Laurahütte 135 135

Lombarden 78% 77% Ob.-S. Eisenbahnbud 65% 66

Schles. Bankverein 109½ 109½ Wien kurz 91% 91,07

Bresl. Disconto-bank 88% 88% Wien 2 Monat 90% 90%

Schles. Vereinsbank 93% 93% Warschau 8 Tage 94% 94,05

Bresl. Wechslerbank 76 77 Oester. Notea 91,11 91%

do. Prod.-Wechslerb. 67 67 Russ. Noten 94% 94%

do. Mallerbank 75% 75% Russ. Noten 94% 94%

Zweite Depesche, 3 Uhr 5 Min.

3½ proc. preuß. Aut. — Poln.-Mindener. 128½ 128½

3½ proc. Staatschuld 91 91% Galizier 111% 110½

Polen. Pfandbriefe 93½ 93% Österreichische Bank 77½ 77½

Deutsch. Silberrente 68% 68% Disconto-Commandit 183½ 182½

Deutsch. Papier-Rente 63,13 63% Darmstädter Credit 155% 156

Ukr. 5% 1865er Aut. 43% 43% Dortmundunder Union 39 38%

Italienische Aleihe 67% 67% Kramsta 90 89½

Poln. Liquid.-Pandbr. 69 69 London lang — 6,22½

Rumän. Eisen.-Oblig. 32½ 32½ Paris kurz — 1 81½

Overigh. Litt. A. 165% 164% Mörbisch 50 50

Breslau-Freiburg. 103½ 103% Waggonsfabrik Linde 50% 50%

N.-D.-Ufer-St.-St. Autien 117 116% Oppeln. Cement. 37 37

N.-D.-Ufer-St.-St. Prior 116 115% Ber. Br. Oelfabriken 61% 61%

Berlin-Görlitzer 75% 75% Schles. Centralbank 63 63

Bergisch-Märkische 86% 86% Nachörde: Credit-Acien 140%. Dorf. Union 186%. Disconto. 183½.

Lombarden 78%. Laura 136. Staatsbahn —.

Recht fest, aber still. Arbitragewerte durchweg, höher. Bahnen theilweise besser. Banter still. Preußische Bank wesentlich nachgebend. Laura und Darmunder belebt. Prioritäten recht fest. Geld flüssig. Subscription auf Mindener 4% prozentige nimmt recht günstigen Verlauf.

Frankfurt, 16. December, 12 Uhr 40 Min. [Anfangs-Course.] Creditaction 244, 25. Staatsbahn 325%. Lombarden 136, —. Loosse —. Sehr fest.

Frankfurt a. M., 16. Dec., Nachmitt. 2 U. 29 M. [Schluß-Course.]

Deutsch. Credit 244, 50. Franzosen 325, 25. Lombarden 136, —. Böhmi. Weißbahn 210, 25. Elisabeth 203, 75. Galizier 257, 50. Nordwest 155, 50.

Silberrente 68%. Papierrente 63%. 1860er Loosse 109%. 1864er Loosse 163%. Amerikaner 1882 97%. Russen 1872 98%. Russ. Bodencredit 89%. Darmstädter 391, —. Meininger 97%. Frankfurter Bantverein 85%. dio. Wechslerbank 82%. Hahn'sche Effectenbank 115, 75. Oester. Bant 87. — Schlesische Vereinsbank 93%. Stimmen: Belebt.

Wien, 16. December. [Schluß-Course.] Besser.

16 — 15. 16 — 15.

Rente 69, 95 69, 95 Staats-Eisenbahn 309, 25 308, —

National-Acien 74, 90 74, 75 Action-Certificate 109, 70 109, 70 Lomb. Eisenbahn 128, 25 128, 75

1860er Loosse 135, 20 135, 20 London 110, 75 110, 75

Credit-Acien 237, — 236, 25 Galizier 247, — 245, 75

Nordwestbahn 150, 50 149, 50 Unionbank 114, 75 1

Meine Verlobung mit Fräulein Marie Höhfeld, Tochter der verwitweten Frau Sanitätsrat Höhfeld von hier, zeige ich hiermit ergeben an. [2374]

Breslau, den 12. December 1874.
Adolph Piechotik.

Die Verlobung meiner Tochter Maßilde mit Herrn Samuel Koslowsky aus Loslau beibre ich mich Verwandten und Bekannten ergeben anzuseigen. [2375]

Gleiwitz, den 13. December 1874.
Wm. Denger.

Als Verlobte empfehlen sich:
Maßilde Denger,
Samuel Koslowsky.
Gleiwitz.
Loslau.

Gestern Nacht 12 Uhr verschied nach längerem Leiden der Kgl. Niederländische Legationsrath a. D.

Herr Graf zu Limburg-Stirum,

Ritter etc.

In dem Verstorbenen haben wir nicht nur den Verlust eines wohlwollenden Chefs, sondern auch den eines väterlichen Freundes zu beklagen; der in uns betreffenden traurigen Schicksalsschlägen durch seine herzliche, liebevolle Theilnahme, durch Rath und That uns stets zur Seite stand; sein Andenken wird uns unvergesslich bleiben. [6148]
Gross-Peterwitz, den 16. December 1874.

Die Beamten
der Gräff. Limburg-Stirum'schen Zuckersfabrik.

Statt besonderer Meldung.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, heut früh 9½ Uhr unsern innigst geliebten, theuren Mann, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Fabrikbesitzer Hugo Kallmeyer

nach längeren Leiden aus unserer Mitte von dieser Welt abzurufen.

Um stille Theilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Breslau, den 16. November 1874. [7963]

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das Ableben unseres theuren, hochverehrten Chef, des Kaufmann Herrn

Hugo Kallmeyer,
anzuseigen. [6137]

Sein Andenken wird in uns unverlöschlich sein.

Das Compt.-Personal der Firma

A. F. C. Kallmeyer.

Todes-Anzeige.
Den 16. d. M. früh 9½ Uhr starb nach kurzem aber schweren Leiden unser hochverehrter Principal der Fabrikbesitzer Herr [6136]

Hugo Kallmeyer.

Tief betrüben die Unterzeichneten diesen schweren Verlust, da der Dahn-gechiedene in seiner außerordentlichen Herzgüte ein uns stets bereiter Wohlthäter war.

Unvergesslich wird sein Andenken in uns fortleben.

Die Arbeiter & Arbeiterinnen der Fabrik von A. F. C. Kallmeyer.

Todes-Anzeige.

Am 15. d. M. starb nach kurzen schweren Leiden unser lieber Vater, der Ober-Post-Commissionarius Richard Richter. Dies allen Verwandten und Freunden zur Nachricht. [6123]

Die Hinterbliebenen.

Gestern 8 Uhr Vormittag entschlief nach längeren Leiden Herr Ober-Post-Commissionarius Richard Richter I. im Alter von 61½ Jahren. Das Postamt verlor in dem Verhältnisse, welcher seit 42 Jahren im Postdienste beschäftigt war, einen treuen und fleißigen Beamten, der trotz seines Körperleidens, welche ihn seit Jahren nicht verließen, bis wenige Tage vor seinem Tode unausgesetzt thätig gewesen ist, und trotz der Schüdigungen, die ihn betroffen, einen ruhigen liebenswürdigen Charakter sich bewahrt hatte.

Leicht sei ihm die Erde. [7929]

Breslau, den 16. December 1874.

Die Beamten des kais. Post-Amts I.

Beerdigung: Freitag den 18. Decem-

ber 1½ Uhr Nachmittag. Kirche St.

Mauritius bei Lehmgruben. Trauer-

haus: Neue Tauenstr. 17, 1. Etage.

Heute Nachmittag 1½ Uhr verloren wir unser einziges Löchterchen Helen

im Alter von 3½ Jahren, nach flüs-tigem Krankenlager am Scharlach-fieber. [6126]

Freiburg i/Schl., den 15. Dec. 1874.

Alexander Dierig und Frau,

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Hugo Kohn. [2378]
Martha Kohn, geb. Bloch.
Neisse, den 13. December 1874.

Durch die glückliche Geburt eines munteren Mädchens wurden hoch-erfreut Abraham Frankel,
Nina Frankel, geb. Caro.
Neustadt OS, den 13. Decbr. 1874.

Heute wurde meine innigst geliebte Frau Louise, geb. Wienskowicz, von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden. [6125]
Lemberg, den 14. December 1874.
Dr. Sigmund Lindner,
Primär-Augenarzt.

Die Verlobung meiner Tochter Maßilde mit Herrn Samuel Koslowsky aus Loslau beibre ich mich Verwandten und Bekannten ergeben anzuseigen. [2375]

Gleiwitz, den 13. December 1874.

Wm. Denger.

Als Verlobte empfehlen sich:

Maßilde Denger,
Samuel Koslowsky.

Gleiwitz.
Loslau.

Straßburg mit Fr. Frida Cron in Karlsruhe.

Verbindungen: Lt. und Rats-Adjut. im Hess. Fü.-Rgt. Nr. 80 Herr v. Heringen mit Fr. Auguste v. Dewall in Wiesbaden.

Geburten: Ein Sohn: dem pract. Arzt Herrn Dr. Schulze in Berlin.

Todesfälle: Frau Pastor Thiem in Cöthen. Kreisgerichtsrath a. D. Herr Clericus in Stolp. Herr Kreisrichter Lilienhain in Spandau.

Donnerstag, den 17. December. Zum 3. Male: „Die sieben Raben“.

Ein deutsches Märchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 15 Bildern von Gustav Karpeles. Musik von Carl Göze. (Regie: Hans Ravené.)

Freitag, den 18. December. Zum 4. Male: „Die sieben Raben“.

Ein deutsches Märchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 15 Bildern von Gustav Karpeles. Musik von Carl Göze. (Regie: Hans Ravené.)

Donnerstag, den 17. December. Zum 6. Male: „Mamself Angot.“

Freitag. „Mamself Angot.“ [7930]

Donnerstag, den 17. December. Erste Gavvorstellung des Physikers Hrn. W. Döring mit seinen Agioscopen (Rebelsbilder). I. Abtheil.: 1) Die Sündfluth (nach Dore) 8 Bilder. 2. Der Traum der Jungfrau (9 Bilder). 3. Kirchoffscene aus Robert dem Teufel (3 Bilder). 4. Die Wolfsschlucht. II. Abtheil.: Landschaftliche und architectonische Tableaux (30 Bilder). III. Abtheil.: 1. Chromatopen. 2. Statuen. 3. Humoristische Darstellungen. Vorher: „Die Verlobung bei der Laterne.“

Freitag, den 18. December. Zweite Gavvorstellung des Physikers Hrn. W. Döring. Vorher: „Das Schwert des Damokles.“ [7931]

Prov. □ R. Y. z. Fr. 19. XII.
6 Tr. □ I.

Medicinalische Section.

Freitag, den 18. December,
Abends 6 Uhr: [7918]

1) Herr Privatdozent Dr. Berger: Ueber schnellende Finger (mit Demonstration von Kranken).

2) Herr Medicinal-Rath Professor Dr. Spiegelberg: 1. Drain und Stiel bei der Ovariomie. 2) Kleinerne Mittheilungen: a) Drainage des Uterus, b) Intruterine-Cauterisation.

3) Herr Privatdozent Dr. Landau: Ueber den diagnostischen Werth der Simon'schen Rectal-Untersuchung mit der vollen Hand.

Musikalischer Cirkel.

Morgen Versammlung. [7949]

Gesellschaft der Freunde.

Donnerstag, d. 17. Decbr.,
Abends 6½ Uhr, Eröffnung der Bibliothek. Die Direction.

Aufreten der engl. Chansonet-Sängerin Miss Stella de Vere

und der Tiroler Sänger-Gesellschaft Pitzinger.

Anfang 7½ Uhr. [7823]

Entree à Person 3 Sgr.

Zur Aufführung kommt unter Anderm: Die musikalische Haushälterin, Solochor mit 8 verschiedenen Instrumenten. [6131]

Donnerstag, 17. Decbr.:

Großes Concert

des Musikkirectors Herrn A. Kuschel.

Zur Aufführung gelangt:

Der Christmarkt in Breslau,

großes Potpourri v. Leichgräber.

Aufreten

der engl. Chansonet-Sängerin

Miss Stella de Vere

und

der Tiroler Sänger-Gesellschaft

Pitzinger.

Anfang 7½ Uhr. [7823]

Entree à Person 3 Sgr.

Paul Scholtz's Etablissement.

Heute Donnerstag:

Beethoven-Abend

der Breslauer Concert-Capelle.

Anfang 7½ Uhr.

[7943]

Bilse.

Gebr. Roesler's Etablissement.

Täglich

Concert

der Couplet- und Liedersänger Herren

Carlo, Adolphi, George und

von Wintler. [7935]

Erstes Aufreten des beliebten

Charakter-Komikers

Herrn Julius Franke.

Anfang 7½ Uhr.

Entree à Person 2½ Sgr., Kinder 1 Sgr.

Breslauer Actien-Bier-Brauerei.

Große Weihnachts-Decoration.

Extra-Concert

von der Kapelle des Herrn F. Langer.

Zur Aufführung kommt u. a.:

Der Christmarkt in

Breslau.

Anfang 7 Uhr. [7944]

Entree à Person 2½ Sgr.

Liebich's Etablissement.

Wie alljährlich wird in obigem Lo-

cal am Sylvester-Abend

großer Ball

stattfinden. Das Nähere später in

Annoncen und Plakaten. [7797]

Donnerstag, den 17. December,

Abends 6 Uhr: Weihnachtsfeier der

Sonntagschule und Kleinkinderschulen.

Freitag, den 18. December: Abends

6 Uhr: Bescheinigung für die Kleinkin-

derschulen. Entree nach Bescheinig-

ung den Eltern. Freunde und Gönner werden ergebenst

eingeladen. [6143]

Die auf der Londoner Weltausstellung 1862 prämierte

Zeichen-Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin

empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr.

Neu für Jagdfreunde: Thierstudien in 4to (12 Blatt Wild) à Dutzend 1 Thaler.

Vorrätig in allen Buch- und Kunstdhandlungen des In- und Auslandes. [7492]

Verlag von L. RAUH, Berlin SW., Wilhelmstr. 144a.

Für Weihnachten.
Alte Märchen in neuen Kleidern

von Rosa Pezel. (Martin Claudius.) — Reich illustriert von Otto Günther, Carl Roehling, Franz Starck, Rudolph Schid, Oscar Wionek. — Das Werk ist nach jeder Rückseite ein Prachtwerk, — die Illustrationen sind sehr vollendet. — Der Einband reich und geschmackvoll — der Inhalt anregend für Jung und Alt. Rosa Pezel die beliebte Mitarbeiterin am Tochter-Album, Verfasserin der in 16 Auflagen erschienenen 1001 Nacht, hat hier eine sehr geschmackvolle Märchen geschaffen, die Künstler reisende deutsche Märchengestalten.

Preis in Prachtband 13 R. M. — Eleg. carton. 9 R. M

Am 1. December er. ist zum Schlesisch-Schlesischen Verband-Güter-Tarif ein Nachtrag XIV. mit Veränderungen und Ergänzungen, sowie ein Nachtrag I. zu den Special-Schlesischen Tarif in Kraft getreten und auf den Verbandstationen zu haben.

Breslau, den 11. December 1874.

Am 1. December er. ist zum II. Theil des Ungarisch-Schlesisch-Sächsisch-Thüringischen Verbandtariffs vom 1. April 1873 ein XII. Nachtrag mit ermäßigten Sätzen für Station Leipzig in Kraft getreten.

Nachtrags-Exemplare sind auf den Verbandstationen zu haben.

Breslau, den 12. December 1874. [7962]

Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Direction

der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Königliche Direction

der Oberschlesischen Eisenbahn.

Oberschlesische Eisenbahn.

In den vom 1. October e. ab gültigen gemeindlichen Tarif für oberschlesische Steinkohlen nach der Ostbahn via Frankfurt a. O. sind direkte Frachtzüge der Ostbahnstationen Görlitz bis Neuenhagen aufgenommen.

Breslau, den 12. December 1874.

zwischen den Stationen Morgenroth und Zabrze einerseits und den Thüringischen Stationen Merseburg und Marktredwitz andererseits via Sorau ist ein gemeinschaftlicher Tarif für oberschlesische Steinkohlen vereinbart.

Breslau, den 14. December 1874. [7961]

Königliche Direction.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Mehrere Lagerplätze von 530 bis 2830 m² für die Lagerung von Rohprodukten auf unserem Bahnhofe Breslau in der Nähe thils der Siebenhufenstr., beides der Märkischen Straße belegen, sollen vom 1. Januar t. J. ab im Wege des Meistgebots verpachtet werden.

Die Bedingungen sind in unserem Directorial-Secretariat hier selbst einzusehen, oder gegen Zahlung von 7½ Sgr. Copien von demselben zu beziehen.

Schriftliche Offerten sind bis zum 28. December e., Abends 6 Uhr, bei uns einzureichen [7960]

Breslau, den 14. December 1874.

Directorium.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Vom 20. d. Monats ab wird im Verkehr zwischen den Stationen Lüben und Rauden einerseits und den südlich von Breslau gelegenen Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn andererseits für Getreide- und Hülsenfrüchte ein Frachtkast von 2½ Sgr. per Centner zur Anwendung gebracht.

Breslau, den 14. December 1874. [7959]

Directorium.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Am 1. December e. ist zum Halle-Cottbus-Schlesischen Verband-Tarif via Cottbus-Sorau vom 15. April 1873 ein sechster Nachtrag mit Frachtkästen für Leipzig und Danzig in Kraft getreten. Druckerempiere sind auf den Verband-Stationen zu haben. [7946]

Breslau, den 10. December 1874. Direction.

Verlag von L. RAUH, Berlin SW., Wilhelmstr. 144a.

R. Kögel, „Predigten“ I. Bd. 3. Auflage 28 Sgr. II. Bd. 2. Aufl. 1 Thlr. III. Bd. 1 Thlr. 6 Sgr. Eleganter Einband pro Band 10 Sgr.

R. Kögel, „Bergpredigt“ 2. Auflage 16 Sgr. Eleganter Einband 8 Sgr.

R. Kögel, „Vaterunser“ 20 Sgr. Eleganter Einband 8 Sgr.

R. Kögel, „1. Brief Petri“ 2. Auflage 1 Thlr. 6 Sgr. Eleganter Einband 10 Sgr.

Müllensiefen, „Andachten“ 6. Auflage 2 Thlr. Eleg. Einb. 12½ Sgr. Prachtausgabe. 5. Aufl. 3 Thlr. Eleg. Einband f. 2 Bde. 1 Thlr.

Müllensiefen, „Predigten“ Erste Aufl. Ein Jahrgang Predigten 2 Thlr. Eleg. Einb. 10 Sgr. Beste Ausgabe 2 Thlr. 20 Sgr. Eleg. Einb. 12½ Sgr.

Müllensiefen, „Wort des Lebens“ 6. Aufl. 2 Thlr. Beste Ausgabe 2 Thlr. 20 Sgr. Eleganter Einb. 12½ Sgr.

Bersier, „Predigten“ 1 Thaler. Eleganter Einband 10 Sgr.

Quand, „Das Apostolische Glaubensbekennniß“ 1 Thlr. 5 Sgr. Eleganter Einband 10 Sgr.

Beyschlag, „Leben e. Frühvollendeten“ 4. Aufl. 2 Thlr. Eleganter Einband 10 Sgr.

Beyschlag, „Leben von K. J. Nitsch“ 2 Thlr. 20 Sgr. Eleganter Einband 15 Sgr.

H. Kaufmann, „Schein und Sein“ Novelle 22½ Sgr. Eleganter Einband 10 Sgr.

Rühl, „Die Bardelebens“ Dorf- und Weltgeschichtliches aus jüngster Zeit. 2 Bände 3 Thlr. 7½ Sgr.

G. Hesekiel, „Von Turgot bis Babeuf.“ Roman aus der französischen Revolutionszeit. Zweite Auflage. 2 Thlr. Eleganter Einband 10 Sgr.

M. Pekel (Novellen): Wie Gott will. 20 Sgr. Eleg. Einb. 10 Sgr.

Das glückliche Loos. 27 Sgr. Eleg. Einband 10 Sgr.

Herzenswünsche. 1 Thlr. 6 Sgr. Eleg. Einband 10 Sgr.

Deutsche Ferien. Erlebtes und Erachtetes. Auch in Reime Gebrachte. Von wem? — Was macht es? 1 Thlr. — Prachtband mit reichem Goldtitel 15 Sgr. Derfelbe mit Goldkinn 20 Sgr.

Verlag von L. RAUH, Berlin SW., Wilhelmstr. 144a.

Einem kunstliebenden Publikum
beehre ich mich hiermit anzulegen, daß es mir gelungen ist, die beiden in
der Wiener Weltausstellung preisgekrönten Meisterwerke:

„Der zerbrochne Kopf“, „Die erzwingene Bitte“,
zu erwerben und das alleinige Nachahmungsrecht für Preußen zu besitzen.
Vom 18. December an stehen dieselben in meinem Verkaufs-Locale zur
Ausstellung. [6144]

N. Tognazzoni, Alte Taschenstr. 11.

Ich wohne jetzt Herrenstraße 25. 1
Fedor Freund.

EDITION PETERS

und Collection Litolff

geheftet und gebunden, stets
complet vorrätig bei

Julius Hainauer,

Schweidnitzerstrasse Nr. 52.

Cataloge gratis, nach Auswärts franco.

H. Scholtz,

Buchhandlung in Breslau,
Stadttheater.

Grosses Lager

von [7915]

Festgeschenken,

Classikern,

Jugendschriften,

Spielen,

Prachtwerken.

Ausführliche Cataloge

gratis und franco.

Leinwand-

Bilderbücher

in grösster Auswahl, giftfrei,
vorrätig in der [7933]

Schletter'sche

Buchhdg.

E. Franck in Breslau,

16—18 Schweidnitzerstrasse.

Bon

Unseren

Jugendbibliotheken

empfehlen wir die

I. Sammlung von 8 Büchern
zu 1 Thlr. für die Jugend von

3—8 Jahren. [7932]

II. Sammlung von 11 Büchern
und 1 Spiel

zu 2 Thlr. für die Jugend von
9—15 Jahren.

Schletter'sche

Buchhdg.

E. Franck in Breslau,

16—18 Schweidnitzerstr.

nehmen einen so bedeutenden

Raum ein, daß das Werk voraus-

sichtlich ca. 30 Druckbogen

stark wird.

Der Preis ist auf 1 Thaler

ermäßigt.

Für diesen Betrag, franco ein-

gesandt, sendet jede Buch-

handlung, sowie die Ver-

lagshandlung die täglich

erscheinenden Bogen so-

fort unter Kreuzband.

Verlag von L. RAUH, Berlin SW.,

Wilhelmstrasse 144a.

Zu Fest-Geschenken!

empfehlen sich die reizend aus-

gestalteten Bücher:

Schäfer, Levy, Laienbrevier,

16. Aufl., eleg. geb. 2 Thlr.

— Hausreden, 3. Aufl., eleg.

geb. 2 Thlr.

— Gedichte, 3. Aufl., eleg. geb.

1 Thlr. 22½ Sgr.

— Für Haus und Herz, eleg.

geb. 1 Thlr. 27 Sgr.

und sind in allen Buchhand-

lungen vorrätig. [7955]

Globen.

Erd- und Himmelsgloben, Tellurien

und Planetarien in jeder Grösse vorrätig.

Verzeichnisse gratis und franco.

Schletter'sche

Buchhandlung, **E. Franck**,

[7934] in Breslau, 16—18 Schweidnitzerstrasse.

Schönstes literarisches

Festgeschenk.

Friedrich Bodenstedt,

Aus dem Nachlaß

Mirja Schaff's.

Heinrich von Sybel,

Vorträge

und Aussäße.

Eduard Osenbrüggen,

Die Schweizer Däheim

und in der Fremde.

Ed. Hanslick, Die moderne Oper.

7 Bände in elegantester Ausstattung. Engl. Einband.

Subscriptionspreis 20 Thaler.

Verlag von A. Hofmann in Berlin, Kronenstr. 17.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. [7914]

Gerichtlicher Ausverkauf

von Cigarren.

Das zur Kaufmann Siegfried Heymann'schen Con-

curss-Masse gehörige Cigarren-Lager wird in dem bisherigen Ge-

schäftsalocale, Schmiedebrücke 67, ausverkauft.

[6127]

Carl Michalock,

gerichtlicher Verwalter der Masse.

EDITION PETERS

Complet vorrätig.

Verzeihung, gratis; n. Ausw. franco.

Schletter'sche Buchhandlung

E. Franck

in Breslau, 16—18 Schweidnitzerstrasse.

Göthe, sämtl. Werke à

4½, 5, 6 Thlr. u. s. w.

Auswahl à 2, 2½,

Bekanntmachung. [485]

In unser Firmen-Register ist Nr.

3837 die Firma

M. Calomons Wwe.

und als deren Inhaberin die verwit-

wie Kaufmann Ernestine Calomons,

geborene Fuchs, hier heute eingetragen

worden.

Breslau, den 11. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [486]

In unser Firmen-Register ist Nr.

3838 die Firma

H. Frankenstein

und als deren Inhaber der Kaufmann

Herrmann Frankenstein hier heute

eingetragen worden.

Breslau, den 11. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [487]

In unser Firmen-Register ist Nr.

3839 die Firma

Bureau Merkur

C. H. Geisler

und als deren Inhaber der Kaufmann

Conrad Honoratus Geisler hier

heute eingetragen worden.

Breslau, den 12. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [488]

In unser Firmen-Register ist bei

Nr. 3627 das Erlöschen der Firma

F. Bellmann

hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 10. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Concurs-Öffnung.

Kgl. Kreis-Gericht zu Beuthen O.S.,

I. Abtheilung,

den 7. December 1874,

Vormittags 12½ Uhr.

Über das Vermögen des Kauf-

manns Aron Beuthner hier ist der

kaufmännische Concurs eröffnet und

der Tag der Zahlungseinstellung

auf den 20. November 1874

festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der

Masse ist der Kaufmann Carl

Pleßner hier bestellt. [1165]

Die Gläubiger des Gemeinschuld-

ners werden aufgefordert, in dem

auf den 21. December 1874, Vor-

mittags 10 Uhr, in unserem Ge-

richtslocal, Terminzimmer Nr. 27,

vor dem Commissar Herrn Kreis-

richter Nagel

überreichten Termine ihre Erklärun-

gen und Vorschläge über die Beibe-

haltung dieses Verwalters oder die

Bestellung eines anderen einstweiligen

Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemein-

schuldner etwas an Geld, Papieren

oder anderen Sachen in Beitz oder

Gewahrsam haben, oder welche ihm

Etwas verschuldet, wird ausgegeben,

nichts an denselben zu verabsolgen

oder zu zahlen, vielmehr von dem

Bestuk der Gegenstände

bis zum 28. December 1874

einschließlich

dem Gerichte oder dem Verwalter der

Masse Anzeige zu machen, und Alles

mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,

ebendann zur Concursmasse abzu-

liefern.

Gläubiger und andere mit den

selben gleichberechtigte Gläubiger des

Gemeinschuldners haben von den in

ihrem Bezirk befindlichen Pfandschulden

nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen,

welche an die Masse Ansprüche als

Concurs-Gläubiger machen wollen,

hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche,

dieselben mögen bereits rechtshängig

sein oder nicht, mit dem dafür ver-

langten Vorrecht

bis zum 4. Januar 1875

einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll

anzumelden und demnächst zur Prü-

fung der sämtlichen innerhalb der

gedachten Frist angemeldeten Forde-

rungen, sowie nach Befinden zur Be-

teiligung des definitiven Verwaltungs-

personals

auf den 19. Januar 1875, Vor-

mittags 9½ Uhr, in unserem Ge-

richtslocal, Terminzimmer Nr. 27,

vor dem genannten Commissar

zu erheben.

Wer seine Anmeldung schriftlich

einreicht, hat eine Abschrift derselben

und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in

unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz

hat, muss bei der Anmeldung seiner

Fordezung einen am hiesigen Orte

wohnhaften oder zur Parise bei uns

auswärtigen Bedollmäch-

tigkeiten bestellen und zu den Acten an-

zuliefern.

Denjenigen, welchen es hier an Be-

hauptung fehlt, werden die Justiz-

Walter und Schmiedecke

und die Rechts-Anwälte Tarlaud

Wodek, Gellner und Chrish

Sachwaltern vorgeschlagen.

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 263 die Firma August Wehner

und als deren Inhaber der Kaufmann

August Wehner zu Liebau heut ein-

getragen worden. [1219]

Landesamt, den 8. December 1874.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

Bei der unter Nr. 26 des hiesigen

Gesellschafts-Registers eingetragenen

Firma Meyer & Auerbach ist heut

vermerkt worden: [1216]

Die Zweigniederlassung in Cen-

tralneum ist in Folge Auflösung der

Geellschaft aufgegeben.

Neubrück, den 9. December 1874.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Bekanntmachung. [485]

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 376 die Firma F. Jurgit hier-

selt und als deren Inhaber der

hiesiger Kaufmann Franz Jurgit heut

eingetragen worden.

Ratibor, den 4. December 1874.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [486]

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 3838 die Firma

H. Frankenstein

und als deren Inhaber der Kaufmann

Herrmann Frankenstein hier heute

eingetragen worden.

Breslau, den 11. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [487]

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 3839 die Firma

Bureau Merkur

C. H. Geisler

und als deren Inhaber der Kaufmann

Conrad Honoratus Geisler hier

heute eingetragen worden.

Breslau, den 12. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [488]

In unser Firmen-Register ist bei

Nr. 3627 das Erlöschen der Firma

F. Bellmann

hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 10. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 3837 die Firma

M. Calomons Wwe.

und als deren Inhaberin die verwit-

wie Kaufmann Ernestine Calomons,

geborene Fuchs, hier heute eingetragen

worden.

Breslau, den 11. December 1874.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter

Nr. 3838 die Firma

H. Frankenstein

und als deren Inhaber der Kaufmann

<

Ich empfehle als passendes Weihnachts-Geschenk sehr elegant ausgestattete Cedern-Kistchen, enthaltend: 25 Stück gute Cigarren à 10 Sgr., 12½ Sgr., 15 Sgr., 20 Sgr., 25 Sgr. u. w. Carl Potyka, Ohlauerstraße 64. Nicolaistraße 41.

J. Oschinsky's Gesundheits- und Universal-Seifen
haben sich bei rheum.-gichtischen Leiden, Wunden, Salzfluss, Entzündungen und Flechten als heilsam bewährt. Zu beziehen in Breslau bei S. G. Schwarz, Ohlauerstraße 21. Landeshut C. Rudolph. Liebau C. Schindler. Publizist Th. Wenzke. Militisch J. Lachmann's Wwe. Münsterberg & A. Nickel. Reife C. Moeser. Neumarkt 2. Hippauf. Ohlau P. Boc. Oppeln A. Chromczka. Posen A. Buttke. Wallstraße 8. Nativor J. Königsberger. Nawicz J. Frant. Neichenbach i. Schl. J. Schindler. Sorau i. L. J. D. Rauert. Schönau A. Weiß. Schönberg i. L. A. Wallroth. Schweidnitz G. Opitz. Strehlen J. Süß. Striegau C. G. Opitz. Waldenburg J. Heimbold.

J. Oschinsky, Kunstoffseifen-Fabrikant, Breslau, Carlsplatz 6.

Das echte Glöckner'sche Zug- und Heilsplaster*) (kein Geheimmittel), mit Stempel **M. RINGELHARDT** auf der Schachtel, ist von den höchsten Medicinalbehörden geprüft und empfohlen gegen: Gicht, Neißen, Drüsen, Flechten, Hühneraugen, Frostbeulen, alle offene, ausgegebende, zerheilende, erstickende, verbrannte Leiden, Wundstiegen, Entzündungen, Geschwülste &c. und hat sich bei allen diesen Krankheiten durch seine untrügliche, schnelle Heilkräft auf das Glänzendste bewährt. [5007]

*) Zu beziehen à Schachtel 5 und 3 Sgr. aus dem Haupt-Depot des Apotheker Th. Czerwenka, Krämermarkt-Apotheke, Hintermarkt 4, und den meisten Apotheken in Breslau, sowie aus den Apotheken in Oppeln, Peterswaldau i. Schl., Neichenbach, Gnadenfrei, Waldenburg, Bunzlau, Neumarkt, Striegau, Trebnitz, Bauerwitz, Kravitz, Nicolai, Kostenblut, Namslau, Gubrau, Leobschütz, Katscher, Gleiwitz, Bernstadt, Lubinitz, Beuthen O.S., Beuthen a. O., Carolath, Greifenberg, Rothenburg, Lauban, Löwenberg, Alberan, Antonienhütte, Stadt Königshütte, Lipine, Patschkau, Schloss-Apotheke in Liegnitz, Nothe Apotheke in Posen, &c.; Fabrik in Görlitz bei Leipzig.
NB. Ohne obigen Stempel ist das Plaster nicht echt.

GUARANA

Kopfschmerzen, Diarrhoe. aufgelöst, genagt, um sofort die heftigste Migräne zu heben, oder die Folgen einer Kolk oder Diarrhoe zu besiegen. Dieses Heilmittel wird in Schachteln zu 12 Pulvern verfasset. Um die vielen Nachahmungen zu vermeiden, beliebe man die Etiquette Grimault & Comp. zu verlangen. Depot in Breslau in der Aesculap-Apotheke.

Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Centesimal-Waagen

bis 1000 Centner Tragkraft, Centesimal-Krahwaagen zum Abwiegen von Dampfseilen &c., Decimalwaagen in Holz, auch ganz in Eisen, bis 150 Ctr. Tragkraft, eiserne Hütten-Waagen zum raschen Verwiegen von Schienen, Walzdecken &c., Decimal- und Centesimal-Biehwägen.

H. Herrmann, Breslau,
Neuweltgasse Nr. 36.

Feuchte Kartoffel-Stärke
kauf permanent jedes Quantum die unterzeichnete Fabrik in Frankfurt a. O.
Frankfurter Actien-Stärkesyrup,
Traubenzucker- und Zucker-Couleur-Fabrik
vormals Seeler & Moiske. [7726]

Breslauer Börse vom 16. December 1874.

Inländische Fonds		
	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Prss. cons. Anl.	4½	105½ B.
do. Anleihe..	4½	—
do. Anleihe..	4	99½ B.
St.-Schuldsch.	3½	91½ B.
do. Präm.-Anl.	3½	129 B.
Bresl. Stdt.-Obl.	4	—
do. do.	4½	100 b.Z.
Schl. Pfödfr. altl.	3½	85% b.Z.
do. do.	4	96½ b.Z.
do. Lit. A...	3½	—
do. do. ...	4	95 B.
do. do. ...	4½	100% B.
do. Lit. B...	4	—
do. Lit. C...	4	1. 96% G. II.
do. do. ...	4½	100% b.Z.
do. (Rustical)	4	1. 94% b.Z.
do. " do.	4½	100% B.
Pos. Crd.-Pfdbr.	4	93½ b.Z.G.
Pos. Prov.-Obl.	5	—
Rentenb. Schl.	4	97½ à ¾ b.Z.B.
do. Posener	4	—
Schl. Pr.-Hilfsk.	4	—
do. do.	4½	—
Schl. Bod.-Crd.	4½	—
do. do.	5	100 G.
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	—

Ausländische Fonds.		
		97% B.
Amerik. (1882)	6	—
do. (1885)	5	102 B.
Französ. Rente	5	—
Italien.	5	67½ B.
Oest. Pap.-Rent.	4½	63% B.
do. Silb.-Rent.	4½	68½ G.
do. Loosch 1860	5	—
do. do. 1864	—	110 B.
Poln. Liqu.-Pfd.	4	69 G.
do. Pfandbr.	4	82½ G.
do. do.	5	79½ G.
Russ. Bod.-Crd.	5	89½ G.
Warsch.-Wien	5	—
Türk. Anl. 1865	5	43½ G.

Inländische Eisenbahn-Stammactien und Stamm-Prioritätsactien.		
		104 B.
Br. Schw.-Frb.	4	104 B.
do. neue	5	99 B.
Oberschl. ACD	3½	165 B.
do. B.	3½	—
do. D.n.Ema.	—	155 G.
R.O.-U.-Eisenb.	4	117½ à ¾ b.Z.B.
do. St.-Prior.	5	116 B.
B.-Warsch. do.	5	—

Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Freiburger	4	92 B.
do.	4½	99 G.
do. Lit. G.	—	—
Oberschl. Lit. E.	3½	84½ G.
do. Lit. C. u. D.	4	93 G.
do. 1873.	5	—
do. Lit. F....	4½	100½ b.Z.
do. Lit. G....	4½	100 B.
do. Lit. H....	4½	101 B.
do. 1869	5	103½ à ¾ b.Z.
do. Na. Zwb.	3½	—
do. NeisseBrieg	4½	—
Cosel-Oderbrg.	4	—
do. eh. St.-Act.	5	103½ b.Z.
R.-Oder-Ufer...	5	103½ B.

Ausländische Eisenbahn-Actien.		
		110½ G.
Carl-Lud.-B...	5	p.u. 77½ à ¾ b.Z.G.
Lombard.	4	77½ G.
Oest.Franz.-Stb.	4	185½ G.
Rumänen-St.-A.	4	32½ b.Z.G.
do. St.-Prior.	8	—
Warsch.-Wien	4	—

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
		—
Kasch.-Oderbrg.	5	—
do. Stammact.	—	—
Krakau-O.S.Ob.	4	—
do. Prior.-Obl.	4	—
Mähr.-Schl....	—	—
Central-Prior. .	5	—

Bank-Actien.		
		90 B.
Bresl. Börsen-Maklerbank	4	—
do. Cassenver.	4	—
do. Discontob.	4	88½ B.
do. Handels-u.	—	—
Entrep.-G.	4	—
do. Maklerbk.	4	—
do. Makl.-V.-B.	4	—
do. Prv.-W. B.	4	—
do. Wechsli-B.	4	69½ B.
Oberschl. Bank	—	70 B.
Obrach. Crd.-V.	—	—
Ostd. Bank	4	78 B.
do. Prod.-Bk.	4	10 G.
Pos. Pr.-Wchslb	4	—
Prov.-Maklerb.	—	—
Schl. Bankver.	4	110½ b.Z.
do. Bodenact.	4	93½ G.
do. Centralbk.	4	65 B.
do. Vereinsbk.	4	—
Oesterr. Credit	4	139½ G.

Fremde Valuten.		
		91½ à ¾ b.Z.B.
Ducaten	—	—
20 Frc. Stücke	—	—
Oest. Währung	—	—
öst. Silberguld.	—	—
do. ¼ Gulden.	—	—
fremd. Banknot.	—	—
einlösbar. Leipzig	—	—
Russ. Bankbill.	—	—

Wechsel-Course vom 16. December.		
		144½ B.
Amsterd. 250 fl.	3½	kS. 144½ B.
do. do.	3½	2 M. 143½ B.
Belg. Plätze...	4½	kS. —
do. do.	4½	2 M. —
London 1L.Str		